

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



September 2021

Landesverband beteiligt sich an Aktion zum Sehbehindertentag

Poller besser sichtbar machen

Rund um den Sehbehindertentag haben sich auf Gehwegen in ganz Deutschland viele verwundert die Augen gerieben. Poller, die normalerweise grau und damit schwer zu erkennen sind, trugen rot-weiße Mützen. Die Aktion wies auf Gefahrenquellen für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen hin.

Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. hatte seine Mitgliedsorganisationen und -einrichtungen zu einer bundesweiten Aktion aufgerufen. In Berlin unterstützten der Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein Berlin (ABSV) sowie der SoVD Berlin-Brandenburg in verschiedenen Bezirken der Stadt mit einer „bestrickenden“ Aktion.

Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer und Christine Braunert-Rümenapf, Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, sowie viele weitere Unterstützer*innen machten darauf aufmerksam, dass auch der Weg vor dem Roten Rathaus mit Pollermützen sicherer werden kann.

Aus Lichtenberg berichtete SoVD-Mitglied Christoph Kröger, dass es bei der Aktion „Pol-lermützen“ darum ging, mit einem optischen Hinweis für die Gefahren zu sensibilisie-



Christine Braunert-Rümenapf (links), Ursula Engelen-Kefer (2. v.li.) und Mitglieder des ABSV an den Pollern vor dem Roten Rathaus.

ren, die insbesondere für Blinde und Sehbehinderte von Pollern ausgehen. Genau vor dem Rathaus in Lichtenberg finden sich zwei besonders problematische Varianten. Durch Poller, die sich optisch kaum vom Gehweguntergrund unterscheiden und bei

künstlicher Straßenbeleuchtung für jede Person schlecht zu erkennen sind, kann es zu Unfällen kommen. Auch Begrenzungen zur Fahrbahn, zum Beispiel auf halber Höhe gespannte Ketten, sind für blinde Menschen, die sich mit Hilfe eines Langstocks über dem Boden orientieren, nicht rechtzeitig zu erkennen. So kann es vom „einfachen Schreck“ bis hin zu einem Unfall mit Sturz kommen.

Der Bezirksbürgermeister von Lichtenberg nahm ebenso an der Aktion teil und anhand der gezeigten Beispiele wurde ihm die Situation bewusst. Er versprach in der nachgeordneten Verwaltung Bewusstsein für barrierefreie Gestaltung zu schaffen.

Auch für den SoVD ist barrierefreie Gestaltung ein wichtiges Anliegen – ein Grund für die Unterstützung dieser bundesweiten Aktion.



Pollermützen-Aktion vor dem Rathaus Lichtenberg.



Aus dem Landesvorstand

Liebe Mitglieder und Freund*innen des SoVD,

Sozial. Gerecht. Solidarisch ist die Botschaft unseres Berliner Sozialgipfelbündnisses für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September. Dabei werden wir den Spitzenkandidat*innen der Berliner Parteien unsere sozialen Kernbotschaften vorlegen. Dies wird am 6. September zwischen 17 und 19 Uhr auf einem Podium am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor stattfinden.

Wir erwarten den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, die Spitzenkandidatinnen Lisa Paus von den Grünen und Petra Pau von der Partei die Linke. Die CDU entsendet Ottilie Klein, Bundestagsabgeordnete für Berlin-Mitte. Die Anfrage an die FDP läuft noch. Die Journalistin Tina Groll von Zeit Online wird das Podium moderieren. Im Berliner Sozialgipfelbündnis sind acht Organisationen von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Mieterverein vertreten, um für eine soziale und gerechte Politik in Berlin zu kämpfen. Als SoVD haben wir gemeinsam mit dem DGB die Koordination übernommen.

In unseren Kernbotschaften für die bevorstehenden Bundestags- und Landtagswahlen fordern wir ein gerechtes Steuersystem für handlungsfähige öffentliche Haushalte. Dazu gehören auch unsere SoVD-Forderungen nach der Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Entscheidend ist die Sicherstellung guter Arbeit bei Erholung und Neustrukturierung unserer Wirtschaft in Nach-Corona-Zeiten. Dazu gehört vor allem gute Arbeit mit fairen Löhnen und sozialer Sicherung. Das nach wie vor hohe Ausmaß der prekären Beschäftigung mit Niedriglöhnen und Armut bei Arbeit muss durch gesetzliche und praktische Maßnahmen zurückgedrängt werden. Gerade in der Corona-Pandemie haben Menschen in höherem Lebensalter, mit Behinderungen, Alleinerziehende und Kinder bitter erleben müssen, dass die Sozialleistungen hinten und vorne nicht reichen. Dies gilt insbesondere für den Skandal der über 7 Millionen Minijobber, vor allem Frauen, die nicht einmal Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben und daher auf Hartz IV angewiesen sind. Das spätere Schicksal ist Altersarmut, die selbst nach amtlichen Berichten drastisch steigen wird.

Als SoVD setzen wir uns daher besonders dafür ein, dass der Raubbau an den solidarischen Sicherungssystemen beendet wird und sie Menschenwürde, Lebensexistenz und gesellschaftliche Teilhabe gewährleisten. Dazu gehört immer mehr auch bezahlbares und barrierefreies Wohnen. Deshalb führen wir unseren Einsatz für einen bundesweiten Mietestopp, Barrierefreiheit und Inklusion verstärkt weiter.

Kommt zu unserem Soziagipfel am 6. September, 17 Uhr, am Pariser Platz! Bringt Angehörige, Verwandte und Freunde mit. Einladungsflyer sind über eure Orts- und Kreisverbände zu erhalten.

Helft mit und geht am 26. September wählen. Nehmt euer vornehmstes demokratisches Recht wahr!

Eure Ursula Engelen-Kefer

Sozial. Gerecht. Solidarisch. – Berliner Sozialgipfel

11. Berliner Sozialgipfel – Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl mit Spitzenkandidat*innen der Berliner Parteien: Michael Müller (SPD), Ottilie Klein (CDU), Lisa Paus (Grüne), Petra Pau (Die Linke), Christoph Meyer (FDP / angefragt), Moderation: Tina Groll (Zeit Online).

Termin: 6. September 2021

von 17-19 Uhr, Ort: Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor.

Acht starke Organisationen haben sich im Berliner Sozialgipfel zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine soziale und gerechte Politik für Berlin zu kämpfen. Wir fordern:

- ein gerechtes Steuersystem für handlungsfähige Haushalte
- Transformation mit guter Ar-

- beit
- soziale Sicherung: gerecht, solidarisch und zukunftsfest

- Barrierefreiheit und Inklusion in allen Lebensbereichen
- Teilhabe für alle

- bundesweiter Mietestopp. Während der öffentlichen Versammlung gelten Maskenpflicht und Abstandsregeln.



Mitglieder werben Mitglieder

Sie sind zufrieden mit dem SoVD Berlin-Brandenburg? Gute Erfahrungen gibt man gerne weiter und Ihre Empfehlung zahlt sich zusätzlich aus.

Empfehlen Sie Ihren Freund*innen, Bekannten, Kolleg*innen und Verwandten die Mitgliedschaft im SoVD Berlin-Brandenburg und Sie freuen sich über einen 15-Euro-Gutschein von Wunschgutschein für einen Einkauf bei über 500 Online-Shops.

Ihre Empfehlung: Schicken Sie uns einfach den Vor- und Zunamen Ihrer Empfehlung per E-Mail an: post(at)sovd-bbg.de.



Mitglieder werben Mitglieder: Empfehlen Sie uns!

- ✓ Eine Prämie für Sie
- ✓ Eine starke Sozialgemeinschaft für Ihre Familie und Freunde

Alle weiteren Infos unter:

www.sovd-bbg.de/mitglied-werben

Sozialverband Deutschland
Landesverband Berlin-Brandenburg

SOVD

Mitglieder werben Mitglieder
Ihre Prämie: 15,- € Gutschein

WUNSCHGUTSCHEIN

Unterwegs leichter die Toilette aufsuchen

SoVD gibt Euroschlüssel in Geschäftsstelle aus

Der Euroschlüssel ermöglicht es körperlich beeinträchtigten Menschen, mit einem Einheitsschlüssel selbstständig Zugang zu behindertengerechten sanitären Anlagen und Einrichtungen zu erhalten.

Der Schlüssel wird ausschließlich an Menschen ausgehändigt, die auf behindertengerechte Toiletten angewiesen sind. Die Nachweisberechtigung erfolgt entweder über den Schwerbehindertenausweis oder über einen Nachweis vom Arzt. Den Schlüssel erhalten schwerbehinderte Menschen mit den Merkzeichen aG, B, H, oder BL oder dem Merkzeichen G und einem GdB von 70 und höher im Schwerbehindertenausweis. Ebenso zählen hilfsbedürftige Schwerbehinderte, schwer Geh- oder Sehbehinderte, Stomaträger und Rollstuhlfahrer zum berechtigten Personenkreis. Aber auch Menschen mit multipler Sklerose, chronisch entzündlichen Darmerkrankungen wie Morbus Crohn oder Colitis Ulcerosa und Personen mit chronischen Blasenentzündungen.

Der Euroschlüssel ist erhältlich beim SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg, Kurfürstenstr. 131, 10785 Berlin, Tel.: 030/26 39 38-0, E-Mail: birgit.domroese(at)sovd-bbg.de. Gebühr: 30 Euro inkl. Locus-Behindertentoiletten-Verzeichnis.

Kontaktdaten des Vereins: CBF Darmstadt, Club Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt und Umgebung e.V., Pallaswiesenstr. 123 A, 64293 Darmstadt, Tel.: 06151/81 220, www.cbf-da.de.



Der Schlüssel öffnet WC an der Autobahn.

SoVD sammelt für von Hochwasser Betroffene in Westdeutschland

Spendenaufruf für Flutopfer

In vielen Bundesländern haben Unwetter eine unvorstellbare Zerstörung hinterlassen. Unzählige Helfende suchen vor Ort nach Vermissten und leisten wichtige Unterstützung. Ganz Deutschland ist immer noch geschockt von den gewaltigen Folgen dieser Naturkatastrophe.

Die SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer ruft die Mitglieder auf, sich an der Spendenaktion des Sozialverband Deutschland zu beteiligen: „Jetzt kommt es auf unseren Wertmaßstab als SoVD an, die Solidarität mit den Opfern und Helfern der Flutkatastrophe zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen und wollen unseren Beitrag leisten, Not und Leid zu lindern und beim Wiederaufbau von Lebensexistenzen zu helfen“, sagt Ursula Engelen-Kefer. Sie bittet alle Mitglieder und Nichtmitglieder um Geldspenden.

Ebenfalls appelliert sie an die Verantwortlichen in der Politik von Berlin und Brandenburg: „Wir brauchen dringend funktionierende amtliche Frühbeziehungsweise Vorwarnsysteme, um derartigen Katastrophen vorzubeugen. Entscheidend ist ebenfalls: Wir müssen endlich den erforderlichen, umfassenden Klimaschutz in der Praxis beschleunigt umsetzen. Als SoVD werden wir unseren Einsatz für einen wirksamen finanziellen Ausgleich für die sozial



Ursula Engelen-Kefer, Bodo Feilke und Barbara Kubanke begrüßen die Gäste beim Frauenstammtisch.

schwachen und benachteiligten Bevölkerungsschichten verstärken.“ Informationen zur Spendenaktion finden Sie auf www.sovd.de.

Spendensammlung beim Frauenstammtisch

Nach längerer Corona-Pause fand endlich wieder ein Frauenstammtisch statt. Es trafen sich über 20 Frauen und einige Männer im Restaurant „Ännchen

von Tharau“ zum Frühstück. Die Sprecherin der Frauen, Barbara Kubanke, hatte viele angerufen und eingeladen. Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer begrüßte die Gäste, berichtete von den Aktivitäten des Landesverbandes in der nächsten Zeit und rief zur Solidarität mit den Flutopfern auf. Erfreulich war das Ergebnis der Spendensammlung, bei der 270 Euro zusammenkamen.

Landesvorsitzende kritisiert in rbb-Beitrag fehlende Barrierefreiheit bei der BVG

Hürden im Berliner Nahverkehr

Der Nahverkehr in Deutschland soll ab dem Jahr 2022 barrierefrei sein. Das sieht eine UN-Konvention zur Stärkung der Rechte Behinderter vor, die 2009 ratifiziert wurde. Die Stadt Berlin wird dieses Ziel leider verfehlen, da der Bahnverkehr in Berlin frühestens 2024 barrierefrei sein wird.

Insbesondere die U-Bahn stellt vielen unüberwindbare Hürden. Derzeit sind von den 175 U-Bahnhöfen laut Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) 36 nicht stufenlos erreichbar. Unter den 139 stufenlos erreichbaren Bahnhöfen verfügen 131 über einen Aufzug zum Bahnsteig, acht über eine Rampe.

Ursula Engelen-Kefer, Vizepräsidentin des Sozialverband Deutschland, sieht ein weiteres Kriterium für Barrierefreiheit: den Zeitaufwand. „Barrierefreiheit heißt, dass Menschen mit Behinderung oder im Alter mit Rollator, mit Gehschwierigkeiten oder als Familie mit Kinderwagen sich spontan frei bewegen können.“ Eine Reise, die sorgfältig geplant werden muss, sei deshalb nicht barrierefrei, sagt sie. „Es gibt keinerlei Spontaneität mehr, so wie das für gesunde Menschen, die keinerlei Einschränkungen haben, der Fall ist“, sagt Engelen-Kefer. „Wenn man von Lichtenberg

zum Bahnhof Zoo fahren will, um einen schönen Tag zu nutzen, muss man das planen.“ Solche Pläne würden dann oftmals durchkreuzt, weil Fahrstühle kurzfristig ausfielen oder gewartet würden. Ein Blick in die Apps der BVG und Bahn sei unabdingbar. „Dann hoffe ich, dass

ich ausreichend Informationen bekomme. Aber es kann auch vorkommen, dass ein Ausfall noch gar nicht angezeigt wird.“

Der komplette Bericht des rbb unter: www.rbb24.de/politik/beitrag/2021/07/berlin-bahnhoefe-barrierefreiheit-barrierefrei-bvg-s-bahn-teilhabe.html.



Foto: Moises Gonzalez / unsplash

Die U-Bahn ist eines der wichtigsten Verkehrsmittel. Für Menschen im Rollstuhl ist es aber nicht immer möglich, sie zu nutzen.



Aus dem Landesverband und den Kreis- und Ortsverbänden

Landesverband Berlin-Brandenburg

Die Stadtteilkoordination Schöneberg-Nord, zu deren Quartier die SoVD-Landesgeschäftsstelle gehört, feierte am 15. Juni die Einweihung des neuen Stadtteilbüros an der Pallasstraße 5 mit einem Tag der offenen Tür. Die Koordinatorin des SoVD-Besuchsdienstes, Heike Ritterbusch, und der Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Charlottenburg, Jürgen von Rönne, vertraten den SoVD-Landesverband an einem Informationsstand und beantworteten Fragen aller Art.

Es gab großes Interesse und viele Gespräche über die Arbeit des SoVD-Landesverbandes. Außerdem war es eine gute Gelegenheit, sich im Quartiersrat und bei der Stadtteilkoordinatorin Tina Waleschkowski persönlich bekannt zu machen und zu vernetzen.

Auf dem Foto: Heike Ritterbusch und Jürgen von Rönne.

Kreisverband Berlin-Ost OV Stadtverband Berlin-Ost

Der Ortsverband hat mit einer Verteilaktion die Mitglieder-kampagne unterstützt und neue Flyer in ca. 30.000 Haushalten



Landesverband Berlin-Brandenburg

verteilt. Dank der Recherchen des stellvertretenden Vorsitzenden Bernd Röber wurden jene Ortsteile herausgefiltert, die den größten Erfolg versprechen. Bereits nach drei Wochen waren im Landesverband Berlin-Brandenburg Mitgliedsanträge eingegangen, die den entsprechenden Antragsvorlagen in den verteilten Flyern zugeordnet werden konnten. So hat die Aktion bereits nach kurzer Zeit erste Erfolge gezeigt.

Auf dem Foto: Frank Brendel, Schatzmeister, und Bernd Röber, Stellvertretender Vorsitzender.

von Rönne überreichten den beiden Jubilarinnen jeweils einen Blumenstrauß. Der Ortsverband Charlottenburg wünscht den beiden und allen anderen Mitgliedern, die in diesem Jahr Geburtstag haben, alles Gute, Glück und Gesundheit.

Auf dem Foto: Jürgen von Rönne, 1. Vorsitzender, Karin Kosin, 2. Vorsitzende, Gertrud Butzke, Thea Kaiser und Brigitte Wolff, Schatzmeisterin.

Kreisverband Steglitz

Nach einer gefühlten Ewigkeit konnten sich die Mitglieder des Kreisverbandes wieder zur gewohnten Versammlung im Maria-Rimkus-Haus treffen. Auf der Terrasse wurden gemäß der Corona-Verordnung arrangiert. Das Gesprächsthema Nummer Eins war natürlich die lange Zeit im Lockdown und wie es allen ergangen ist. Wer sich einsam gefühlt hat, wie die Impfungen verlaufen sind, wie die Solidarität untereinander gehalten hat und wie es nun weitergehen soll.

Nun ist die Hoffnung groß,



Ortsverband Charlottenburg-Wilmersdorf



Kreisverband Steglitz

dass es keine vierte Welle geben wird und die geplanten Aktivitäten im Kreisverband weiterhin stattfinden können.

Der Kreisvorsitzende Wolfgang Engelmann wünscht seinen Mitgliedern für die Zukunft beste Gesundheit.



OV Stadtverband Berlin-Ost

Kreisverband Charlottenburg Ortsverband Charlottenburg

Die Mitglieder Frau Butzke und Frau Kaiser feierten Ende Juni und Anfang Juli jeweils ihren 90. Geburtstag. Beide erhielten vom Ortsverband eine Einladung zum Kaffeetrinken ins Restaurant zum Schwanenkrug in Schönwalde am 10. Juli.

Der erste Vorsitzende und Frau Wolff holten die Jubilare ab. Die Vorstandsmitglieder Frau Kosin, Frau Wolff und Herr



Glückwünsche

Wenn ein Mensch einem andern für etwas sehr Teures zu danken hat, soll dieser Dank ein Geheimnis bleiben zwischen den beiden.

Rainer Maria Rilke

Wir freuen uns, dass Sie zu uns gehören und gratulieren recht herzlich zu Ihrem Ehrentag. Mögen Frohsinn, Heiterkeit und eine gute Gesundheit Sie stets begleiten!

Besondere Glückwünsche gehen an:

- 90 Jahre:** 19.9.: Sonja Krüger, Berlin; 24.9.: Günter Klink, Berlin.
- 92 Jahre:** 13.9.: Ingeborg Stoy, Finsterwalde; 18.9.: Charlotte Borowicz, Hennigsdorf.
- 93 Jahre:** 15.9.: Margaret Umbreit, Berlin.
- 94 Jahre:** 1.9.: Ruth Grothjahn, Fredersdorf; 8.9.: Klaus Münchenberg, Berlin; 26.9.: Hans Brandt, Berlin.
- 95 Jahre:** 6.9.: Anneliese Wolf, Berlin; 8.9.: Elisabeth Bialkowski, Berlin; 23.9.: Gerda Riefflin, Berlin.
- 97 Jahre:** 20.9.: Jutta Schulz, Berlin.
- 99 Jahre:** : 15.9.: Helena Moysich, Berlin; 22.9.: Margarete Wagner, Guben; 24.9.: Gerda Franz, Dreetz.

Unseren Jubilarinnen und Jubilaren herzliche Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband!

- Für 35 Jahre:** 1.9.: Carmen Hiebel, Berlin; 18.9.: Charlotte Schilling, Berlin.
- Für 40 Jahre:** 1.9.: Inge Jost-Ziegelmaier, Wandlitz; 1.9.: Hans-Heino Schneider, Berlin; 7.9.: Markus Hempe, Berlin; 22.9.: Lieselotte Rohleder, Berlin.
- Für 45 Jahre:** 18.9.: Rainer Böttcher, Berlin.
- Für 50 Jahre:** 1.9.: Ingeborg Petke, Berlin. (Stand: 28.7.2021)

Schulungsangebote des SoVD

Basisschulung Sozialrecht

Das Sozialrecht ist ein umfangreiches und komplexes Rechtsgebiet. Um eine hohe Beratungsqualität sicherzustellen, werden unsere Sozialberater*innen regelmäßig geschult; insbesondere die neuen Berater*innen sollen diese Basisschulung grundsätzlich absolvieren.

Jede*r Teilnehmer*in erhält nach Durchlauf aller Module ein Teilnahmezertifikat. Jedes Modul hat einen Zeitumfang von 2 Stunden:

Anmeldung erforderlich per E-Mail an: post(at)sovd-bbg.de.

Nähere Informationen er-

halten Sie bei Birgit Domröse, Tel.: 030/26 39 38-27, E-Mail: birgit.domroese(at)sovd-bbg.de.

Termine: 6.9., 13.9., 20.9., 27.9. und 4.10. per Zoom, jeweils 15–17 Uhr.

„Unser Mittwoch digital“: Senior*innen Computer Club

In Kooperation mit der Stiftung „Digital-mobil-im-Alter“ möchten wir unseren Mitgliedern und Gästen den Zugang zur digitalen Welt ermöglichen. Ziel ist die Einführung in die Internetnutzung und der Aufbau einer Sicherheit im Umgang mit digitalen Medien. Die Vermittlung erfolgt in einer Weise, die älteren Menschen entspricht.

Wer bisher kein digitales Endgerät besitzt, kann sich für zwei Monate ein bereits eingerichtetes und funktionsfähiges Tablet ausleihen, das die Stiftung „Digital-mobil-im-Alter“ zur Verfügung stellt. Die Teilnahme ist auch mit einem eigenen Gerät möglich. Am **15.9** findet der Auftakt unseres digitalen Mittwochs „Senior*innen-Computer-Club mit der Ausgabe der Leih-Tablets statt. Danach jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 14–18 Uhr.

Ansprechpartnerin und Anmeldung: Heike Ritterbusch, Tel: 030/26 39 38–21, E-Mail: Ritterbusch(at)sovd-bbg.de.



Ansprechpartner*innen der Kreis- und Ortsverbände

Wir treffen uns wieder!

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg bietet in seinen Kreis- und Ortsverbänden zahlreiche Aktivitäten an. Wir laden unsere Mitglieder und Gäste herzlich ein, daran teilzunehmen. Die jeweiligen Ansprechpartner*innen stehen Ihnen telefonisch sowie per E-Mail zur Verfügung. Für den Monat September bieten wir unter Vorbehalt einige Veranstaltungen an. Kurzfristige Änderungen werden auf unserer Webseite unter www.sovd-bbg.de veröffentlicht.

Wichtiger Hinweis: Bitte erkundigen Sie sich immer vor der Veranstaltung über die aktuell gültigen Corona-Regelungen. Die Veranstalter*innen informieren über die Maskenpflicht am Sitzplatz.

„Unser Mittwoch“: Jeden 1. Mittwoch im Monat bieten wir unter dem Motto „Unser Mittwoch“ ein Beisammensein, Information und Diskussion in geselliger Runde bei Kaffee und Kuchen ab 14 Uhr im Landesverbandshaus an. Mitglieder, Neu-Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. Bitte anmelden per E-Mail: [post\(at\)sovdbbg.de](mailto:post(at)sovdbbg.de).

14. September, 16 Uhr: Kochen mit Armin, „Sommerausklang“ im Landesverbandshaus, Kurfürstenstraße 131, barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12, 10785 Berlin, max. 10 Teilnehmer*innen, Anmeldung per E-Mail: [post\(at\)sovdbbg.de](mailto:post(at)sovdbbg.de).

SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Anmeldung unter Tel.: 030/26 39 38 0.

Sprechzeiten der Sozialrechtsberatung: Antragstellung Rente & Schwerbehinderung: Tel.: 030/26 39 38 0. Montag und Donnerstag: 9–12 Uhr und 13–17 Uhr, Dienstag: 9–12 Uhr und 13–15 Uhr.

E-Mail: [rechtsberatung\(at\)sovdbbg.de](mailto:rechtsberatung(at)sovdbbg.de), Ansprechpartner*innen: Dana Raabe, Renate Augner, Rico Gersten. Mittwoch und Freitag geschlossen.

Landesgeschäftsführung: Birgit Domrose, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: [birgit.domrose\(at\)sovdbbg.de](mailto:birgit.domrose(at)sovdbbg.de).

Mitgliederverwaltung / Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26 39 38 14, E-Mail: [Bernhard.Kippert\(at\)sovdbbg.de](mailto:Bernhard.Kippert(at)sovdbbg.de).

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: [Ritterbusch\(at\)sovdbbg.de](mailto:Ritterbusch(at)sovdbbg.de).

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: [Ute.Lossin\(at\)sovdbbg.de](mailto:Ute.Lossin(at)sovdbbg.de).

Kreisverband Berlin-Ost

Stralauer Str. 63, 10179 Berlin. Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzende Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Holger Kahl, Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [kv.berlinost\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.berlinost(at)sovdbbg.de). Servicesprechstunde und Sorgen-telefon: Montag, 13-17 Uhr, oder

nach telefonischer Vereinbarung.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

21. September, 14 Uhr: Vortrag von Klaus Michaelis über die Grundrente mit Diskussion, SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Ansprechpartnerin: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [ov.berlinost\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.berlinost(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlungen: Kommunale Begegnungsstätte „Judith Auer“, Judith-Auer-Str. 8, 10369 Berlin.

Ortsverband Treptow-Köpenick

21. September, 14 Uhr: Mitgliederversammlung. Ansprechpartner: Michael Nakoinz, Tel.: 030/263 938-01, E-Mail: [ov.trepkoep\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.trepkoep(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlungen: Alle drei Monate im KIEZKLUB Rathaus Johannisthal, Sternedamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Bodo Feilke, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [kv.charwil\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.charwil(at)sovdbbg.de).

Ortsverband Charlottenburg

8. September, 16 Uhr: Mitgliederversammlung im Rouladenhaus.

21. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Seniorenclub Nehringstraße.

Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [ov.charlottenburg\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.charlottenburg(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlung: jeden 2. Mittwoch im Monat, 16 Uhr, Restaurant Rouladenhaus zur Quelle, Nonnendammallee 83, 13629 Berlin; jeden 3. Dienstag im Monat, 16 Uhr, Seniorenclub, Nehringstr. 8, 14059 Berlin. Beratungen im Schwerbehinderten- und Rentenrecht nach telefonischer Vereinbarung bei Jürgen von Rönne.

Ortsverband Wilmersdorf

Ansprechpartner: Bodo Feilke, Tel.: 030/263 938-02, E-Mail: [ov.wilmersdorf\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.wilmersdorf(at)sovdbbg.de)

Kreisverband Reinickendorf

Ansprechpartnerinnen: 1. Kreisvorsitzende Angelika Golombek, Gabriele Degner, Tel.: 030/263 938-05, E-Mail: [kv.reinickendorf\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.reinickendorf(at)sovdbbg.de). Sorgentelefon: 030/54 49 77 71.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

20. September, 16.15 Uhr: Mitgliederversammlung, Gemeindehaus ev. Kirchengemeinde Alt-Buckow. Tel. Anmeldung erforderlich.

Ansprechpartnerin: Edith Massow, Tel.: 030/263 938-03, E-Mail: [kv.neukoelln\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.neukoelln(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlung: jeden dritten Montag im Monat, 16.15 Uhr, Gemeindehaus der ev. Kirchengemeinde Alt-Buckow 38, 12349 Berlin.

Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

22. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Maria-Rimkus-Haus.

Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/263 938-04, E-Mail: [kv.steglitz\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.steglitz(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlungen / Sozialberatung: jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15-17 Uhr, Seniorentreff (barrierefrei) Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Kreisverband Spandau

Ansprechpartner: 1. Kreisvorsitzender Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [kv.spandau\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.spandau(at)sovdbbg.de). Sprechzeiten Sozialberatung: dienstags, 10 bis 12 Uhr, Nachmittagstermine nach Vereinbarung.

Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

18. September, 10–17 Uhr: SoVD-Informationsstand „So-

ziales und gesundes Spandau“, Marktplatz Spandau.

23. September, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung im Seniorenklub Lindenufer.

Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.spandaumitte\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.spandaumitte(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlung: monatlich im Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.spandaunordsued\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.spandaunordsued(at)sovdbbg.de).

Mitgliederversammlung: jeden 1. Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Ortsverband Falkensee

Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/263 938-09, E-Mail: [ov.falkensee\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.falkensee(at)sovdbbg.de)

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

8. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstr. 131, 10785 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/263 938-08, E-Mail: [kv.tempschoen\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.tempschoen(at)sovdbbg.de).

Sprechstunde/Sozialberatung: jeden 3. Mittwoch im Monat, 15-17 Uhr, Landesgeschäftsstelle. Mitgliederversammlungen: jeden 2. Sonnabend im Monat, Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin

Kreisverband Tiergarten-Wedding

14. September, 14.30 Uhr: Erfahrungsaustausch der Amrum-Fahrt vom 26. August bis 9. September.

21. September, 14.30 Uhr: Infos zu den Wahlen in Berlin für BVV, Abgeordnetenhaus und Bundestag.

28. September, 14.30 Uhr: Diskussion über die weitere Jahresplanung.

Ort: SoVD-Geschäftsstelle, Waldstr. 48, 10551 Berlin. Anmeldung erforderlich: Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/263 938-06, E-Mail: [kv.tierwedding\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.tierwedding(at)sovdbbg.de).

Ansprechpartner: Joachim Krüger, Tel.: 030/263 938-06.

Sprechzeiten: Dienstag, 14–18 Uhr. Beratungstermine nach tel. Vereinbarung für Mittwoch, 16–18 Uhr.

Sprechzeiten: Dienstag, 14–18 Uhr. Beratungstermine nach tel. Vereinbarung für Mittwoch, 16–18 Uhr.

Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

17. September, 14 Uhr: Mitgliederversammlung.

Ansprechpartner: Hans Drenckmann, Telefon: 030/263 938-07 E-Mail: [kv.zehlendorf\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.zehlendorf(at)sovdbbg.de). Mitgliederversammlungen: Monatlich 15 Uhr, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Sprechzeiten (nach Vereinbarung): jeden 3. Freitag im Monat, 14–16 Uhr.

Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West

E-Mail: [kv.brbsuedwest\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.brbsuedwest(at)sovdbbg.de).

Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg a. d. Havel, Ansprechpartnerin: Dagmar Herz, Tel.: 03381/55 15 131, mobil: 0152/58 57 78 46, E-Mail: [ks.brandenburg\(at\)sovdbbg.de](mailto:ks.brandenburg(at)sovdbbg.de).

Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 0, E-Mail: [ks.cottbus\(at\)sovdbbg.de](mailto:ks.cottbus(at)sovdbbg.de).

Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Neuheim 6, 14913 Jüterbog, Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Tel.: 030/26 39 38-0, E-Mail: [ks.jueterbog\(at\)sovdbbg.de](mailto:ks.jueterbog(at)sovdbbg.de).

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

Ansprechpartner: Thorsten Waue, mobil: 0163/87 00 665, E-Mail: [kv.brbrnordost\(at\)sovdbbg.de](mailto:kv.brbrnordost(at)sovdbbg.de)

Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: [ov.fuerstenwalde\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.fuerstenwalde(at)sovdbbg.de).

Ortsverband Prignitz-Ruppin

Ansprechpartner: Jürgen Ackermann, Tel.: 033921/70647, E-Mail: [ov.prignitzruppin\(at\)sovdbbg.de](mailto:ov.prignitzruppin(at)sovdbbg.de).

Besuchen Sie uns auch im Internet

www.sovd-bbg.de

Finanztip-Studie: Generation der über 50-Jährigen wechselt Verträge mit Dienstleistern viel zu selten

Bestandskunden zahlen bis zu 460 Euro drauf

Wer einen neuen Vertrag abschließt, bekommt bei vielen Anbietern attraktive Konditionen. Bestandskunden hingegen bezahlen oft mehr und bekommen mitunter sogar weniger Leistung. Der Geldratgeber Finanztip rät deshalb, Strom-, Handy- oder auch Versicherungsverträge regelmäßig zu prüfen und gegebenenfalls zu wechseln. Eine aktuelle Finanztip-Studie zeigt nun, dass vor allem über 50-jährige Verbraucher*innen wechselfaul sind.

Jahrelang beim gleichen Anbieter zu bleiben, kann teuer werden: Allein bei den Themen Strom, Handy und Kfz-Versicherung entstehen einem Standardkunden so Mehrkosten von jährlich bis zu 460 Euro.

Eine repräsentative Studie von Finanztip zeigt: Knapp jeder Dritte über 50 hat noch nie den Stromanbieter gewechselt. „Wer schon immer Strom bei einem Anbieter bezieht, hängt in der teuren Grundversorgung“, sagt Hermann-Josef Tenhagen, Chefredakteur von Finanztip. Für Betroffene ist das Sparpotenzial groß – laut einer aktuellen Beispielrechnung von Finanztip bringt der Wechsel in einen günstigen Tarif bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch (3.000 kWh) knapp 150 Euro im Jahr. Aber auch wer vor Jahren schon einmal seinen

Stromanbieter gewechselt hat, sollte regelmäßig Tarife vergleichen. „In unserer Beispielrechnung sparten wir knapp 40 Euro bei einem Wechsel von einem älteren in einen günstigen Tarif.“ Genau dieser Fall kommt bei Älteren besonders oft vor: Mehr als jeder Zweite über 50 hat vor Jahren zwar schon einmal den Stromanbieter gewechselt, vergleicht aber nicht regelmäßig Tarife. Für die Anbieter ist es lukrativ, dass die besonders geburtenstarken Jahrgänge nicht wechseln.

Ein weiterer Kostenfaktor privater Haushalte sind Handytarife. „Im Mobilfunkbereich beobachten wir seit Jahren fallende Preise – erst im E-Netz, jetzt zunehmend auch im hochwertigen D-Netz“, sagt Tenhagen. Die Folge: Je älter ein Tarif ist, desto teurer ist er im Vergleich

zu neuen Angeboten. „Vor allem die Generation 50plus telefoniert besonders häufig zu hohen Kosten, denn jeder dritte Handyvertrag von ihnen ist älter als fünf Jahre.“ Besonders im D-Netz geht das ins Geld, wie eine Beispielrechnung von Finanztip zeigt: Besteht hier der Vertrag schon seit zehn Jahren, zahlen die Inhaber 264 Euro im Jahr zu viel, bei fünf Jahre alten Verträgen immerhin noch 192 Euro. Der Rat vom Finanztip-Chef: „Handyverträge sollten mindestens alle zwei Jahre überprüft werden. Oft reicht es schon, dem Anbieter mit der Kündigung zu drohen, um deutlich bessere Konditionen zu erhalten.“

Dass mit zunehmendem Alter die Autoversicherung teurer wird, ist hinlänglich bekannt. Dennoch fassen 40 Prozent der über 50-Jährigen grundsätzlich



Foto: Mediteraneo / Adobe Stock

Wer seinem Anbieter lange treu bleibt, zahlt im Endeffekt mehr Geld für weniger Leistung.

ihren aktuellen Tarif nicht an – vor allem, weil sie mit ihrer Versicherung zufrieden sind. Doch diese Treue kostet. „In unserer Beispielrechnung sparten wir im Schnitt bis zu 50 Euro im Jahr durch den Wechsel in einen preiswerteren Tarif. Vor dem Hintergrund, dass Versicherungen mit dem Thema Alter sehr unterschiedlich umgehen und

auch Typ- und Regionalklassen jedes Jahr neu berechnet werden, sollten Versicherte ab 50 jedes Jahr Tarife vergleichen. Macht die eigene Versicherung ein faires Angebot, ist die Treue verdient. Andernfalls unbedingt wechseln! Das geht mit Tarifrechnern im Netz sehr einfach und dauert maximal eine halbe Stunde.“

Digitale Rehabilitations-Nachsorge als Alternative für Menschen mit unregelmäßigem Tagesablauf

Machbar auch bei Nacht- und Schichtarbeit

Die Deutsche Rentenversicherung hilft Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen dabei, ihre Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen beziehungsweise zu erhalten. Dafür gibt es Modelle wie „Reha vor Rente“ und „Reha vor Pflege“. Wichtig ist dabei auch die „Reha-Nachsorge“. Und die kann zunehmend digital durchgeführt werden.

Vielen Menschen ist der räumliche oder zeitliche Zugang zu den Reha-Nachsorgeeinrichtungen im Anschluss an die meist drei Wochen dauernde medizinische Rehabilitationsmaßnahme nur eingeschränkt möglich. Insbesondere in ländlichen Regionen ist es für Betroffene oft schwierig oder nicht möglich, in einem zeitlich zumutbaren Rahmen

eine Einrichtung für die Reha-Nachsorge aufzusuchen und somit überhaupt an dieser teilzunehmen. Viele Menschen können die Maßnahmen auch schwer oder gar nicht in ihren Alltag integrieren, weil sie im Schichtdienst arbeiten oder ihre Arbeitszeiten unregelmäßig sind, wie zum Beispiel Beschäftigte in der Gastronomie. Auch die Erziehung von Kindern oder die Pflege eines Angehörigen stehen einer effektiven Nachsorge oft im Weg.

Abhilfe im Sinne eines flächendeckenden und innovativen Angebotes zur Reha-Nachsorge kann eine digitale Tele-Reha-Nachsorge schaffen. Mit zunehmender Digitalisierung und Verbreitung mobiler Technologien, wie zum Beispiel Smartphones oder Tablets, eröffnen sich neue Möglichkeiten, den Versorgungsmangel in der Reha-Nachsorge zu überwinden

und die in der Rehabilitation erzielten Erfolge nachhaltig zu verstetigen. Darauf macht die Knappschaft Bahn See aufmerksam. Studien in der orthopädischen Tele-Reha beispielsweise hätten gezeigt, dass digitale Reha-Angebote wirksam und effizient sein können. Zudem sind sie im Vergleich zu traditionellen Reha-Maßnahmen ein kostengünstiges Instrument.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales setzt mit dem Programm **rehapro** die Aufgabe um, alternative Reha-Modelle zu stärken. Ein Projekt nennt sich **digIRINA**. Das steht für „digitale Intensivierte Reha-Nachsorge“. Es gibt bereits eine App namens **CASPAR**, deren Leistungsangebote mithilfe eines Smartphones, Tablets oder Computers zeitlich und örtlich flexibel wahrgenommen werden können. Der multimodale Therapieplan wird noch wäh-



Foto: Tyler Olson / Adobe Stock

Wer in der Gastronomie arbeitet, kann nicht zu „normalen Zeiten“ an der Reha-Nachsorge teilnehmen.

rend der stationären Reha von den Therapeuten erstellt und ist dann in der App abrufbar. Während der Reha werden die Teilnehmenden mit dem Programm vertraut gemacht, damit der Übergang von der Reha nach Hause bestmöglich funktioniert. Zu Hause haben die Patient*innen dann die Möglichkeit, sich bei Fragen an die Therapeuten von Caspar zu wenden und Feedback

zu einzelnen Übungen zu erhalten. Das Programm umfasst außerdem auf die Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnittene Schulungen, Vorträge und Seminare. Die Wirksamkeit der Tele-Reha-Nachsorge wurde durch die Studie der Deutschen Rentenversicherung Bund bewertet: 97 Prozent der Patient*innen sehen Caspar positiv. Infos gibt es unter www.caspar-health.com. mh

Berichtigung

In der Juli-/August-Ausgabe wurde Gerd Reinhardt fälschlicherweise als Bezirksvorsitzender Mittelfranken benannt.

Den Bezirk Mittelfranken gibt es nicht mehr, Herr Reinhardt ist folglich nicht dessen Vorsitzender.

86 Prozent aller häuslichen Unfälle sind Stürze

Todesursache: Sturz

Ab 75 Jahren steigt das Risiko, nach einem Sturz im Haushalt zu sterben, überproportional an, wie eine Auswertung der Zahlen des Statistischen Bundesamtes durch die DSH (Aktion Das Sichere Haus) zeigt.

„Wir müssen endlich erkennen, dass ein Sturz im Haushalt für Seniorinnen und Senioren ein tödliches Risiko darstellt und Maßnahmen ergreifen“, mahnt Dr. Susanne Woelk, Geschäftsführerin der DSH. „Bei einem Sturz denken wir zuerst an einen Sturz von der Leiter. Dabei sind Stolperfallen und rutschige Stellen in der Wohnung weitaus tückischer“, sagt Woelk, die das häusliche Unfallgeschehen seit 25 Jahren beobachtet. Dabei können schon einfache und preiswerte Maßnahmen viel bewirken. Zum Beispiel:

- Schlafzimmer: Bettlicht mit Bewegungsmelder schaltet sich ein, sobald die Beine aus dem Bett schwingen.
- Flur: Steckdosenlichter machen den Weg nachts vom Schlafzimmer zum Bad sicherer.
- Bad: An der Wand montierte Griffe in der Duschkabine und neben der Toilette stützen bei einem Schwindelanfall und helfen beim Aufstehen.
- Bad: Ein Duschhocker sorgt für bequemes und sicheres Duschen
- Bad und Küche: Wasserlachen, Duschgel-Reste und Fettspritzer auf dem Boden sofort aufwischen.
- Treppen: Selbstklebende Antirutschstreifen sorgen für Grip auf den Stufen. Tipp: Auf Kontrastfarbe und fluoreszierendes Material achten, da es im Dunkeln leuchtet
- Ganze Wohnung: Türschwellen und andere Stolperfallen entfernen oder mit einer Rampe angleichen und farblich markieren.
- Ganze Wohnung: Verzichten Sie möglichst auf lose Teppiche und Läufer.
- Selbstfürsorge: Sicher gehen in Socken mit Anti-Rutsch-Sohle („ABS-Socken“).
- Selbstwahrnehmung: Wie gut sind mein Balancegefühl und meine Kraft?

Quelle: DSH

5 Termine

Ortsverband Bayreuth

jeden zweiten Dienstag im Monat, 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthaus Moosing, Oberobsang 11, (unter Vorbehalt, Infos beim Vorsitzenden Dr. Josef Haas).

Ortsverband Lautertal

25. September, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Ehrungen im Sportheim des TSV Oberlauter, Beuerfelder Straße, Oberlauter.

Glückwünsche

Bei allen Handlungen beständig auf fremde Urteile Rücksicht nehmen, ist das Gift unserer Ruhe.

Jean Paul

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden des Landesverbandes gratulieren allen Mitgliedern, die im September Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

60 Jahre: 1.9.: Ulrich Suchodolows, Fürth; 2.9.: Uwe Zimmermann, Westendorf.

65 Jahre: 20.9.: Udo Schwarz, Röttenbach; 29.9.: Albrecht Förtsch, Hof.

70 Jahre: 1.9.: Alfred Sturm, Mitterteich; 2.9.: Wilhelmine Völker, Hausen; 17.9. Monika Völkel, Stein; 23.9.: Therese Demmenus, Postmünster.

75 Jahre: 1.9.: Rolf Talmon-Gros, Fürth; 20.9.: Anneliese Horacek, Nürnberg.

80 Jahre: 1.9.: Hubert Feistle, Inning; 6.9.: Waltraut Licht, Lautertal; 11.9.: Karin Zinsmeister, München; 16.9.: Alfons Oberle, Ebsenfeld, Walter Mänz, München; 17.9.: Joachim Heede, Bad Windsheim; 20.9.: Heinrich Heim, Lautertal; 21.9.: Ingrid Bellenberg, Bad Reichenhall; 23.9.: Renate Drescher, München; 29.9.: Ludwig Freiburger, Schönwald.

Tipp vom VLH: Kinderkrankengeld gehört in die Steuererklärung

Auch Homeoffice zählt

Das eigene Kind ist krank oder bleibt aufgrund der Corona-Pandemie-Maßnahmen zu Hause? Dann erhalten Eltern Kinderkrankengeld. Welche Bedingungen dafür gelten und was das mit der Steuererklärung zu tun hat, erklärt der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH).

Die Bundesregierung hat die Zahl der Tage, an denen Kinderkrankengeld bezogen werden kann, verdoppelt. Und zwar rückwirkend zum 5. Januar. Das bedeutet: Im Jahr 2021 gibt es pro Elternteil 20 Tage pro Kind und für Alleinerziehende 40 Tage pro Kind. Mit der Anzahl der Kinder erhöht sich die Zahl der Tage, sodass maximal 45 beziehungsweise 90 Kinderkrankentage möglich sind.

Das Kinderkrankengeld ersetzt in der Regel 90 Prozent des Nettogehalts. Arbeitnehmende beantragen es bei ihrer Krankenkasse – nämlich im Normalfall, wenn sie ihr krankes Kind zu Hause betreuen und deshalb nicht arbeiten können. Das gilt aber nur für Kinder, die unter 12 Jahre alt und gesetzlich mitversichert sind.

In diesem Jahr wird das Kinderkrankengeld auch dann ausbezahlt, wenn das Kind oder die Kinder aufgrund der Pandemie-Maßnahmen daheim betreut werden müssen. Das ist dann der Fall, wenn Schulen oder Kitas entweder tatsächlich geschlossen sind, oder wenn die Behörden empfehlen, die Kinder zu Hause zu betreuen. Weitere Infos bietet das Bundesfamilienministerium mit seinen „Fragen und Antworten zum Kinderkrankengeld“. Übrig-



Foto: Tomsickova / Adobe Stock

Wer sein krankes Kind während der Pandemie zuhause betreuen musste, kann das trotz Homeoffice steuerlich geltend machen.

gens: Anspruchsberechtigt sind auch Eltern, die im Homeoffice arbeiten.

Erhält eine Mutter oder ein Vater Kinderkrankengeld, ist das steuerfrei. Allerdings zählt dieses Geld zu den Lohnersatzleistungen und unterliegt damit dem Progressionsvorbehalt, wodurch der persönliche Steuersatz steigt. Das funktioniert so: Das Eltern-, Kurzarbeiter- oder Kinderkrankengeld wird am Ende des Jahres auf das Einkommen hinzugerechnet, um den Steuersatz zu ermitteln. Dadurch erhöht die ursprünglich steuerfreie Ersatzleistung den persönlichen Steuersatz, mit dem das restliche Einkommen

versteuert wird. Obwohl die Lohnersatzleistung steuerfrei ist, können so dann doch mehr Steuern fällig werden.

Erhalten Mütter oder Väter mehr als 410 Euro im Jahr an Lohnersatzleistungen, müssen sie eine Steuererklärung abgeben. Die Summe des Kinderkrankengeldes tragen sie im Mantelbogen unter „Einkommensersatzleistungen“ ein. Zu diesem Zweck sollten Mütter und Väter automatisch von ihrer zuständigen Krankenkasse eine „Bescheinigung für das Finanzamt“ erhalten haben, worin die Höhe des Kinderkrankengeldes vermerkt ist.

Quelle: VLH



Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: barbara.hoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Dietfurt: bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail:

rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Ebsenfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Ansprech-

partner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49 oder per E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: rechtsschutz@sovd-mfr.de.

Kümmererstelle in Würzburg: nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Rika Essers erstes Jahr als Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen

Bestandsaufnahme und Schwerpunktsetzung

„Gemeinsam für eine inklusive Gesellschaft“ ist das Motto, mit dem Rika Esser im vergangenen Jahr in die Aufgaben der hauptamtlichen Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen eingestiegen ist. In enger Zusammenarbeit mit den Schwerbehindertenvertretungen und den Behindertenverbänden sowie im intensiven Austausch mit der Landesregierung setzt sie sich für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in Hessen ein.

Intensive Netzwerkarbeit, wie es sich Rika Esser getreu ihrem Motto „gemeinsam für eine inklusive Gesellschaft“ auf die Fahne geschrieben hatte, schien angesichts der Pandemie fast aussichtslos. „Corona sollte mich nicht davon abhalten, die Erfüllung meiner Aufgaben in Angriff zu nehmen“, berichtet sie entschlossen. Ruckzuck stellte sie alle geplanten Treffen mit Einzelpersonen aber auch mit verschiedenen Gremien auf ein digitales Format um.

Bis alle verschobenen Termine digital nachgeholt werden konnten, nutzte sie die zeitliche Lücke für eine umfassende Bestandsaufnahme. Barrierefreiheit, Beschäftigung und die Kooperation mit den Kommunen stehen ganz oben auf der Liste

neben vielen Einzelanfragen, die aus den verschiedenen Verbänden und Gremien an Rika Esser herangetragen werden.

Im Rahmen der Abstimmungsgespräche zur Gründung des hessischen Kompetenzzentrums Barrierefreiheit fand ein intensiver Austausch zwischen den beteiligten Akteuren aus Politik und Verbänden über dessen Schwerpunktsetzung statt. „Es geht nicht nur um bauliche Anlagen, sondern auch um die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehrsbereich, bei der Kommunikation und den Medien“, erläutert Esser und zieht den Kreis bis hin zur Barrierefreiheit zum Beispiel bei der Herstellung von technischen Gebrauchsgegenständen. „Welches Ausmaß das Problem

hat, zeigte sich im Bereich der Hessischen Bauordnung bei der Anhörung im Juni, wo die unterschiedlichen Interessen deutlich wurden.“ Mit Blick auf die Kommunen konnte ein Entwurf einer Mustersatzung erstellt werden, den Rika Esser inzwischen bei den kommunalen Spitzenverbänden einbringen konnte. Rika Esser setzt dabei auf Vernetzung und Erfahrungsaustausch, um Barrierefreiheit für alle Menschen mit und ohne Behinderungen zu erreichen.

Das Thema Beschäftigung erhielt durch die Pandemie neue Brisanz. Kurzarbeit und Anstieg der Arbeitslosenzahlen hemmen erneut den Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. „Im neu gegründeten Forum



Das Logo



Foto: GIZ

Rika Esser

Inklusive Privatwirtschaft sollen daher Wege geschaffen werden, um kleine und mittelständische Unternehmen bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen“, erläutert sie.

Und auch beim inklusiven Schulunterricht gibt es weite-

ren Bedarf, allerdings ist das nicht selten abhängig vom Elternhaus, die den schulischen Erfolg im Auge haben. Bei der Organisation des Transports und der Unterstützung durch Inklusionshelfer sei es wichtig, dass die Kommunen diese Maßnahmen gewähren.

Finanzielle Unterstützung für Gehörlose im Landtag erkämpft

Lang erkämpfte Maßnahme

Der Hessische Landtag hat im Juli die Einführung eines Gehörlosen- und eines Taubblindengeldes beschlossen. Sechs Millionen Euro sind dafür im Landeshaushalt eingeplant. Damit beträgt das Gehörlosengeld monatlich 150 Euro. Rund 4.000 Menschen gelten in Hessen als taub oder taubblind.

Die Initiative zur Einführung dieser Hilfe zur Teilhabe geht auf den CDU-Kreisverband Marburg-Biedenkopf zurück, „Landtagsabgeordneter Dirk Bamberger engagiert sich seit seiner frühesten Jugend für die Gehörlosen in dieser Region. Das ist zweifelsohne ein besonderer Meilenstein seines sozialen und sozialpolitischen Engagements für Menschen mit Behinderungen“, freut sich das Marburger SoVD-Mitglied Helmut Muth hervor, das sich in mehreren Ämtern beim SoVD engagiert und schon lange mit Dirk Bamberger befreundet ist.



Dirk Bamberger im Gespräch mit zwei Betroffenen.

Dirk Bamberger freut sich: „Die Gehörlosen in Hessen kämpfen seit über 40 Jahren für eine Unterstützung, die sich am Blindengeld orientiert. Ihnen ist die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben weitestgehend verwehrt. Und auch der Alltag gestaltet sich sehr problematisch. Klassischerweise gehören die Gehörlosen aufgrund ihrer Behinderung eher den einkommensschwachen Berufsgruppen an. Sie können

es sich schlicht nicht leisten, Dolmetscher einzubinden. Das Gehörlosengeld wird in der Größenordnung von etwa zwei Dolmetscherstunden im Monat liegen. Das ist zwar nicht viel, es ist aber ein ganz wichtiger Anfang.“

Der Landtagsabgeordnete ist Kind gehörloser Eltern und in der Community der Gehörlosen aufgewachsen. „Enge Freunde meines Vaters kämpften seinerzeit vergeblich auf Landesebene für die Belange gehörloser

Menschen. Ich habe mich in der Pflicht gesehen, ihr Engagement fortzuführen und bin nun sehr glücklich darüber, dass wir nun so weit gekommen sind.“

Bamberger kündigte weiterhin an, dass sein Engagement für gehörlose Menschen nach der Einführung des Gesetzes nicht enden werde. „Im nächsten Schritt werden wir uns des Problems des massiven Dolmetschermangels annehmen. Es liegt auch hier wieder viel Arbeit vor uns.“



Die Vorstandssitzung des Ortsverbandes Fulda-Bronzell fand im Biergarten des Jägerhofs statt.

Ortsverband Fulda mit erstem Präsenztreffen

An frischer Luft getagt

Ende Juli hielt der Ortsverband Fulda seine erste Vorstandssitzung wieder in Präsenz ab. Selbstverständlich war alles hygienekonform vorbereitet worden. Neben einer Ehrung wurden vor allem Termine für weitere Verbandsaktivitäten festgelegt.

Kreisverbandsvorsitzende Marita Schliephorst war als Gast anwesend und freute sich, dass sie endlich wieder ein Mitglied persönlich ehren konnte: Sie übergab Pedram Kiassati die Ehrenurkunde für 10 Jahre Mitgliedschaft im SoVD.

Der Vorstand stimmte anschließend dafür, dass die ursprünglich für 2021 vorgesehenen Neuwahlen auf 2022 verlegt werden und bedankte sich bei Schriftführerin Elfriede Leister, die aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt als Beisitzerin des Landesvorstandes Hessen zur Verfügung stellte, für ihre bisherige Arbeit.

Für den 11. Dezember um 15 Uhr ist das Weihnachtstreffen angesetzt, in der Hoffnung, dass die Lage in ein paar Monaten eine persönliche Zusammenkunft wieder erlauben wird.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung.

60 Jahre: 6.9.: Birgit Schulzki, Grebenstein; 10.9.: Doris Wagner, Rotenburg; 17.9.: Günter Hallenberger, Battenberg.

65 Jahre: 1.9.: Bernd Guth, Warburg; 20.9.: Doris Becker, Ebsdorfergrund; 22.9.: Klaus-Uwe Leipold, Kassel; 24.9.: Regina Mehring, Wetter; 29.9.: Gabriele Pendelin-Auer, Oestrich-Winkel.

70 Jahre: 7.9.: Fred Schindler, Fritzlar; 10.9.: Gertrud Schneider, Münchhausen.

75 Jahre: 11.9.: Anita Hilberger, Münchhausen; 25.9.: Charlotte Trübenbach, Limburg; 30.9.: Erich Imhof, Münchhausen.

80 Jahre: 13.9.: Antje Sievers, Bad Wildungen; 17.9.: Wilhelm Hellwig, Grebenstein; 21.9.: Monika Späth, Weilburg.

90 Jahre: 4.9.: Elfriede Hartmann, Calden.

93 Jahre: 15.9.: Hans Hoffmann, Bad Kreuznach.

95 Jahre: 4.9.: Rosel Kraus, Rödermark.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder sind ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

SoVD auf Tour startet wieder!

17. Oktober: Fahrt in den Pfälzer Wald. Nach einer frühen Mittagspause im Forsthaus Silbertal erläutert die Kräuterpädagogin Ute Krauß die wohltuende Wirkung heimischer Kräuter. Dann geht es zum Bahnhof Lambrecht, wo das Kuckucksbähnle auf die SoVD-Reisegruppe wartet. Dampfbetrieben geht es dann durch den Pfälzer Wald zum Endbahnhof Elmstein, wo der Bus des Reiseveranstalters Klieber schon wartet, um alle Mitreisenden zum Kaffee im Forsthaus zurückzubringen. Die Kosten für die Fahrt inklusive Kuckucksbähnle lie-

gen bei nur 20 Euro pro Person. Verpflegung, Mittagessen, Kaffee und Kuchen muss jede*r selbst zahlen. Die Abfahrten sind um 8.50 Uhr von Frankfurt, Hattersheim und Wiesbaden geplant und die Rückkehr zu den drei Abfahrtsorten bis 21.10 Uhr.

Interessenten melden sich bei Rudolf Schulz unter Tel.: 0171/23 84 866 oder E-Mail unter: schulz.sovd@gmx.de und erhalten dann noch vor der Abfahrt einen genaueren Reiseplan mit den genauen Abfahrts- und Ankunftszeiten in Frankfurt, Hattersheim und Wiesbaden.

2. bis 5. Dezember: Dreitägige Reise nach Berlin mit Angeboten wie Museum, Abendveranstaltung „Stars in Concert-Weihnachtsspecial“, Stadtrundfahrt ins historische Berlin und ein Besuch im Reichstag sind angefragt. Selbstverständlich steht auch ein Besuch der Bundesgeschäftsstelle auf dem Programm. Anmeldung beim Vorsitzenden Rudolf Schulz unter schulz.sovd@gmx.de oder Tel.: 0171/23 84 866. Weitere Informationen zu den Details der Reise gibt es, sobald die Buchungen und Anfragen bestätigt sind.



Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise stehen die genannten Angebote unter Vorbehalt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Informationen zum SoVD wenden Sie sich gerne telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/85 108, oder per E-Mail an: info@sov-d-hessen.de. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

Info-Telefon Pflege: Tel.: 0611/20 55 216.

Kreisverband Hessen-Süd

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 069/31 90 43.

Sozialrechtsberatung in Herborn: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Juristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, bei Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, Terminvereinbarung unter

Tel.: 06033/74 88 999, E-Mail: szbgiessen@sov-d-hessen.de.

Sozialrechtsberatung bei Juristin Sigrid Jahr nach Anmeldung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Frankfurt

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Silke Marx, AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88, 65929 Frankfurt-Höchst, nach Terminabsprache unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung bei Sozialjuristin Silke Marx, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 069/31 90 43.

Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunden nach Vereinbarung bei Sozialjuristin Sigrid Jahr, Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sov-d-hessen.de.

Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialrechtsberatung jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, durch Sozialjuristin Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61348 Bad Homburg v. d. H., Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480, E-Mail: s.jahr@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Wiesbaden

Sozialberatung durch Hans Arnold, nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder per E-Mail: info@sov-d-hessen.de.

Sozialrechtsberatung durch Sozialjuristin Silke Marx jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Mo-

nat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/85 043 oder per E-Mail an: info@sov-d-hessen.de.

Sozialberatung im Rheingau: Es berät Hans Arnold, Aegidiusstraße 10, 65375 Oestrich-Winkel, nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06723/88 66 911 oder E-Mail an: sov-d@arnold-rheingau.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung durch Rechtsanwältin Annette Mülöt-Carvajal dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner*innen:
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diethelm Rogasch, Tel.: 05672/16 18.

34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77.

37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung durch Hans-Jürgen Schmidt, Trumpe 2, Eingang: Bahnhofstraße, 34537

Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 05621/96 78 787.

Sozialrechtsberatung erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0611/20 55 216 oder E-Mail: info@sov-d-hessen.de.

Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhoof. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Eschwege

Sozialberatung durch Marita Schliephorst jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, bei der AWO Werra-Meißner e. V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Fulda

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (EG). Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr, im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. Obergeschoss, 36199 Rotenburg an der Fulda. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil),

Fax: 06655/74 02 45 oder per E-Mail: m.schliephorst@sov-d-hessen.de.

Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e. V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Straße 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung: jeden Montag, 16–18 Uhr, im Rathaus Wetter, Untergeschoss, Zimmer 2, Marktplatz 1, 35083 Wetter. Während der Beratungszeit: Tel.: 06423/82 23 oder 0152/58 62 96 77 (mobil).

Außerhalb der Beratungszeit (nur in dringenden Fällen bis 18 Uhr!): Helga Kläs unter Tel.: 06422/89 87 202 oder Hans-Werner Dersch unter Tel.: 06423/51 524.

Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, im AWO-Treff, Brießelstraße 15, nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (Kontakt Daten s. oben).

Arbeitgeberzuschüsse kürzen den Sonderausgabenabzug bei Kinderbetreuung

Bundesfinanzhof hat entschieden

Kinderbetreuungskosten können als Sonderausgaben vom steuerpflichtigen Einkommen abgezogen werden. Bei der Ermittlung der Höhe der abziehbaren Beträge stellte sich die Frage, ob vom Arbeitgeber gezahlte Zuschüsse zur Betreuung des Kindes auf die Kinderbetreuungskosten anzurechnen sind. Nun hat der Bundesfinanzhof für Klarheit gesorgt. Zum Ärger der Eltern.

Der Bundesfinanzhof sorgte mit seinem letzten Urteil für Klarheit in der Frage der Sonderausgaben.

Beispiel: Ein Vater bezahlt für die Betreuung im Kindergarten 900 Euro Beitrag jährlich. Die Kosten für das Mittagessen bleiben außen vor. Er erhält von seinem Arbeitgeber einen steuerfreien Kindergartenzuschuss in Höhe von 600 Euro.

Nach dem Einkommensteuergesetz sind zwei Drittel der Aufwendungen (maximal 4.000 Euro je Kind/Jahr) „für Dienstleistungen zur Betreuung eines zum Haushalt (...) gehörenden Kindes (...) als Sonderausgaben abziehbar“. Aber gilt das auch trotz der steuerfreien Zuschüsse vom Chef? Darf der volle Höchstbetrag abgezogen werden? In dem Beispiel also Zwei Drittel von 900 Euro, das sind 600 Euro. Die Finanzämter kürzen den Sonderausgabenabzug regelmäßig um die steuerfreien Zuschüsse.

Diese Kürzungen standen nun beim Bundesfinanzhof (BFH) in München auf dem Prüfstand – und wurde als rechtmäßig angesehen. Bereits die Vorins-



Foto: RioPatuca Images / Adobe Stock

Kinderbetreuung kostet viel Geld. Das Finanzamt erkennt die Kosten nicht immer vollständig als Sonderausgaben an.

tanzen hatten zum Nachteil der Eltern entschieden.

In einem Fall scheiterte ein Vater mit der Auffassung, die Aufwendungen für den Kindergarten seien nicht um den Arbeitgeberzuschuss zu mindern, da der entsprechende Paragraph im Einkommensteuergesetz eine Kürzung schlichtweg nicht vorsehe. Zwar gebe es für bestimmte Sonderausgaben eine solche Abzugsbeschränkung – ein Verweis auf Kinderbetreuungskosten fehle aber. Das Finanzamt hielt dagegen, dass Sonderausgaben nur dann abgezogen werden dürften, wenn der Steuerpflichtige tatsächlich und „endgültig“ wirtschaftlich belastet werde. Und eine solche „endgültige wirtschaftliche Belastung“ fehle. Für das Beispiel bedeutet das, dass eine wirtschaftliche Belastung nur in Höhe von 300 Euro vorliege. Dass die Kinderbetreuungskosten in den Abzugsbeschränkungen nicht erwähnt werden, rechtfertige es nach Ansicht der Finanzrichter nicht, die Arbeitgeberzuschüsse bei der Berechnung der Sonderausgaben für

Kinderbetreuungskosten unberücksichtigt zu lassen.

Ein anderes Finanzgericht führte ergänzend aus, dass ein zusätzlicher Sonderausgabenabzug zu einer verfassungsrechtlichen Ungleichbehandlung mit Steuerpflichtigen führen würde, deren Arbeitgeber – etwa durch die Unterhaltung eines Betriebskindergartens – die Kinderbetreuungskosten unmittelbar selbst erbringt.

Der Bundesfinanzhof hat den Knoten nun durchgeschlagen. Die höchsten deutschen Finanzrichter machten noch einmal deutlich, dass „Sonderausgaben nach der gesetzlichen Regelung Aufwendungen voraussetzen.“ Als Sonderausgaben dürften daher nur solche Ausgaben berücksichtigt werden, „durch die der Steuerpflichtige tatsächlich und endgültig belastet ist.“ Diese Belastung werde durch steuerfreie Zuschüsse vom Arbeitgeber gemindert. Andernfalls fände eine „unberechtigte Doppelbegünstigung“ statt. Die Kürzung gilt für Verheiratete wie für unverheiratete Eltern (AZ: III R 30/20). mh



Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Für Eltern gibt es unerfreuliche Nachrichten vom Finanzamt.



Kolumne

Verhinderungs- und Kurzzeitpflege

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,



Edmund Elsen

viele Menschen, die einen Unterstützungsbedarf im Alltag bzw. Pflegebedarf haben, können mithilfe der Unterstützung von Angehörigen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu Hause führen. Kinder, Freunde und Nachbarn sind das Rückgrat des Pflegesystems von älteren Menschen.

Die Betreuung älterer Familienmitglieder wird häufig nicht als Arbeit oder Pflicht, sondern als Selbstverständlichkeit einem geliebten Menschen gegenüber angesehen. Oft ist es ein unausgesprochenes Übereinkommen, für jemanden da zu sein, wenn es so weit ist.

Pflegende Angehörige brauchen dabei aber auch Hilfe. Hilfe anzunehmen ist kein Zeichen für Hilflosigkeit oder persönliches Scheitern. Ein Netzwerk aus Freunden, Familie und Nachbarn ist wichtig – es stützt die Angehörigen ebenso wie die Pflegebedürftigen. Genauso wichtig sind professionelle Unterstützungsangebote.

Alle Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 1 oder höher haben Anspruch aus Entlastungsleistungen. Um diese Leistungen, auch niedrigschwellige Betreuungsleistungen genannt, beanspruchen zu können, ist kein Antrag bei der Pflegekasse erforderlich! Voraussetzung für die Gewährung dieser Leistungen ist lediglich, dass es sich bei den beanspruchten Leistungen um anerkannte Dienstleistungen handelt. Diese Entlastungsleistungen der Pflegekasse sind dafür gedacht, den pflegenden Angehörigen etwas von der Betreuungsarbeit abzunehmen; so können diese sich regelmäßige Auszeiten nehmen, um Kraft zu tanken.

Sie haben auch die Möglichkeit, stundenweise Betreuungsangebote in Anspruch zu nehmen, die im Rahmen der Verhinderungspflege bezahlt werden. Ab Pflegegrad 2 kann jeder Pflegebedürftige Unterstützung im Gegenwert von bis zu 1.612 Euro pro Kalenderjahr in Anspruch nehmen. Die Mittel aus der Verhinderungspflege können sogar um bis zu 806 Euro aus dem Kurzzeitpflegebudget aufgestockt werden, sofern das Budget nicht für die kurzzeitige Betreuung in einer stationären Einrichtung benötigt wird.

Wenn es um den Kontakt mit Behörden geht, haben viele Menschen mit Behinderung Ängste, etwas falsch zu sagen oder nicht die benötigten Unterlagen zu finden. Schließlich hängen davon für sie oft wichtige Entscheidungen ab. Hierbei können unsere hauptamtlichen Rechtsberater*innen Sie in unseren SoVD-Beratungsstellen in Rheinland-Pfalz und im Saarland unterstützen. Lassen Sie sich kompetent in allen sozialen Fragen und Anliegen beraten. Für eine Terminvereinbarung zur Beratung rufen Sie uns bitte unter den Telefonnummern 0631/73 657 oder 06131/69 30 165 an.

**Mit freundlichen Grüßen
Edmund Elsen, 1. Landesvorsitzender**



Aktuelle Urteile

Hartz IV: Die Grundsicherung muss nicht zur „Altschuldentilgung“ abgezweigt werden

Hat sich bei einer Mieterin, die inzwischen Hartz IV bezieht, ein Rückstand bei der Bezahlung von Betriebskosten

und Nebenkosten aus der Zeit vor dem Bezug von Grundsicherung gebildet (in Höhe von knapp 2.000 Euro), so kann der Vermieter nicht verlangen, dass ihm das Jobcenter monatlich 50 Euro aus dem Regelsatz der

Frau überweist.

Das gelte auch dann, wenn er entsprechende Abtretungserklärungen seiner – ehemaligen – Mieterin vorlegt. Eine solche Abtretung könne nur dann wirksam sein, wenn sie

„im wohlverstandenen Interesse“ der Frau sei.

Das könne beispielsweise dann der Fall sein, wenn der Abtretung der Schutz der Wohnung vor Kündigung gegenüberstünde. Weil die Mieterin

aber nicht mehr dort wohnte, sei das nicht möglich. Eine Tilgung von Altschulden durch Hartz-Leistungen sei in der Form jedenfalls nicht möglich (LSG Niedersachsen-Bremen, L 11 AS 234/18). wb

Längere Kurzarbeit

Eine kurzfristige Beschäftigung kann auch in diesem Jahr wegen der Corona-Pandemie länger ausgeübt werden. Zwischen März und Oktober 2021 ist sie für vier Monate oder 102 Tage möglich. Entscheidend dabei ist, dass die Beschäftigung von vornherein vertraglich oder aufgrund ihrer Art befristet ist. Dies ist gerade bei Erntehelfer*innen in der Landwirtschaft der Fall, aber auch bei Ferienjobs von Schüler*innen oder Student*innen.

Bei einer kurzfristigen Beschäftigung spielt die Höhe des Verdienstes keine Rolle. Es werden keine Beiträge zur Sozialversicherung gezahlt und somit auch keine Rentenanwartschaften erworben. Aber: Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nicht vor, wenn die Beschäftigung den Lebensunterhalt sichert, also berufsmäßig ausgeübt wird.

Kurzfristige Beschäftigungen sind grundsätzlich auf maximal drei Monate oder 70 Arbeitstage begrenzt. Die erneute Verlängerung soll den Personalwechsel in den Betrieben und die Mobilität von Saisonarbeitskräften in der Corona-Pandemie reduzieren. *Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund*



Günter Krüchten informierte die Mitglieder in seinem Referat über die Bürgerversicherung.



Manfred Dreyer (links) wurde für 25 Jahre im SoVD geehrt.

Außerordentliche Vorstandssitzung im Ortsverband Rülzheim

Relativ stabile Zahlen

Nach langer Zeit konnte sich der Vorstand wieder persönlich treffen. In einer außerordentlichen Sitzung am 18. Juli wurden die Rechenschaftsberichte abgegeben und ein Referat zum Sozialsystem und zur Bürgerversicherung gehalten.

„Die immer noch anhaltende Pandemie hat unser Leben in Bezug auf Gemeinschaft und Miteinander stark verändert und wir werden noch lange damit leben müssen, dass vieles nicht mehr so sein wird wie es mal war. Und wäre dies nicht schon genug, spüren wir immer mehr die sich verändernden Wetterzyklen.

Was derzeit an Bildern über die Unwetterkatastrophen und die ständig ansteigenden Todeszahlen zu sehen und hören ist, macht uns bestürzt und traurig. Desto mehr freuen wir uns, dass wir unter den gegebenen Umständen überhaupt diese Veranstaltung durchführen können.“ Mit diesen Worten begrüßte der 1. Vorsitzende Norbert Weber 34 Teilnehmer*innen der außerordentlichen Vorstandssitzung.

Norbert Weber verwies auf die Vorstandsbeschlüsse vom

März 2020 und 2021, in denen alle Veranstaltungen abgesagt werden mussten. Er verwies auf die verhältnismäßig stabilen Mitgliederzahlen von derzeit 1.361 Personen. Anschließend bat er für die Verstorbenen um eine Schweigeminute.

Der Vorstand musste mehrere Sitzungen online durchführen, um den Geschäftsbetrieb am Laufen zu halten. So wurden die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften aus 2020 Ende Juni persönlich oder auf dem Postweg zugestellt. Stellvertretend konnte Vorstandsmitglied Manfred Dreyer für 25 Jahre Mitgliedschaft die Urkunde mit Anstecknadel überreicht werden. „Wir haben sogar zwei Mitglieder, die eine Urkunde für 60 bzw. 45 Jahre Mitgliedschaft im SoVD bekommen sollten, konnten die Urkunden aber nicht überreichen“, so Weber.

Wolfgang Röhrling beschrieb

den Jahresabschlussbericht 2020, den aktuellen Kassenbericht und stellte den Haushaltsentwurf für 2021 vor.

Silvia Fuhr verlas als Stellvertreterin einen Brief vom Kreisvorsitzenden Thorsten Greiner, über die aktuelle Situation im Landesverband und im Kreisverband. Es gab mittlerweile mehrere Online-Netzwerktreffen der SoVD-Gliederungen, die Aufschluss über erforderliche Neuerungen und Neubesetzungen gaben. Allen Interessierten wird empfohlen, die Webseiten des Landes- und Ortsverbandes aufzurufen.

Vorstandsmitglied Günter Krüchten referierte anschließend über Probleme im deutschen Sozialsystem und besonders über die längst überfällige Bürgerversicherung. Norbert Weber schloß mit einem Bericht über die Neuwahlen der Kulturgemeinde Rülzheim.



Wir gratulieren

Inge Pffirmann konnte im Juni ihre 35-jährige Mitgliedschaft im SoVD feiern. Der damalige 1. Vorsitzende Karl Hauck hatte sie am 1. Juni 1986 als Mitglied in den Ortsverband Wörth aufgenommen.

Seit 2000 engagiert sich Inge Pffirmann als Revisorin im Vorstand. Sie wird diese Tätigkeit auch weiterhin ausführen.

Die 1. Vorsitzende Ursula Klöffler überreichte der Jubilarin die Ehrenurkunde im privaten Umfeld.



Inge Pffirmann



Glückwünsche



Foto: Ortis / Adobe Stock

60 Jahre: 3.9.: Stefan Bost, Ottweiler; 7.9.: Michael Wetzler, Rülzheim, Uwe Jäger, Worms, Ulrike Ballmann, Hördt; 9.9.: Milica Böhm, Hördt, Ursula Nickolai, St. Ingbert; 18.9.: Russel Gilmore, Kaiserslautern; 23.9.: Stefan Richter, Merchweiler; 30.9.: Martina Martz, Steinweiler.

65 Jahre: 7.9.: Roswitha Mannweiler, Kaiserslautern; 11.9.: Oliver Keine, Eich; 22.9.: Jürgen Heinz Schäfer, Ockenheim, Peter Wiebe, Bruchertseifen; 29.9.: Sonja Bähr, Steinweiler.

70 Jahre: 1.9.: Ursula Strauch, Rülzheim, Klaus-Dieter Wolfrum, Frankfurt; 18.9.: Norbert Moock, Bellheim, Waltraud Eichmann, Oppenheim; 21.9.: Reiner Hör, Rülzheim; 25.9.: Hans Peter Leyendecker, Breitenheim; 26.9.: Scean Glavinic, Mainz.

75 Jahre: 1.9.: Elisabeth Armbrust-Wappler, Lauterecken; 2.9.: Fritz Höfer, Bellheim; 14.9.: Rainer Molitor, Geisenheim, Heinz Berwian, Homburg; 15.9.: Wolfgang Slowik, Rülzheim; 17.9.: Ute Ridder, Oberwesel.

80 Jahre: 9.9.: Erhard Bork, Medard; 11.9.: Heinz Baumgärtner, Jockgrim; 12.9.: Brigitte Hitzelberger, Wörth; 14.9.: Horst Dingeldein, Zweibrücken, Gisela Dautermann, Aspheim; 16.9.: Joachim Stimmel, Mothorn; 22.9.: Ursula Walther, Landau; 25.9.: Helga Eich, Kandel.

90 Jahre: 1.9.: Karl-Heinz Kappler, Spiesen-Elversberg.

91 Jahre: 13.9.: Kurt Leister, Katzweiler.

92 Jahre: 17.9.: Hilde Christmann, Höhr-Grenzhausen; 20.9.: Hedwig Jung, Nidermohr; 23.9.: Robert Greichgauer, Rülzheim.

98 Jahre: 14.9.: Helmut Gisch, Bingen.



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern oder Mainz, Tel.: 0631/73 657 oder 06131/69 30 165, die Ihnen den/die zuständige*n Berater*in nennt.

Die Adressen der Büros der Landesgeschäftsstelle lauten:

Büro Kaiserslautern: Spittelstraße 3, 67659 Kaiserslautern, Tel.: 0631/73 657.

Büro Mainz: Kaiserstraße 26-30, 55116 Mainz, Tel.: 06131/69 30 165.

Zur groben Orientierung der Zuständigkeiten:

Für die **Kreisverbände Gernersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinpfalz** steht Ihnen unser Rechtsanwalt Ralf Geckler mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06236/46 56 43 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Westwald** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Sigrid Jahr mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06432/92 49 480 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Saar-Pfalz** steht Ihnen unser Sozialberater Sven Heidenmann mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 zur Verfügung.

Für den **Kreisverband Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen unsere Sozialberaterin Andrea

Klosova mit vorheriger Terminvereinbarung unter Tel.: 06721/98 40 78 zur Verfügung.

Die Vereinbarung von „Vor-Ort-Terminen“ in den Beratungsstellen, von telefonischer oder von Online-Beratungen erfolgt über die Sozialberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialberater*innen stehen Ihnen auch weiterhin ehrenamtliche Berater*innen (z. B. Richard Dörzapf, **Rülzheim**, Tel.: 07272/61 60; Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**, Tel.: 0176/34 03 41 58; Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01) mit Rat und Tat zur Seite. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Jahreshauptversammlung beim Ortsverband Hockenheim

Endlich wieder Treffen möglich

Die Änderungen zur Durchführung von Veranstaltungen ermöglichten es dem Vorstand, kurzfristig zur Jahreshauptversammlung einzuladen. Die Stadtverwaltung stellt die Räume der „Zehntscheune“ unter Einhaltung der aktuell gültigen Corona-Vorschriften zur Verfügung.

Die 1. Vorsitzende Heidegard Busch begrüßte die erschienenen Mitglieder, alle nachweislich geimpft oder genesen, auf das Herzlichste. Die Tagesordnung wurde vorgetragen und einstimmig angenommen. Der Bericht über den vergangenen Zeitraum fiel natürlich kurz aus, da fast alle geplanten Aktivitäten durch die Pandemie gestrichen werden mussten.

Kaum Aktivitäten im vergangenen Jahr

Nur die Jahreshauptversammlung am 25. Januar 2020 und das Frühstück in der „Zehntscheune“ bildeten die einzigen Treffen der Mitglieder im vergangenen Jahr. Fachanwalt Jürgen Nesweda konnte auch nur drei Termine in Hockenheim wahrnehmen. Die Verbindung zu den Mitgliedern beschränkte sich somit auf Telefongespräche, Geburtstagskarten und kleine Präsente zu Jubiläen.

Schatzmeister Peter Busch informierte über die Finanzen des Ortsverbandes und konn-



Mitglieder des Ortsverbandes bei der Jahreshauptversammlung in der „Zehntscheune“.

te eine leicht steigende Bilanz vorweisen. Von den Revisoren wurde eine korrekte, beanstandungsfreie Führung der Kasse bestätigt.

Planungen für das restliche Jahr

Im Anschluss wurde über die für 2021 geplanten Veranstaltungen informiert. Alle geplan-

ten Aktivitäten finden natürlich nur statt, wenn es die Verordnungen der Landesregierung zulassen; Änderungen werden kurzfristig mitgeteilt.

Mit dem Wunsch an alle Mitglieder, gesund zu bleiben und einem großen Dank an die Anwesenden beendete Heidegard Busch die Jahreshauptversammlung.

Kritik an elektronischer Patientenakte

Nachbesserungen nötig

Im Juli wurde die elektronische Patientenakte eingeführt. Patient*innen können ihre Daten jetzt digital zusammenführen lassen. Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg mahnt jedoch Verbesserungen beim Datenschutz an.

„Diese technische Etappe kann ein Anlass für Verbraucher*innen sein, über einen Umstieg auf die elektronische Patientenakte und dem damit verbundenen möglichen Nutzen, aber auch über die gegebenen Risiken nachzudenken“, so Peter Griebble, Leiter der Abteilung Versicherungen, Pflege, Gesundheit bei der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. „Damit eine fundierte Entscheidung unter Abwägung aller Risiken und Nutzen getroffen werden kann, sind ausreichende und einfach zugängliche Informationen über den technischen Stand und mögliche Bestrebungen im Hintergrund dringend erforderlich.“

Ein Vorteil der Elektronischen Patientenakte (EPA): Durch die digitale Speicherung können Verbraucher*innen selbst und Behandelnde einen schnellen Überblick beispielsweise über Gesundheitsinformationen, bereits durchgeführte Untersuchungen und deren Ergebnisse bekommen.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen sind jedoch noch wesentliche Nachbesserungen erforderlich. So lassen sich einzelne Dokumente bislang nicht sperren, das soll sich erst im nächsten Jahr ändern. Die Entscheidung, ob eine digitale Akte überhaupt angelegt werden soll und was mit den Daten der Patient*innen geschieht, muss außerdem in deren Hand liegen. Die derzeitigen Bestrebungen des Sachverständigenrats Gesundheit der Bundesregierung scheinen an dieser Datensouveränität zu rütteln: In einer aktuellen Studie schlägt der Rat vor, Daten aus Patientenakten automatisch für Forschungszwecke zur Verfügung zu stellen. Patient*innen, die das nicht wollen, müssen selbst aktiv werden und umständlich per „opt-out“ widersprechen. „Solche grundlegenden Entscheidungen dürfen auf keinen Fall über die Hintertür eingeführt werden und benötigen eine aktive Zustimmung der Verbraucherinnen und Verbraucher“, betont Griebble. Verbraucherzentrale Ba-Wü

Ortsverband Hockenheim unterwegs nach Esslingen – erster Ausflug nach langer Zwangspause

Wieder gemeinsam unterwegs im SoVD

Mit guter Laune ging es für den SoVD-Ortsverband bei durchwachsenen Aussichten für einen Tagesausflug nach Esslingen. Nach der langen Zeit war die gemeinschaftliche Aktivität eine willkommene Abwechslung. Die Stadt mit viel Historie zeigte sich von ihrer besten Seite und auch das Wetter spielte am Ende mit.

Nach über 18 Monaten Stillstand des aktiven Vereinslebens konnte nun die erste Tagesfahrt des Ortsverbandes Hockenheim stattfinden. In Absprache mit dem Busunternehmen über die aktuell gültigen Vorschriften des Landes Baden-Württemberg wurde die Fahrt nach Esslingen organisiert. Die Möglichkeit sich wieder zu sehen und miteinander unterwegs zu sein, motivierte die Mitglieder an der Tour teilzunehmen.

Die Voraussetzungen waren morgens beim Einsteigen nicht ideal. Die Unwetter hatten zwar abgenommen, aber für Esslingen waren achtzig Prozent Regenwahrscheinlichkeit gemeldet.

Bei der Anreise wurden die letzten Kilometer abseits der

Autobahn gefahren und dadurch die Weinberge rund um den Ort in Augenschein genommen.

Speisen im historischen Ambiente

Direkt am Zugang zur Altstadt konnte der Bus parken und die Gruppe war sofort im Zentrum. Das alte Rathaus, als eines der ältesten Gebäude der Stadt, mit der prächtigen Renaissancefassade, zog die Blicke auf sich. Mit Stadtplänen ausgestattet konnten nun die Sehenswürdigkeiten, wie die älteste Fachwerkhäuserzeile, das Kiehmeyerhaus, Klein Venedig und die Vielfalt der Einkaufsmöglichkeiten erkundet werden. Neben der 1826 gegründeten ersten Sektkellerei Deutschlands wurde dann

im „Palmschen Bau“ – hier residierte eine Zeit lang die Thurn- und Taxische Postverwaltung – das Mittagessen eingenommen. Kleinkunst von verschiedenen Künstlern, an vielen Stellen im Ort vorgeführt, bildete eine weitere Bereicherung während des Aufenthaltes.

Weitere Aktivitäten sind schon geplant

„Wer wagt, gewinnt“; so konnten die Teilnehmer am Ende der Fahrt feststellen, die achtzig Prozent Regenwahrscheinlichkeit hatten sich in einem fünfminütigen Nieselregen aufgelöst, und die Fahrt bildete eine willkommene Abwechslung im durch die Pandemie immer noch sehr eingeschränkten Alltag.



Mit dem Reisebus nach Esslingen: Der SoVD-Ortsverband Hockenheim war auf großer Fahrt.

Mit einem Dank an den Fahrer und an die Mitreisenden für deren Teilnahme, verabschiedete sich die erste Vorsitzende Heidegard Busch. Sie machte dabei auf die nächsten geplanten Aktivitäten, wie eine Versammlung am 18. Septem-

ber und eine Tagesfahrt am 9. Oktober, aufmerksam – natürlich mit dem Hinweis, dass es die weitere Entwicklung der Corona-Situation und die Voraussetzung, dass bis dahin alle Teilnehmenden geimpft sind, zu beachten gilt.

Neuer Geschäftsführer im Landesverband

Leif-Philip Edinger ist seit dem 1. Juli neuer Geschäftsführer des SoVD-Landesverbandes Baden-Württemberg und arbeitet in der Geschäftsstelle in Mannheim.

Nach der mittleren Reife und dem Fachabitur der Helen-Keller-Schule (Sozial- und gesundheitswissenschaftliches Gymnasium) in Weinheim begann er eine Lehre zum Mediengestalter für Online- und Printmedien. Schließlich absolvierte er eine betriebswirtschaftliche und juristische Ausbildung und trägt seit 2017 den Titel „Bachelor of Law“ im Sozialrecht.



Leif-Philip Edinger

Er war mehrere Jahre in sozialen Projekten wie dem Stadtjugendring, der Schulbegleitung und als Nachhilfelehrer tätig. Zudem hat er durch Mitgliedschaften im sportlichen (Handball, Fußball) sowie im künstlerischen Bereich (Theater) Erfahrungen im Vereinswesen gesammelt.

Aufruf an Einrichtungen und Träger – Stärkung der Kurzzeitpflege als Ziel

Innovationsprogramm Pflege

Die neue Förderrunde des Innovationsprogramms Pflege unterstützt innovative Konzepte, die vor allem die Kurzzeitpflege qualitativ weiterentwickeln. Das Sozialministerium vergibt Förderungen, um der wachsenden Bedeutung von Kurzzeitpflege Rechnung zu tragen.

Pflegebedürftige Menschen in Baden-Württemberg sollen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben auch in ihrem häuslichen Umfeld führen können. Kurzzeitpflege trägt dazu bei, häusliche Pflegesituationen zu entlasten und zu stabilisieren. Gesundheits- und Sozialminister Manne Lucha hat Ende Juli den Förderaufruf zum Innovationsprogramm Pflege 2022 vorgestellt. Die Programmlinie unterstützt innovative Konzepte, welche vor allem die Kurzzeitpflege weiterentwickeln.

Bei der Kurzzeitpflege besteht bundesweit ein Mangel an Plätzen. Zahlreiche, insbesondere alleinstehende, ältere pflegebedürftige Menschen können sich nach einem Krankenhausaufenthalt zu Hause nicht versorgen. Durch ein fehlendes Angebot kann auch das häusliche Umfeld nicht im notwendigen Umfang entlastet werden.

Das Land unterstützt daher besondere Konzepte der qualitativen Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege. Denkbar sind neue Formen der Kurzzeitpflege, zum Beispiel Kurzzeitpflege im Umfeld einer (geriatrischen)



Foto: didesign/Adobe Stock

Es fehlt an Angeboten in der Kurzzeitpflege. Ein Förderprogramm des Landes soll das ändern.

Rehaklinik, ergänzende mobile geriatrische Reha im Zusammenhang mit Kurzzeitpflege oder eine Neugestaltung von Übergängen. „Es würde mich sehr freuen, wenn möglichst viele Träger von Pflegeeinrichtungen neue Ideen und Konzepte einreichen, die für die Betroffenen und ihre Angehörigen passgenaue Lösungen für die jeweilige Situation bieten“, so Lucha.

Im Jahr 2022 werden Angebote der Nacht- oder Tagespflege

investiv gefördert, und – wie bisher – können auch solitäre Kurzzeitpflegen als ausschließlich investive Projekte eingereicht werden. Erwünscht sind auch Ideen, Konzepte und Modelle mit Blick auf die neu eingeführte Übergangspflege als Anschlussversorgung nach einem Krankenhausaufenthalt. Anträge können bis zum 28. Februar 2022 beim Kommunalverband für Jugend und Soziales gestellt werden.

Sozialministerium Ba-Wü

KV/OV Termine

Ortsverband Höpfigen

21. September, 14.30 Uhr: Info-Nachmittag im Gasthof „Zum Ochsen“ in Höpfigen.

Ortsverband Friedrichshafen:

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14 bis 16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Neuteilnehmer*innen sind jederzeit willkommen.

Spruch des Monats

Manchmal sollte man einfach nicht zu viel nachdenken.
Wenn es sich richtig anfühlt, ist es wahrscheinlich auch so.

Unbekannt

Glückwünsche

70 Jahre: 7.9.: Alfred Maurer, Tettwang, Jakob Stroh, Kornwestheim; 20.9.: Peter Heinz, Buchen; 26.9.: Zlatomir Ognjenovski, Pforzheim.

75 Jahre: 1.9.: Jochen Stoldt, Schorndorf, Anka Bornitz, Albstadt; 7.9.: Irmtraud Käsler, Meßstetten; 23.9.: Hans-Jürgen Nisi, Remshalden; 25.9.: August Prinz, Amtzell; 27.9.: Christl Schroth, Mannheim; 30.9.: Jürgen Bacher, Mannheim, Margit Mogel, Großrohrheim.

80 Jahre: 15.9.: Rudolf Wilczek, Albstadt; 22.9.: Ursula Karle, Mannheim; 28.9.: Helmut Roehm, Neukirch.

85 Jahre: 17.9.: Gebhard Ray, Bodnegg; 19.9.: Hermann Behrens, Wangen; 20.9.: Roswitha Krzyzaniak, Zimmern.

90 Jahre: 11.9.: Günter Asseburg, Meckenbeuren.

93 Jahre: 11.9.: Gisela Nussbaum, Mannheim.

94 Jahre: 27.9.: Erwin Mitter, Ketsch.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im September ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

Sprechstunden und Sozialberatung

Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.

Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlstraße 4, 68766 Hockenheim statt. Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung

unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt. In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/72 702.

Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfigen statt. Termine finden nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 statt.

Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt,

Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/84 14 172.

Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heslach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.

Praxisnahe Wissensvermittlung für angehende Fachkräfte für Orthopädietechnik in Duderstadt

SoVD-Mitglied als „Demoanwender“ gefragt

Das SoVD-Mitglied Joachim Jung vom Ortsverband Bremen-Süd hat als Pensionär eine sehr interessante Aufgabe bei der Ausbildung junger Studierender übernommen. Er unterstützt sie dabei als Orthopädietechniker*innen ihre Kenntnisse in der Prothesenfertigung zu erweitern und vervollkommen. Junge Menschen aus der ganzen Welt bilden sich hier weiter.

Joachim Jung ist selbst betroffen, er trägt seit vielen Jahren eine Beinprothese. Seit Anfang März dieses Jahres ist er in der Ausbildungseinrichtung „International O&P School“ (Internationale Schule für Orthetik und Prothetik) auf dem Ottobock-Campus in Duderstadt als sogenannter „Demoanwender“

tätig. Das internationale Ausbildungszentrum wurde von der Firma Ottobock aufgebaut.

Demoanwender bereichern die Ausbildung

Trotz Corona nimmt Jung die Aufgabe an mehreren Tagen im Monat vor Ort wahr. Die Prothesenträger*innen erhalten ein Honorar dafür, dass sie sich zur Verfügung stellen. Ihre Tätigkeit ist ein maßgeblicher Bestandteil der Ausbildung. Dies ist nicht selbstverständlich, denn die Versorgung des Stumpfes und der nahe Kontakt zu einem anderen Menschen sind für die Betroffenen nicht immer angenehm. Daher wird in der Ausbildung Wert darauf gelegt, dass die Demoanwender mit Respekt und Wertschätzung behandelt werden.

Fachkräftemangel in der Orthopädietechnik

Anlass zum Aufbau des Ottobock-Campus war der Fachkräftemangel im Bereich der Orthopädietechnik. Im Aus-

bildungszentrum bilden sich Studierende vieler Nationen fort. Es sind junge Menschen aus Osteuropa, Lateinamerika, auch aus Asien und pazifischen Ländern. In vielen dieser Länder gibt es – anders als in Deutschland – keine anerkannte Ausbildung zur Fachkraft für Orthopädietechnik. Das Trainingszentrum arbeitet daher mit unterschiedlichen Institutionen wie dem Roten Kreuz in Libyen, der Staatlichen Sozialversicherung im Kongo und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit zusammen.

Ziel ist ein zeitgemäßer Versorgungsstandard

Die Ausbildung dauert elf Monate und endet mit einer international anerkannten Prüfung. Die Teilnehmenden erhalten umfassende theoretische und praktische Kenntnisse und werden befähigt, diese selbstständig anzuwenden. Wichtigstes Ziel der Ausbildung ist die Vermittlung zeitgemäßer



In Duderstadt wird die Herstellung von und der Umgang mit Prothesen gelehrt.

Versorgungsstandards. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt auf der Versorgung von Menschen, die am Ober- oder Unterschenkel amputiert sind. Mithilfe der Demoanwender lernen die Nachwuchskräfte schrittweise, was sie im Alltag beachten müssen: von der Modellierung der Vorlagen aus Gips, der Herstellung und Anpassung der Prothesen sowie der Verarbeitung verschiedener Materialien bis hin zur Anleitung zum Gebrauch unterschiedlicher Prothesenmodelle.

Einsatz für einen weltweit wichtigen Zweck

Es gibt gute Gründe, warum sich Joachim Jung als Demoanwender zur Verfügung stellt: Zum einen sieht er eine besondere Nähe zur Aufgabenstellung des SoVD, zum anderen möchte er einen Beitrag zu einer praxisnahen und auf dem neuesten Stand von Wissenschaft und Technik fundierten Wissensvermittlung leisten. Sie ist international gefragt und wird mit den Studierenden um die ganze Welt reisen.



Gute Zusammenarbeit für eine zeitgemäße Versorgung.

Assistenz von Menschen mit Behinderung darf mit aufgenommen werden

Nicht allein ins Krankenhaus

Menschen mit Behinderungen haben jetzt einen Anspruch auf Begleitung durch eine persönliche Assistenz, wenn sie sich im Krankenhaus einer Behandlung unterziehen müssen. Die Kosten dafür werden von der Eingliederungshilfe übernommen.

Diesen Beschluss des Bundeskabinetts begrüßte die Bremer Sozialsenatorin Anja Stahmann, die das Thema in ihrer Rolle als Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz maßgeblich vorangetrieben hat: „Damit wird jetzt eine langjährige und vielbeklagte Regelungslücke für Menschen mit Behinderung geschlossen. Das bedeutet einen deutlichen Zugewinn an Autonomie und Sicherheit in einer für alle Menschen belastenden Lebenslage.“

„Mit der Gesetzesänderung ist zwischen Bund und Ländern endlich geklärt, wer die Kosten für die Begleitung durch eine Vertrauensperson im Krankenhaus trägt, wenn diese notwendig ist, um den Behandlungserfolg sicherzustellen“,

betonte die Senatorin. Dabei gehe es nicht um pflegerische Unterstützung, sondern um persönliche Unterstützung im Austausch mit dem Klinikpersonal.

Zukünftig ist die Eingliederungshilfe zuständig, wenn eine bestehende professionelle Assistenz mit ins Krankenhaus kommt. Erfolgt die Begleitung aus dem persönlichen Umfeld, kann die Krankenversicherung den dadurch entstandenen Lohnausfall durch die Zahlung von Krankengeld abfedern.

Die Regelungslücke habe in der Vergangenheit bereits den Petitionsausschuss des Bundestages beschäftigt, die Behindertenbeauftragten der Länder und des Bundes sowie die Bremische Bürgerschaft, die dazu einen Beschluss gefasst

hat. Bremen hatte das Thema auch über den Bundesrat schon zu bewegen versucht, und auch der Landesteilhabende Beirat hatte sich für eine Klärung eingesetzt.

Der Landesbehindertenbeauftragte Arne Frankenstein zum Beschluss des Bundeskabinetts: „Die Kostenregelung ist seit Langem überfällig. Mit ihr wird endlich der Verschiebepfahnen zwischen den Leistungsträgern überwunden und verhindert, dass notwendige Krankenhausaufenthalte aus Angst vor fehlender Assistenz aufgeschoben oder ganz vermieden werden. Assistenz im Krankenhaus ist ein zentraler Baustein, um den Erfolg des Krankenhausaufenthalts und die Sicherheit der Patientinnen und Patienten mit Behinderungen zu gewährleisten.“

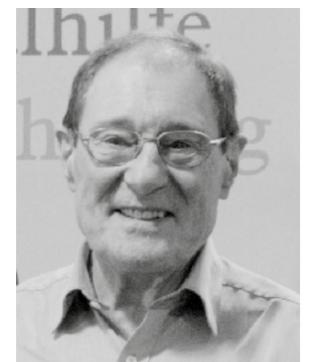
Nachruf

Im Juli verstarb unser langjähriges Vorstandsmitglied des Kreis- und Landesverbandes Bremen,

Arno Lameyer

Wir trauern um einen lebensklugen und fachlich versierten Menschen, der unsere Arbeit seit Jahren bereichert hat. Er war als Beisitzer im Landesverband und als Schatzmeister im Kreisverband Bremen tätig. Wir haben Arno Lameyer als herzlichen Menschen schätzen gelernt, der stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Ortsverbände hatte.

Der Kreis- und Landesverband sowie die Vorstände sind Arno Lameyer zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihn spürbar vermissen. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Familie.



Arno Lameyer

Joachim Wittrien
Vorsitzender des Landesverbandes Bremen

Klassiker von Oma und Opa

Alte Rezepte gesucht

Der Landesverband geht unter die Kochkünstler*innen! Im Herbst möchten wir auf dem Findorffmarkt alte, leckere Kochrezepte nachzukochen, so es coronabedingt möglich ist. Geplant ist eine Kooperationsveranstaltung mit der Messe Bremen.

Die Messe Bremen bringt das Equipment mit und stellt einen der beiden „Starköche“. Am Herd stehen Peter Schneider, Chef der Messe, und ein bekanntes Gesicht des Landesverbandes: Klaus Möhle.

Aber welche Köstlichkeiten werden die beiden zubereiten? Hier sind unsere Mitglieder gefragt. Haben Sie noch Kochrezepte aus Omas und Opas Zeiten in der Schublade? Dann freuen wir uns über eine E-Mail an info@sovd-hb.de.

Wir werden zeitnah berichten, wann die Veranstaltung stattfindet. Schließlich sind Sie herzlich eingeladen, dabei zu sein. Das Event sollten Sie sich nicht entgehen lassen, denn das Motto lautet: „Mitmachen, mitkochen, mitessen!“



Foto: Free-Photos / pixabay

Essen wie früher. Wir möchten alte Rezepte nachkochen.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im September Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.



5 Termine

Sämtliche Veranstaltungen der Orts- und Kreisverbände sind bis auf Weiteres aufgrund der aktuellen Corona-Krise abgesagt. Wird diese Regelung innerhalb der kommenden Monate aufgehoben oder geändert, werden die Mitglieder des Landesverbandes Bremen kurzfristig über die Ortsverbände, per „Handzettel“ und/oder über den monatlichen Newsletter entsprechend informiert werden.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10–12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

Krebsberatung der Bremer Krebsgesellschaft öffentlich gefördert

Finanzierung sichergestellt

Die bisher auf Spendenbasis arbeitende Krebsberatung wird rückwirkend ab Januar zu großen Teilen von der Krankenkasse finanziert – auch das Land Bremen beteiligt sich an den Kosten. In der Hansestadt gibt es zwei Einrichtungen, in denen Erkrankte und ihre Angehörigen beraten werden. Dabei gibt es immer wieder Schnittstellen zur Arbeit des SoVD.

Die Bremer Krebsgesellschaft e. V. betreibt seit 1977 in Bremen eine Beratungsstelle für an Krebs erkrankte Menschen und ihre Angehörigen. Seit 2006 ist sie zusätzlich mit einer Nebenstelle in Bremen-Vegesack präsent. Bisher wurde dieses für Ratsuchende kostenfreie Angebot ausschließlich aus Spendenmitteln finanziert. Jetzt ist die Finanzierung gesetzlich gesichert: Die Krankenversicherung trägt rückwirkend ab Januar 2021 80 Prozent der Kosten. In Bremen beteiligt sich auch das Land: 15 Prozent steuert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bei. „Unsere langjährige erfolgreiche Arbeit erfährt durch die Förderung endlich die Wertschätzung, die sie verdient“, so Prof. Dr. Heiner Wenk, Vorsitzender der Bremer Krebsgesellschaft, erleichtert. Der Deutsche Bundestag verabschiedete in seiner 234. Sitzung im Juni das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung, in dem auch die 80-prozentige Finanzierung der ambulanten psychosozialen Krebsberatung durch die Krankenversicherung festgeschrieben ist.

Beratung für mehr als 1.000 Menschen im letzten Jahr

Zuhören, begleiten, helfen – unter dieser Überschrift bietet die Bremer Krebsgesellschaft von Krebs betroffenen Menschen und ihren Angehörigen professionelle Beratung bei seelischen Belastungen und sozialen Fragen und Problemen. Darüber hinaus übernehmen die fachlich spezialisierten Mitarbeiterinnen Lotsenfunktionen bei der Orientierung im Gesundheitssystem. Im letzten Jahr suchten 1.144 Menschen



Im Eingang der Krebsberatungsstelle (v. li.): die langjährige Beraterin bei der Bremer Krebsgesellschaft, Marie Rösler, 1. Landesvorsitzender Joachim Wittrien und Landesgeschäftsführerin Diana Maleschewski.

in 2.577 Beratungsgesprächen Rat und Hilfe. Zwei Drittel der Ratsuchenden waren Frauen, 38 Prozent alleinstehende Menschen ohne unterstützende Netzwerke. Über 30 Prozent gaben an, durch persönliche Empfehlungen auf das Beratungsangebot aufmerksam geworden zu sein. Belastungen in Familie, Partnerschaft, Freundeskreis, Beruf, der Wunsch nach Orientierung in der neuen Lebenssituation, Kommunikationsprobleme mit den Behandlungsstellen und das Bedürfnis, sich mit ebenfalls Betroffenen auszutauschen, waren die häufigsten Beratungsthemen.

Gute Zusammenarbeit mit dem SoVD

Im weiteren Verlauf der Erkrankung belastet auch die Sorge ums Geld und die Angst vor dem sozialen Abstieg die Betroffenen. Mit einem Härtefonds des Vereins AVS & Friends e. V. unterstützt die Krebsberatungsstelle bedürftige Familien ganz konkret und unbürokratisch.

Nicht alle Fragestellungen, die im Zusammenhang mit der Krebserkrankung auftreten, können in der Krebsberatungsstelle umfassend geklärt werden. „Wir freuen uns deshalb sehr, dass wir bei komplexen sozialrechtlichen Fragestellungen an den Sozialverband Deutschland verweisen können“, betont Wilfried Hautop, Geschäftsführer der Bremer Krebsgesellschaft, anlässlich eines Besuches des SoVD-Landesvorsitzenden Joachim Wittrien in der Krebsberatungsstelle die gute Zusammenarbeit.

Marie Rösler



Info

Die Krebsberatungsstelle der Bremer Krebsgesellschaft, Am Schwarzen Meer 101-105, ist von Montag bis Freitag geöffnet. Terminabsprachen telefonisch unter 0421-49 19 222 oder über die Internetseite www.bremerkrebgesellschaft.de.

Newsletter

Falls Sie als Mitglied daran interessiert sind, einmal monatlich zu Anfang eines Monats (außer der Sommerausgabe) den Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks zu erhalten, so bitten wir Sie um einen entsprechenden Hinweis an die folgende E-Mail-Adresse: newsletter@sovd-hb.de.

Mitstreiter*innen fürs Ehrenamt gesucht

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur kulturelle Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Bremen interessierte Menschen, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer Freizeit machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Folgende Kreisverbände freuen sich über Ihren Anruf und erläutern Ihnen gerne die Details:

Kreisverband Bremen: Tel.: 0421/16 38 490,

Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.

SoVD-Talkreihe „Politik trifft Kabarett“ im Livestream auf Youtube

Herzlich auf den Zahn fühlen

Anfang September lädt der SoVD Hamburg per Livestream auf Youtube zum Politalk mit Hamburger Kandidat*innen zur Bundestagswahl. An der Seite von Landeschef Klaus Wicher ist dann der Kabarettist Werner Mommsen. Sie laden Politiker*innen zum Sechs-Augen-Gespräch ins eigens eingerichtete TV-Wohnzimmer und fühlen ihnen hart, aber herzlich auf den Zahn.

In wenigen Wochen entscheiden alle Bürger*innen über die neue Zusammensetzung des Deutschen Bundestag. Wie positionieren sich die Hamburger Bundestagskandidaten zu sozialen Themen? Was wollen sie in Sachen Mobilität, Armut, Wohnungsbau, Rente, Behinderung oder Arbeit vorbringen? Antworten geben sie ab Anfang September in der SoVD-Talkreihe „Politik trifft Kabarett“.

ständig machen wollen. Politik kann ja sehr staubig und trocken sein, dies wollen wir ein bisschen auflockern. Je mehr Hamburger*innen dabei sind, desto besser. Schließlich möchte jede*r nach bestem Wissen und Gewissen Ende September unsere Stimme abgeben und darüber entscheiden, welchen Kurs die Politik in den kommenden Jahren fahren wird.“

Ab dem 2. September wird per Livestream auf Youtube jeweils um 18 Uhr eine Gesprächsrunde mit einem*r Hamburger Kandidat*in für den neuen Bundestag gesendet. Alle Infos und den Link finden Sie auf der Internetseite www.sovd-hh.de.



Foto: Detlef Wutschig
Herr Mommsen



Klaus Wicher

SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher und der Kabarettist und Puppenspieler Detlef Wutschig alias Werner Mommsen laden die Kandidat*innen zum Gespräch in ihr plüschiges TV-Wohnzimmer. Sie wollen mit den Vertreter*innen aus der Politik plaudern, diskutieren und auch mal Tacheles reden.

Zugesagt haben bisher Niels Annen, Katharina Beck, Deniz Celik, Dorothee Martin und Markus Weinberg: „Wer sich für Politik interessiert, hat bei uns die Gelegenheit, die Hamburger Bundestagskandidat*innen und das, wofür sie stehen, mal etwas anders kennenzulernen. Wichtiger ist uns dabei, dass wir komplizierte Sachverhalte auf unterhaltsame Art ver-

ständlich machen wollen. Politik kann ja sehr staubig und trocken sein, dies wollen wir ein bisschen auflockern. Je mehr Hamburger*innen dabei sind, desto besser. Schließlich möchte jede*r nach bestem Wissen und Gewissen Ende September unsere Stimme abgeben und darüber entscheiden, welchen Kurs die Politik in den kommenden Jahren fahren wird.“



Foto: die Grünen

Katharina Beck

6. September: Klima / Wirtschaft / Sozialpolitik. Gespräch mit Katharina Beck (die Grünen), MdHB, Mitglied des Wirtschaftsbeirats der Grünen Bundestagsfraktion, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wirtschaft und Finanzen.



Foto: SPD

Dorothee Martin

2. September: Mobilität. Gespräch mit Dorothee Martin (SDP), MdB, Mitglied Finanzausschuss, stellvertretendes Mitglied Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur.



Foto: die Linke

Deniz Celik

8. September: Gesundheitspolitik / Krankenversicherung / Altersarmut / Rente. Gespräch mit Deniz Çelik (Die Linke), Kandidat der Linken für den Deutschen Bundestag und MdHB, Vizepräsident Hamburger Bürgerschaft, Fachsprecher für Gesundheit, Senior*innenpolitik, Antifaschismus und Innenpolitik.



Foto: Dennis Williamson

Markus Weinberg

15. September, Kinder und Jugendpolitik / Kinderarmut / Einsamkeit: Gespräch mit Markus Weinberg (CDU), MdB, familienpolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Foto: Thomas Imo

Niels Annen

13. September, Grundrente / Pflege / Kurzarbeit: Gespräch mit Niels Annen (SPD), MdB, Staatsminister im Auswärtigen Amt.



Ansichten

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen des SoVD,



Klaus Wicher

die kommende neue Regierung steht vor großen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie hat sehr deutlich gemacht, wie sensibel unsere Strukturen sind und wie schnell unsere Gesellschaft gefährdet ist. Wie wollen wir in unserer globalisierten Welt in Zukunft mit dem Virus umgehen? Nicht nur dazu müssen wir Position beziehen. Gerade hat die Flutkatastrophe in der Mitte Deutschlands gezeigt: Wir müssen jetzt die weltweite Klimaveränderung angehen, um unsere Lebensgrundlage zu erhalten. Am 26. September haben Sie die Chance, Weichen dafür zu stellen.

Corona hat aber auch bewirkt, dass die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft immer dramatischer wird. Das private Geldvermögen ist allein in Deutschland auf über sieben Billionen Euro gestiegen. Nur ein Prozent der Bevölkerung besitzt davon allein ein Drittel, während fast die Hälfte nichts oder nur wenig hat. Dies ist für unsere Gesellschaft bedrohlich und kann nicht hingenommen werden. Wir als SoVD Hamburg setzen uns entschieden dafür ein, dass die Armut in unserer Stadt nachhaltig bekämpft wird. Wir kämpfen dafür, dass die Schuldenbremse ausgesetzt und die Umverteilung des Vermögens sofort angegangen wird. Wir brauchen wieder eine Vermögensteuer, eine deutliche Erhöhung des Einkommensteuerspitzenatzes und eine Umgestaltung der Erbschaftssteuer.

Hamburg ist eine der reichsten Städte in Europa. Deswegen kann es mehr für arme Menschen tun als andere Städte. Als erste Maßnahme erwarten wir, dass unsere Forderungen nach einem Zuschlag auf die Grundsicherung aus eigenen Mitteln, der kostenfreien Fahrt mit dem ÖPNV sowie kostenlose Besuche von Kulturveranstaltungen und Sportangeboten für Bedürftige sofort umgesetzt werden. Der Senat sollte keine Sekunde länger zögern! Bleiben Sie weiter vorsichtig und vor allem gesund.

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Auf dem Prüfstand

In zwei Podiumsdiskussionen bitten Klaus Wicher und die NDR-Journalistin Kathrin Schmid Politiker*innen zum Gespräch und fühlen ihnen sozialpolitisch auf den Zahn.

31. August, 18 Uhr, Gespräch mit den Wahlkreiskandidierenden aus Bergedorf und Harburg: Manuel Sarrazin (die Grünen), Sprecher für Osteuropapolitik, Uwe Schneider (CDU), Vorsitzender CDU-Kreisverband Harburg, Stephan Jersch (die Linke), Fachsprecher für Landwirtschaft, Tierschutz, Bezirkspolitik, Tourismus und Umwelt, Sonja Jacobsen (FDP), Vorsitzende der FDP-Bezirksfraktion Bergedorf. Ort: Aula im Feuervogel Bürgerzentrum, Maretstraße. Eintritt frei.

1. September, 18 Uhr, Gespräch mit den Hamburger Landeslistenkandidat*innen: Franziska Hoppermann (CDU), Listenplatz 2, Direktkandidatin in Wandsbek, Aydan Özoğuz (SPD), Kandidatin Listenplatz 1, Direktkandidatin in Wandsbek, Katharina Beck (die Grünen), Kandidatin Listenplatz 1, Direktkandidatin in Hamburg-Nord, Žaklin Nastic (die Linke), Kandidatin Listenplatz 1, Direktkandidatin in Eimsbüttel, Michael Kruse (FDP), Kandidat Listenplatz 1. Ort: Hamburg-Haus Eimsbüttel, Großer Saal, Doormannsweg 12. Eintritt frei.

Beide Termine sind als Veranstaltung vor Ort unter Einhaltung der geltenden Hygieneregeln geplant, mit Maskenpflicht. Anmeldung per E-Mail unter: anmeldung@sovd-hh.de.

Stadtspaziergang

Einen kleinen Einblick in die wechselvolle Hamburger Stadtgeschichte können sich Interessierte am 7. September geben lassen. Der SoVD Hamburg lädt ein zum geschichtlichen Spaziergang durch die Innenstadt mit Buchautor Gerd Pohl, der sich bestens auskennt und viele interessante Fakten im Gepäck hat. Start ist um 14.30 Uhr vor dem Eingang des Rathauses. Nach einer guten Stunde klingt der Spaziergang bei Kaffee und Kuchen im Alsterpavillon aus. Die Teil-



Foto: Monika Schröder, pixabay

Hamburg neu entdecken.

nahme (max. 10 Personen) ist kostenlos. Anmeldung beim SoVD Landesverband unter Tel.: 040/61 16 070.

SoVD fordert verbindliche Regeln und feste Abstellplätze für E-Scooter

Gefährliche Stolperfallen

Herumliegende und rücksichtslos abgestellte E-Roller werden in Hamburg immer mehr zum Problem. Vor allem für Menschen mit einer Sehbehinderung und diejenigen, die eingeschränkt mobil sind, werden sie zu Stolpersteinen. Die Stadt sollte mit den Verleihern verbindliche Absprachen treffen und Abstellflächen ausweisen“, fordert SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher.

Die Klagen über die mobilen Roller nehmen zu, weiß Klaus Wicher: „Uns wurde wiederholt von sehbehinderten Menschen berichtet, die durch im Weg stehende Roller auf der Straße in gefährliche Situationen geraten oder gestürzt sind. Hier sollte zum einen die Stadt feste Flächen zur Verfügung stellen, auf denen E-Roller abgestellt werden müssen. Zum anderen sollten die Verleiher ihre Kundenschaft erziehen und ihnen in Zukunft eine Strafgebühr berechnen, wenn sie ihren Roller nach Fahrtende einfach in die Gegend stellen.“

In Hamburg gibt es bisher nur freiwillige Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Verleihfirmen. „Wir fordern den Senat auf, eine Sondernutzungsvereinbarung mit den Anbietern aufzusetzen. Sie könnte verbindlich regeln, wo und wie



Ein Ärgernis und Hindernis: wild geparkte E-Roller.

die Roller abgestellt werden, dass jemand für Beschwerden erreichbar ist und diese schnell behoben werden.“

Bei der steigenden Zahl an Nutzern gebe es jetzt Handlungsbedarf: „Der Verkehr in der Stadt verändert sich durch die

Mobilitätswende. Wir brauchen dafür Regeln, damit sich alle gleichermaßen auf der Straße sicher fühlen können“, so Wicher.

Auch grundsätzlich sieht der Landesvorsitzende die elektronischen Tretroller kritisch: „Zum einen sind wild abgestellte Roller ein Hindernis für Menschen mit Behinderung. Auch in Sachen Mobilitätswende haben sie nicht das geleistet, was man sich mit ihrer Einführung versprochen hatte. Die Roller sind eher Spaßmobile für junge Leute.“

Als Ersatz für das Auto auf dem Arbeitsweg haben sie sich nicht etabliert. Der größte Kritikpunkt ist aus meiner Sicht aber die Tatsache, dass die Roller mit umweltschädigenden Lithium-Akkus betrieben werden. Das ist auf keinen Fall ein Beitrag zum Klimaschutz!“

Der SoVD hilft bei Streit um E-Rollstuhl im Treppenhaus

Behörde bleibt hart

Wer einen Rollator, einen Rollstuhl oder eine Gehhilfe braucht, darf diese auch im Treppenhaus abstellen, so sieht es das Recht vor. Der Rolli darf dort aber nur parken, wenn er die anderen Mieter*innen nicht stört und keine Fluchtwege verstellt.

SoVD-Mitglied Lisa B. wohnt seit mehr als 20 Jahren in einer netten Altbauwohnung. Schon vor zehn Jahren konnte sie über den SoVD eine Erwerbsminderungsrente durchsetzen. Inzwischen ist sie nur noch eingeschränkt mobil, ohne ihren elektrischen Rollstuhl wäre sie ans Haus gefesselt. Arztbesuche oder Einkaufen im Supermarkt wären ohne ihn nicht möglich. Jahrelang parkte ihr Rollstuhl im Eingang des Treppenhauses, ohne dass sich jemand daran störte. Doch jetzt soll er dort weg. Eine Katastrophe für Lisa B.: „Das wäre Hausarrest für immer“.

Sie wehrte sich mit allen Mitteln, sammelte Unterschriften, schickte eine Petition an den Hamburger Senat, zog vor das Amtsgericht, erläuterte den Behörden, dass ihr Mobil dank Gel-Akku sicherer ist als Lithium-Ionen-Batterien, holte die Feuerwehr ins Boot ...

Die Feuerwehr sah die Geschichte ganz gelassen, für sie war der abgestellte Rolli nur eine geringfügige Gefahr. Doch die Verantwortlichen im Bezirk blieben hart und ordneten an: Der Rolli muss raus, der „erste Rettungsweg“ müsse frei bleiben. Lisa B. hatte sogar eine feuerfeste Abdeckung angeboten, jedoch half alles nichts. Inzwischen hat sich Klaus Wicher als Moderator eingeschaltet: „Solange der Fluchtweg frei ist, sind unseres Wissens nach Rollstühle in Fluren erlaubt. Wir arbeiten jetzt an einer Lösung, damit Frau B. in ihrem Umfeld bleiben kann. Ich bin im Gespräch mit Vertretern der Behörde und hoffe, dass wir zu einem positiven Ergebnis kommen“.

Hier gebe es eine echte Regelungslücke, so Wicher: „Es sollte in Zukunft rechtlich sichergestellt werden, dass sich in solchen Fällen alle Beteiligten zunächst um eine Lösung bemühen müssen, so dass die Mobilität schwerbehinderter Menschen gesichert ist. Wir werden diesbezüglich auf den Gesetzgeber zugehen.“

Der SoVD Hamburg hilft in allen Fragen des Sozialrechts. „In unseren Beratungsstellen prüfen wir die Lage und wenn nötig, vertreten wir unsere Mitglieder im Widerspruchsverfahren und auch vor dem Sozial- oder Landessozialgericht.“

Mitglieder des SoVD können sich kostenfrei beraten lassen. Weitere Infos unter www.sovd-hh.de, Tel.: 040/61 16 070.

Rechtzeitig Vorsorge treffen

Wie will ich behandelt werden, wenn ich ins Krankenhaus muss? Mit welchen lebensrettenden Maßnahmen bin ich einverstanden? Bei diesen Fragen kann jede*r selbst entscheiden wie es sein soll. Eine Patientenverfügung regelt, welche medizinische und pflegerische Behandlung der einzelne möchte.

Eine Vorsorgevollmacht legt fest, dass und welche Kinder, Partner*in oder bevollmächtigte Personen sich

um Behördenangelegenheiten oder Vermögensdinge kümmern sollen. Beide sollten unbedingt rechtssicher aufgesetzt werden. Hier helfen die Fachjurist*innen des SoVD-Landesverbandes Hamburg weiter. SoVD-Mitglieder sparen dabei eine Menge Geld

„Wenn Sie diese Dokumente nicht rechtsverbindlich aufsetzen, kann es sein, dass Sie nicht so behandelt werden wie gewünscht. Formulare aus dem Internet sollten Sie besser

nicht verwenden“, rät SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher. Er empfiehlt: „Corona hat deutlich gezeigt, dass es enorm wichtig ist, diese Dinge rechtzeitig zu regeln. SoVD-Mitglieder haben dabei sehr gute Karten, denn sie sparen bares Geld. Für eine Patientenverfügung zahlen sie bei uns 30 Euro, für eine Vorsorgevollmacht berechnen wir 90 Euro. Ich rate dazu, beides abzuschließen, dann ist man im Ernstfall gut abgesichert.“



Sozialrechtsberatung

Auch im härtesten Lockdown haben wir Sie nicht im Stich gelassen und waren für Sie da! Die Beratung und Vertretung vor Gericht ging die ganze Zeit weiter – telefonisch und per E-Mail. Mit der Rückkehr zu mehr Normalität können wir unseren Hamburger SoVD-Mitgliedern jetzt endlich wieder eine persönliche Beratung vor Ort anbieten, natürlich weiter unter Einhaltung aller Schutzmaßnahmen: Abstandhalten, Hygienemaßnahmen, Maskenpflicht, Kontaktnachverfolgung sind deshalb Pflicht.

Sie brauchen Unterstützung

in sozialrechtlichen Fragen? Dann melden Sie sich bei uns unter Tel.: 040/61 16 070, schreiben Sie uns eine E-Mail: info@sovde-hh.de oder kommen Sie in dringenden Fällen persönlich bei uns vorbei.

• **SoVD-Beratungszentrum, Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch, 9 bis 16 Uhr, Donnerstag 9 bis 18 Uhr, Freitag 9 bis 14 Uhr.

Die Öffnungszeiten für unsere weiteren Beratungszentren standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Bitte fragen Sie

in Barmbek nach oder informieren Sie sich auf unserer Webseite: sovde-hh.de, zu welchen Zeiten geöffnet ist in

- **Lurup**, Luruper Hauptstraße 149,
- **Farmsen**, Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG),
- **Harburg**, Winsener Straße 13,
- **Altona**, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), Gefionstraße 3,
- **Langenhorn**, Bürgerhaus, Tangstedter Landstraße 41,
- **Bergedorf**, Beratungsbüro im Marktkauf-Center, Alte Holstenstraße 30.



Termine

Die Ortsverbände und Treffs können unter Einhaltung von Corona-Regeln wieder Mitgliederveranstaltungen durchführen. Bitte rufen Sie Ihre*n Ortsvorsitzende*n an oder erkundigen Sie sich in unserer Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 040/61 16 070, welche Rahmenbedingungen in Ihrem Ortsverband/Treff gelten.

Gedenkveranstaltung am ehemaligen Konzentrationslager Magdeburg

Erinnerung wachhalten

Sachsen-Anhalt Mit einer Gedenkveranstaltung am 14. Juni wurde an die Geschichte des ehemaligen Frauen- und Männer-KZ in der Magdeburger Liebknechtstraße erinnert. Für den SoVD-Landesverband Mitteldeutschland nahm Landesfrauensprecherin Monika Lück an der Veranstaltung teil.

Seit 2009 veranstalten das Amt für Gleichstellungsfragen und Vertreterinnen und Vertreter der Kulturprojekte und des Stadtrates sowie des politischen runden Tisches der Stadt Magdeburg am 14. Juni jährliche Gedenkveranstaltungen am Tor des ehemaligen Konzentrationslagers. An diesem Tag kamen die ersten Transporte im Lager an. Gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern findet das Ereignis im Rahmen der offiziellen Gedenktage der Stadt statt.

Dieses Jahr erinnerten die Kulturbeauftragte der Landeshauptstadt, Regina-Dolores Stieler-Hinz, und die Gleichstellungsbeauftragte Heike Ponitka an die Zwangsarbeiter*innen und deren Schicksal und gingen auf den Beginn der Deportationen und die Ankunft der ersten Frauen 1944 in Magdeburg ein. Grit Merker vom LSVD (Lesben- und Schwulenverband) stellte dar, welche restriktive Situation für Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus bestand. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von Dobrin Stanislawow auf der Violine.

„An dieser Stelle befand sich



Foto: Monika Lück

Der Musiker Dobrin Stanislawow begleitete die Veranstaltung auf der Violine und der Panflöte.

in der Zeit von 1944 bis 1945 das Konzentrations-Außenlager des Rüstungswerks Polte AG Magdeburg des KZ Buchenwald und des Frauen-KZ Ravensbrück“, sagte Heike Ponitka und ergänzte, dass über 3.000 Frauen und 600 Männer aus verschiedenen Nationen, jüdischer und nichtjüdischer Herkunft, als Zwangsarbeiter*innen in den Polte-Rüstungswerken unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten. Der Großteil von ihnen überlebte dieses er-

barmungslose und menschenverachtende Lager und den Todesmarsch nach Ravensbrück 1945 nicht. „Wir erinnern an alle Menschen, die dieses grausame Schicksal erleiden mussten. Dieses darf niemals wieder geschehen!“, bekräftigte die Gleichstellungsbeauftragte abschließend.

Nach den Gedenksprachen legten alle Teilnehmer*innen, unter ihnen auch SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück, eine Rose nieder.

Der Kreistag verabschiedete sich von seinem dienstältesten Landrat

Herausforderungen gemeistert

Sachsen-Anhalt Als Landrat mit der längsten Dienstzeit in Sachsen-Anhalt wurde Uwe Schulze in der Kreistagssitzung im Juni 2021 nach 20 Jahren erfolgreicher Tätigkeit als Landrat des Landkreises Anhalt-Bitterfeld verabschiedet.

Für den Kommunalpolitiker Uwe Schulze war es eine Herkulesaufgabe, vom kleinen Altkreis Bitterfeld nach der Gebietsreform in den flächenmäßig 1.454 Quadratkilometer großen Landkreis Anhalt-Bitterfeld zu wechseln. „Wir vom Beirat für Menschen mit Behinderungen des Landkreises sind Ihnen, lieber Herr Landrat, sehr dankbar“, sagte Joachim Heinrich, der auch 1. Kreisvorsitzender des SoVD Anhalt-Bitterfeld ist, „dass wir als Gremium des Kreistages Eingang in die Hauptsatzung des Landkreises gefunden haben. Sie haben uns als SoVD in den vielen Jahren Ihrer Tätigkeit immer positiv begleitet

und unterstützt.“ So setzte sich Uwe Schulze dafür ein, dass aus Fördermitteln des Landkreises beziehungsweise nunmehr aus Brauchtumsmitteln der Stadt Bitterfeld-Wolfen die monatlichen Mietzahlungen für die SoVD-Kreisgeschäftsstelle im Lutherhaus Bitterfeld übernommen werden.

Joachim Heinrich erinnerte in seiner Rede daran, dass der Sozialverband Deutschland mit seinen inzwischen 600.000 Mitgliedern seit mehr als 100 Jahren unter anderem auch die Interessen von Menschen mit Behinderungen vertritt.

„Es freut mich nun“, so Joachim Heinrich wörtlich, „dass

das Präsidium des Bundesverbandes einer Empfehlung des Landesverbandes Mitteldeutschland und des Kreisvorstandes Anhalt-Bitterfeld gefolgt ist und ich Ihnen die Ehrenurkunde mit Pin als Förderer des SoVD überreichen darf.“



Kreisverband Halle

Die nächste Mitgliederversammlung ist für den 29. September, 14 Uhr, geplant. Ort: Gesundheitszentrum Silberhöhe, Ebene 4, Tagungsraum.

Verdienstmedaille für Joachim Heinrich

Dank für Ehrenarbeit

Sachsen-Anhalt Joachim Heinrich, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbandes Anhalt-Bitterfeld, ist schwerstbehindert und an den Rollstuhl gebunden. Trotz der Behinderungen leistet er seit Jahrzehnten eine gute ehrenamtliche Arbeit. Dies wurde jetzt mit der Verdienstmedaille des Landkreises gewürdigt.

Joachim Heinrichs umfangreiches Engagement fand bereits durch die Auszeichnung mit dem Ehrenamtspreis „Hilfe mit Herz“ der Stadt Bitterfeld-Wolfen 2016 seine Anerkennung und wurde jetzt mit der Verdienstmedaille des Landkreises Anhalt-Bitterfeld in Silber 2021 erneut bestätigt.

2000 trat er in den SoVD ein, seit 2004 ist er Kreisvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied des Arbeitskreises Behindertenpolitik im Bundesverband und Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses. Seiner Leidenschaft und seiner ständigen Einsatzbereitschaft sowie seinem umfangreichen Fachwissen auf dem Gebiet des Sozialrechts ist es zu verdanken, dass er bei den Mitgliedern des Sozialverbandes, aber auch bei vielen Bürgern immer ein streitbarer und gefragter Gesprächspartner ist. Mit großem Engagement für die Mitglieder des SoVD und anderer interessierter Bürger*innen führt er Sprechstunden in Sozialrechtsfragen durch und hilft in dieser Form insbesondere den Seniorinnen und Senioren sowie schwerbehinderten Menschen beim Erkennen und Durchsetzen der ihnen zustehenden sozialen Rechte und Ansprüche.

Zugleich engagierte sich Joachim Heinrich bis 2018 als Vorsitzender des Klubs für Körperbehinderte und seiner Freunde e.V. und wurde in den Beirat für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Anhalt-Bitterfeld und zwischenzeitlich auch des Landes Sachsen-Anhalt berufen. Hier setzt er sich erfolgreich und mit hohem Sachwissen für die Schaffung barrierefreier Lebens- und Arbeitsbedingungen für Menschen mit Behinderungen ein.

Besonders verdient machte sich Joachim Heinrich mit der Erarbeitung des 1. Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis. Mit dieser Ausarbeitung machte er zugleich Anhalt-Bitterfeld auf Bundesebene und darüber hinaus bekannt.

Joachim Heinrich wurde auch in den Beirat des Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Sachsen-Anhalt und als ehrenamtlicher Richter für Sozialrecht an das Sozialgericht Dessau-Roßlau berufen. Letzteres übt er seit mehr als 20 Jahren aus. Zudem wurde Joachim Heinrich 2016 am Sozialgericht als Vorsitzender des Arbeitskreises der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter gewählt.



Dagmar Zoschke, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreistages, Landrat Uwe Schulze (rechts) und Veit Wolpert, Vorsitzender des Kreistages überreichen Joachim Heinrich (links) die Verdienstmedaille des Landkreises.



Endlich war eine persönliche Zusammenkunft wieder möglich.

Treffen in Halberstadt

Sachsen-Anhalt Die Mitgliederversammlung im Kreisverband Halberstadt unter Coronaschutzbedingungen war eine Herausforderung, wurde aber gut gemeistert. Wer teilnehmen wollte, musste zweimal geimpft oder genesen sein oder mit zwei Wochen Abstand einen negativen Test vorlegen. Zusätzlich ließ sich der Kreisverband diese Maßnahmen von jedem Teilnehmer schriftlich bestätigen. Am Tisch mussten dann, dank Abstand, keine Masken getragen werden.

Vorsitzender Klaus Schatter begrüßte die Gäste und erläuterte die Regeln. Kaffee und Kuchen versüßten den Nachmittag und die Freude über das Wiedersehen nach so langer entbehrensreicher Zeit überwiegte bei allen. Zwei Ehepaare der Chorgemeinschaft unterhielten die Runde kurzweilig. Ein kleines Abendessen rundete den Nachmittag ab. Fast alle Teilnehmenden bedankten sich für das Treffen. Die Mitglieder freuen sich schon auf die nächste Veranstaltung – das jährliche Grillfest.



Die Teilnehmer*innen der Gesprächsrunde in Halberstadt.

Die Linke traf sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Verbänden

Austausch mit der Basis

Sachsen-Anhalt Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt fand im Halberstädter Seminarhotel K6 eine lockere Gesprächsrunde statt. Eingeladen hatten die Bundestagsabgeordnete Amira Mohammed Ali und der ehemalige Oberbürgermeister und jetziges Mitglied des Landtages, Andreas Henke.

Die Linke hatte Fragen an die Basis und wollte sich ein Bild machen, wo es in der Pandemie große Herausforderungen für soziale Arbeit gab und welche Unterstützung sich die Teilnehmer*innen von der Politik wünschen. Gesprächsteilnehmer*innen waren unter anderem Dr. Detlef Eckhardt (Die Linke), Dr. Kars-

ten Lippmann (Direktkandidat für den Bundestag, Die Linke), SoVD-Kreisvorsitzender Klaus-Dieter Schatter und seine Ehefrau.

„Wir konnten anschaulich schildern“, so Klaus-Dieter Schatter, „wie schwierig eine vernünftige Arbeit unter Pandemiebedingungen durchführbar ist. Wenn man zum Beispiel kei-

ne Bürosprechstunden durchführen kann und alles über Telefonate geregelt werden muss. Mitglieder und Interessenten verlangten dringend nach Hilfe, die wir leider nur telefonisch nach bestem Wissen geben konnten. Erstaunlicherweise und erfreulicherweise kam es zu mehreren Neuzugängen in der Pandemie.“

Sprechstunden in Mitteldeutschland

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Angebote nur unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den genannten Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechstunde stattfindet!

Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2 53 88 97. Fax: -98. Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung, montags bis donnerstags, 9–15 Uhr und freitags, 9–13 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden s. Thüringen.

Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dresden, Tel.: 0351/2 13 11 45, Fax: 0351/2 13 11 46, E-Mail: kv.dresden@sovd-sa.de. Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über

die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/87 83 022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle, nur nach telefonischer Absprache.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechzeit: jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstraße 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstraße 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8 82 69 23. Sprechstunde:

dienstags, 15–16.30 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale)/Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/774 8246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 03933/80 43 77. Sprechzeit: jeden 1. Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/4 18 14. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine bitte über die Landesgeschäftsstelle erfragen.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/

9 81 58. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: jeden 1. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Andere Termine und Telefonberatung unter Tel.: 03946/70 61 08 (Vorsitzender) und 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/6 58 88. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 16–17 Uhr.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/6 03 66. Sprechzeiten: dienstags, 9–11.30 Uhr.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechzeiten: 2., 3. und 4. Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/63 26 31 oder E-Mail: info@sovd-wernigerode.de.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/6 47 33. Sprechzeiten: erster Dienstag und erster Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Erwerbsminderungsrente – welche Fragen müssen bei Antragstellung beachtet werden?

Rehabilitation kommt vor der Rente

Jeder bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) versicherte Werk-tätige, der sich nicht im Stande sieht, einer Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt nachzugehen, kann bei der DRV eine Erwerbsminderungsrente beantragen. Auskünfte über das Verfahren geben die A- und B-Stellen (Auskunfts- und Beratungsstellen) der DRV vor Ort. Beratung erhalten Interessierte auch in den Beratungszentren des SoVD.

Von der Deutschen Rentenversicherung werden bei Antragstellung zur Erwerbsminderungsrente mindestens zwei Prüfungen vorgenommen:

1. Sind die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben? Dazu gehören beispielsweise die Dauer einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit und die Beitragszahlung in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung.

2. Bestehen dauerhaft nicht behandelbare funktionelle Einschränkungen, die es nicht erlauben, einer leichten körperlichen Tätigkeit in wechselnder Körperposition mindestens drei bis unter sechs Stunden nachzugehen?

Die erste Prüfung wird von den Versicherungsfachkräften der DRV durchgeführt. Die zweite Prüfung erfolgt durch den Sozialmedizinischen Dienst der DRV beziehungsweise durch von der DRV beauftragte medizinische Fachgutachter*innen.

Die Fragen der sozialmedizinischen Prüfung

Im Ergebnis der sozialmedizinischen Prüfung nach Aktenlage oder durch den*die medizinische*n Gutachter*in werden folgende Fragen beantwortet:

- Sind alle medizinisch notwendigen und zumutbaren (mitwirkungspflichtigen) Maßnahmen, Therapien durchgeführt und ausgeschöpft worden und besteht dennoch auf Dauer eine Einschränkung des Leis-



Foto: JackF / Adobe Stock

Die Prüfer*innen kommen persönlich vorbei, um sich ein Bild von der körperlichen Verfassung zu machen.

tungsvermögens? Solch eine Einschätzung setzt voraus, dass therapeutische Maßnahmen der jeweiligen Fachärzte nicht zu einer Besserung des wahrgenommenen gesundheitlichen Befindens geführt haben.

- Besteht beim Antragstellenden kein Leistungsvermögen mehr für eine drei- bis unter sechsstündige Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, unabhängig von seinem erlernten Beruf und von ihrer*seiner zuletzt ausgeübten beruflichen Tätigkeit? Dabei geht es bei der Einschätzung des Leistungsvermögens für den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht um eine Arbeit an einem tatsächlich vorhandenen Arbeitsplatz. Die Aussage bezieht sich allein auf einen fiktiven Arbeitsplatz, der in Deutschland mindestens neunmal vorhanden sein sollte.
- Besteht beim Antragstellenden Leistungsvermögen für eine drei- bis unter sechsstündige Tätigkeit in seinem erlernten Beruf oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt?
- Besteht beim Antragstellenden Leistungsvermögen für eine sechs- und mehrstündige Tätigkeit in seinem erlernten Beruf? Falls nicht, besteht dann Leistungsvermögen für eine sechs- und mehrstündige Tätigkeit oder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt?
- Sofern ein eingeschränktes oder auch aufgehobe-

tes Leistungsvermögen im erlernten Beruf bzw. in der derzeit oder zuletzt ausgeübten Tätigkeit besteht, ist die Frage zu beantworten, ob das Leistungsvermögen durch medizinische Maßnahmen (Rehabilitation) gebessert oder wieder hergestellt werden kann. Wird dies verneint, muss die Frage beantwortet werden, ob Leistungsvermögen für den allgemeinen Arbeitsmarkt besteht und ob für die Vorbereitung auf die Umsetzung dieses Leistungsvermögens Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, also Unterstützungen bei Qualifizierung, Anpassung, Arbeitsplatzherichtung usw. mit Aussicht auf Erfolg erbracht werden sollen.

Kein Einfluss auf andere Institutionen und Ämter

Diese Beurteilung durch die DRV steht in keinem Zusammenhang mit einem eventuell anerkannten Grad der Behinderung oder Schwerbehinderung, ebenso in keinem Zusammenhang mit der Feststellung der Agentur für Arbeit, dass keine Vermittlung möglich sei, auch nicht im Zusammenhang mit einer berufsgenossenschaftlich festgestellten Berufsunfähigkeit oder mit einer durch Privatversicherungen festgestellte Berufsunfähigkeit. Die Beurteilung steht auch in keinem Zusammenhang mit einer zum Zeitpunkt der Begutachtung ärztlicherseits festgestellten

Arbeitsunfähigkeit, wie auch nicht im Zusammenhang mit einer durch Haus- oder Fachärzte ausgesprochenen Empfehlung einer Rentengewährung.

Wir empfehlen jedem, der einen Antrag auf Zuerkennung einer Rente wegen geminderter Erwerbsfähigkeit stellen will, sich umfassend kompetent beraten zu lassen. Suchen Sie die Deutsche Rentenversicherung auf und kommen Sie in unsere Beratungszentren!

Unbedingt Gespräch mit Fachärzt*innen führen

Jede*r sollte seinen*ihren geplanten Antrag mit seinen Fachärzt*innen besprechen. Sofern noch kein*e Facharzt*Fachärztin aufgesucht wurde, sollte dies unbedingt erfolgen. Antragstellende sollten ihre Ärzte bitten, ihren Bericht, den diese auf Verlangen der DRV erstellen müssen, nicht allein mit Diagnosen zu füllen. Es gilt: Für Diagnosen gibt es keine Rente! Aus den Arztberichten muss klar, plausibel und nachvollziehbar hervorgehen, dass wesentliche funktionelle Einschränkungen bestehen, die auch durch eine umfassende Therapie nicht zu beseitigen waren und auch künftig nicht beseitigt werden können. Auch nicht durch die Nutzung von Hilfsmitteln, wie Bandagen, Korsetts, Gehhilfen, Hörgeräte, Brillen usw. Die funktionellen Einschränkungen sollen ausführlich dargestellt werden.

Sämtliche medizinische Unterlagen bereit halten

Jede*r Antragstellende sollte sämtliche medizinische Unterlagen zusammentragen, wie Arztberichte, Krankenhausbriefe, Rehabilitationsberichte, Ergebnisse von Laboruntersuchungen, Röntgenuntersuchungen, MRT, CT usw. Es gilt, je mehr, desto besser. Er oder sie sollte sich die Unterlagen durchlesen und wenn Fragen auftauchen, diese mit seinen*ihren Fachärzt*innen klären.

Halten sich die Antragstellenden an diese Empfehlungen, haben sie gute Chancen auf eine fachlich kompetente Beurteilung ihres Antrages.

Dr. med. H. Seidlein



Foto: Kzenon / Adobe Stock

Die Möglichkeit, bei Erkrankung des Kindes finanzielle Hilfe zu beantragen, wird im Lande wenig genutzt.

Weniger Kinderkrankengeld

Gegen den Bundestrend

Im vergangenen Jahr gingen in den ersten drei Monaten bei der TK in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 9.000 Anträge auf das reguläre krankheitsbedingte Kinderkrankengeld ein. In diesem Jahr waren es knapp 6.000 inklusive des pandemiebedingten Kinderkrankengeldes. Während die Anzahl bundesweit um 27 Prozent gestiegen ist (2020: 168.000; 2021: 213.000), gab es in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern (minus 35 Prozent), Sachsen-Anhalt (minus 25 Prozent), Thüringen (minus 20 Prozent), Brandenburg (minus 18 Prozent) und Sachsen (minus elf Prozent) Rückgänge. Die größten Steigerungen gab es in Nordrhein-Westfalen (85 Prozent) und Hamburg (83 Prozent).

Auch das neue pandemiebedingte Kinderkrankengeld wurde in Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu den anderen Bundesländern am wenigsten beantragt. In Mecklenburg-Vorpommern waren im ersten Quartal dieses Jahres rund 1.700 der knapp 6.000 der Kinderkrankengeld-Anträge pandemiebedingt. Dies entspricht 28 Prozent und ist bundesweit der niedrigste Wert. Im Schnitt bezogen sich bundesweit 63 Prozent (rund 133.400 von 212.900) der Anträge auf die Betreuung von Kindern aufgrund von Kita- und Schulschließungen. Die höchsten Anteile waren in Hamburg (71 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (68 Prozent) zu verzeichnen.

Quelle: TK



Foto: Photographeeu / Adobe Stock

Der Arztbericht ist ein wichtiger Bestandteil der Antragstellung zur Erwerbsminderungsrente.

5 Termine

Aufgrund der Corona-Krise finden alle Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem jeweiligen Kreisverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

Kreisverband Parchim

Jeden Dienstag, 9–12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung, Vergabe für Termine der Rechtsberatung unter Tel.: 03871/44 42 31. Das Beratungszentrum ist seit Juni wieder geöffnet!

Kreisverband Rostock

28. September: kostenloser Boddenseetörn für Mitglieder. Kostenbeitrag für Partner*innen: 24 Euro, für Nichtmitglieder: 48 Euro. Genaue Infos zu den Abfahrtszeiten in Warnemünde, Lichtenhagen, Evershagen und zur Bezahlung usw. telefonisch Ende August/Anfang September. Anmeldungen erbeten bis zum 14. September unter Tel.: 0381/76 96 130 oder 0177/87 43 828, oder per E-Mail unter: info@sovd-rostock.de.

Rechtsberatung



Foto: pictworks/AdobeStock

Grevesmühlen / Wismar: 1. und 29. September, **Parchim:** 8. September, **Güstrow / Schwerin:** 22. September. Es berät Doreen Rauch.

Grimmen: 7. September, **Greifswald:** 14. September, **Rügen / Stralsund:** 21. September, **Röbel / Strelitz:** 28. September. Es berät Donald Nimsch.

Bitte melden Sie sich für eine Terminvergabe bei den jeweiligen Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“.

Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8–16 Uhr, und freitags, 8–12 Uhr).

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

Kreisverband Güstrow: Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax: 0395/37 95 16 22.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 1–2, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

Die Verbraucherzentralen bieten kostenlose Online-Vorträge

„Woche der Vorsorge“

Viele Menschen wollen selbst bestimmen, wer sie im Krankheitsfall vertritt oder wie ihr Lebensende aussehen soll. Allerdings scheuen sie oft den Aufwand, da sie nicht wissen, worauf sie bei der Erstellung der Dokumente achten müssen. Das Interesse der Menschen, ihre Angelegenheiten zu regeln, ist enorm. Mit der Woche der Vorsorge wollen die Verbraucherzentralen dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen informierte Entscheidungen in Fragen der Vorsorge treffen können.

Die Verbraucherzentralen bieten in der Woche vom 20. bis 24. September kostenlose Online-Vorträge rund um diese Themen an: Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung und digitaler Nachlass. Die Teilnahme ist nach Anmeldung kostenlos.

Die Vorträge finden während der gesamten Woche der Vorsorge von Montag bis Freitag jeweils um 10, 14 und 18 Uhr statt.

„Patientenverfügung: Über Ihre Behandlung bestimmen Sie“

- 20. September, 18 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.
- 21. September, 10 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Schleswig Holstein und Sachsen; 18 Uhr: Verbraucherzentrale Hessen und NRW.
- 22. September, 18 Uhr: An-

meldung bei der Verbraucherzentrale Berlin und NRW.

- 23. September, 10 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Thüringen.
- 24. September, 14 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Saarland.

„Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung: Wer entscheidet, bestimmen Sie“

- 20. September, 10 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein; 14 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz.
- 22. September, 10 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.
- 23. September, 14 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Bremen und Thüringen.
- 24. September, 18 Uhr: Anmeldung bei der Verbrau-

cherzentrale Niedersachsen.

„Digitale Vorsorge- und Nachlassregelung: Was mit Ihren Daten geschieht, bestimmen Sie“

- 21. September, 14 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Hessen und Bayern.
- 22. September, 14 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig Holstein.
- 23. September, 18 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Thüringen.
- 24. September, 10 Uhr: Anmeldung bei der Verbraucherzentrale Bayern und Sachsen.

Info

Die Anmeldung erfolgt online unter: www.verbraucherzentrale.de/woche-der-vorsorge-kostenlose-onlinevortraege-vom-20-bis-24-september-63260.

Verbraucherzentrale Bund mahnt zur Vorsicht bei Retouren nach China

Hohe Kosten bei Rücksendung

Obwohl der gesamte Online-Auftritt eines Shops augenscheinlich auf ein deutsches Unternehmen schließen lässt, sollen Verbraucher*innen online eingekaufte Ware bei Nichtgefallen nach China zurücksenden. Darüber beschwerten sich immer wieder Verbraucher*innen in den Verbraucherzentralen. Das Nachsehen haben dann die Verbraucher*innen, denn die Rücksendung kann mit sehr hohen Kosten verbunden sein.

Die Webseite des Ladens ist ausschließlich in deutscher Sprache gehalten, die Domain des Shops endet deutschlandspezifisch mit „.de“ und auch das Impressum lässt auf ein heimisches Unternehmen schließen. Dies waren nach Aussagen einiger Verbraucher*innen die ausschlaggebenden Kriterien, sich bewusst für einen Shop zu entscheiden und dort Ware zu bestellen. Andere Verbraucher*innen berichten, wie sie in den sozialen Medien von diesen Anbietern mit direkter Verlinkung zu ihrem Shop gelotst wurden. Die Überraschung kommt, wenn die gelieferte Ware qualitativ minderwertig ist oder nicht passt. Denn möchten die Verbraucher*innen von ihrem Widerrufsrecht Gebrauch machen, werden sie vom Verkäufer aufgefordert, die Artikel auf eigene Kosten nach China zurückzusenden. Der Verbraucherzentrale Bundesverband sowie den Verbraucherzentra-



Foto: Africa Studio/Adobe Stock

Billigeinkäufe aus dem Internet werden teuer, wenn die Sachen zurückgeschickt werden müssen.

len liegen bundesweit Verbraucherbeschwerden vor, bei denen die Kosten für die Rücksendung nach China, wie zum Beispiel Porto und Zollgebühren, fast den Warenwert erreichen. In anderen Fällen verlangen die Online-Shops zusätzliche Bearbeitungsgebühren.

Das Recht auf Widerruf gilt bei fast allen online bestellten

Waren. Verbraucher*innen haben grundsätzlich ab dem Erhalt der Ware 14 Tage Zeit für den Widerruf, auch bei Waren, die aus dem außereuropäischen Ausland versendet werden. Die Konditionen für einen Widerruf stehen in den AGB oder der Widerrufsbelehrung und können auch schriftlich beim Verkäufer angefordert werden.

SoVD kritisiert: Konventionelle Einrichtungen sind nicht auf Bedürfnisse zugeschnitten

Mehr Angebote für junge Pflegebedürftige

In Niedersachsen gibt es immer mehr junge Pflegebedürftige. Die meisten werden von Angehörigen zuhause betreut. Das Problem: Gerade auf dem Land ist die Versorgung durch Pflegedienste knapp. Eine Unterbringung in einem Pflegeheim kommt für die jungen Betroffenen aber oft nicht infrage – die Angebote gehen an ihren Bedürfnissen vorbei. Deshalb fordert der SoVD in Niedersachsen, Alternativen auf den Weg zu bringen und spezielle Angebote bereitzustellen, die auf Jüngere zugeschnitten sind.

2019 gab es mehr als 24.000 Pflegebedürftige unter 20 Jahren in Niedersachsen. Seit 2013 hat sich ihr Anteil mehr als verdoppelt. Das zeigen Zahlen

des Landesamtes für Statistik. Auch der Anteil derjenigen, die zuhause versorgt werden, ist stark gestiegen. Für die Angehörigen ist das jedoch oft mit

Problemen verbunden. „Bei unserem Pflege-Notruftelefon haben wir in letzter Zeit immer öfter verzweifelte Anrufe, bei denen Angehörige ihre Prob-

leme schildern, vor Ort einen Pflegedienst zu finden. Gerade in ländlichen Regionen ist das aufgrund von Personalmangel häufig schwierig und stellt

Betroffene vor eine unlösbare Aufgabe“, berichtet Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Als Alternative bleibt dann häufig nur die Versorgung in einem Pflegeheim. Diese ist gerade für junge Menschen aber meistens nicht geeignet. „Konventionelle Pflegeeinrichtungen sind gar nicht auf die Bedürfnisse dieser Zielgruppe zugeschnitten. Die Pflegebedürftigen fühlen sich dort häufig unterfordert und deplatziert“, erläutert Sackarendt weiter.

Spezifische Angebote wie betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften oder Pflegeeinrichtungen für junge Menschen gibt es aus Sicht von Niedersachsens größtem Sozialverband noch immer zu wenig – obwohl das Problem nicht neu ist. „Hier müssen Politik, Pflegekassen, aber auch die Anbieter im Pflegebereich endlich gegensteuern. Gerade für junge Menschen ist ein möglichst selbstbestimmtes Leben wichtig, auch wenn sie pflegebedürftig sind“, so der niedersächsische SoVD-Chef.



Foto: Martin John Bowra / Adobe Stock

Noch immer gibt es in Niedersachsen viel zu wenig spezifische Angebote für junge Pflegebedürftige.

Internationaler Tag der Jugend / SoVD fordert: Junge Menschen nicht ausschließen

Wählen ab 16: Mitbestimmung ermöglichen

Zahlreiche Studien zeigen, dass gerade Kinder und Jugendliche besonders verheerend von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen sind – und voraussichtlich auch auf lange Sicht sein werden. Anlässlich des internationalen Tags der Jugend am 12. August forderte die Jugendorganisation des SoVD in Niedersachsen deshalb, dass junge Menschen ab 16 Jahren nicht nur bei Kommunal-, sondern auch bei Landtagswahlen abstimmen dürfen und somit mehr Mitspracherecht erhalten.

Schon seit Langem setzt sich die SoVD-Jugend in Niedersachsen für das Wahlrecht ab 16 auch auf Landesebene ein. Bislang sperrt sich die Landesregierung jedoch dagegen, diesen Vorschlag umzusetzen. Aus Sicht der Jugendorganisation hat aber insbesondere die Corona-Pandemie gezeigt, dass die Bedürfnisse von jungen Menschen nicht weiter vernachlässigt werden dürfen.

„Gerade Jüngere mussten in den vergangenen anderthalb Jahren Entscheidungen von Politiker*innen mittragen, obwohl immer wieder deutlich wurde, dass ihre Probleme und ihr Alltag dabei kaum eine Rolle gespielt haben“, kritisiert Benedict Schmidt, Sprecher der SoVD-Jugend in Niedersachsen. Daher sei es jetzt an der Zeit, dass die Lan-

desregierung ihre Blockadehaltung aufgabe und Jugendlichen ab 16 Jahren auch die Stimmabgabe bei der Landtagswahl im kommenden Jahr ermögliche.

„Die Herabsetzung des Wahlalters wäre nur fair. Immerhin betreffen viele Gesetze die Zukunft und damit auch die Jugendlichen in ihrem späteren Leben. Deshalb sollten sie schon jetzt mitentscheiden dürfen“, sagt Schmidt. So könnten junge Menschen frühzeitig lernen, Verantwortung zu übernehmen und mit ihr umzugehen. Denn: Bewegungen wie „Fridays for Future“ zeigten, dass Jugendliche durchaus politisch sind und etwas zu sagen haben. „Eine Politik, die für alle gelten soll, darf junge Menschen nicht ausschließen“, betont der Jugend-Sprecher.



Foto: Pressmaster / Adobe Stock

Junge Menschen sollten schon ab 16 Jahren bei Landtagswahlen wählen dürfen, da die politischen Entscheidungen ihr zukünftiges Leben besonders stark beeinflussen, findet die SoVD-Jugend.

SOVD-PETITION

Bis 23. September unterschreiben!

Armut findet in der Mitte der Gesellschaft statt – etwa jede sechste Person in Deutschland ist armutsgefährdet. Der SoVD hat daher eine niedersachsenweite Petition ins Leben gerufen, in der vier Forderungen an die Politik vorgelegt werden, mit denen Armutsrisiken in Zukunft vermieden werden sollen.

Die Forderungen sind: eine Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 13 Euro, die Berücksichtigung von drei Jahren der Erziehungszeit für die Rente bei allen Alleinerziehenden, mindestens die Verdoppelung der Ausgleichsabgabe, damit Unternehmen mehr Menschen mit Behinderung einstellen, und eine rasche Weiterentwicklung und Erhöhung von Alters- und Erwerbsminderungsrente.

Unterstützen auch Sie die Petition: Bis zum 23. September können Sie unter www.armutsschatten.de/petition unterschreiben.

Die ersten beiden Folgen sind online – jetzt Reinhören und abonnieren

„Kein Ponyhof“: SoVD startet Podcast

Jeden dritten Donnerstag im Monat: Im Juli und August sind bereits die ersten beiden Folgen des Podcasts vom SoVD in Niedersachsen erschienen. In „Kein Ponyhof – aus dem Alltag einer Sozialberatung“ machen die Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel Fälle aus dem SoVD-Beratungsalltag öffentlich, um zu zeigen, wo es bei Gesundheit, Behinderung, Pflege, Hartz IV und Rente in Deutschland klemmt. Mit spannenden Gästen beleuchten die beiden die Themen außerdem von einer anderen und oft ungewöhnlichen Seite.

Die wenigsten Menschen wissen, welche Auswirkungen eine ungerechte Sozialpolitik für die Betroffenen hat. In seiner Beratung erlebt der SoVD das jeden Tag. Für diejenigen, die damit zu kämpfen haben, ist das häufig dramatisch und oft erniedrigend. In seinem Podcast „Kein Ponyhof – Aus dem Alltag einer Sozialberatung“ zeigt der SoVD diese Probleme auf, gibt hilfreiche Tipps, wie sich Betroffene wehren können und was sie beachten müssen, um doch noch zu ihrem Recht zu kommen.

In der ersten Folge „Krankengeld: Was tun, wenn die Krankenkasse Druck macht?“ sprechen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel darüber, was passiert, wenn Krankenkassen ihre Mitglieder permanent auffordern, so schnell wie möglich arbeiten zu gehen – egal ob sie gesund genug sind oder nicht.

Folge Zwei „Mieten-Wahnsinn: Wenn das Geld nicht zum Wohnen reicht“ zeigt, warum



Foto: Martin Bargiel / Grafikdesign: Steeeg GmbH

An jedem dritten Donnerstag im Monat gibt es eine neue Folge des SoVD-Podcasts, in dem die Moderatorinnen spannende Fälle aus der Sozialberatung vorstellen und interessante Gäste einladen.

es Menschen mit Behinderung oder einem geringen Einkommen besonders schwer haben, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Der Medizinische Dienst (MD) entscheidet über die Anerken-

nung eines Pflegegrads – und nicht immer korrekt. Aber was, wenn die Beurteilung falsch ist? Diese und weitere Fragen beantwortet die dritte Folge „Pflege: Wenn der Gutachter zweimal klingelt“, die ab dem 16.

September verfügbar sein wird. Der Podcast erscheint monatlich und ist auf allen gängigen Plattformen, auf dem Youtube-Kanal des SoVD sowie unter www.sovd-niedersachsen.de/podcast abrufbar.

Austausch über Gleichstellung und Digitalisierung

Erstes digitales „Frauenfrühstück“

Seit Jahren laden die Frauen im SoVD zu einem netzwerkübergreifenden „Frauenfrühstück“ ein und tauschen sich zu frauenpolitischen Themen aus. Nachdem die Veranstaltung 2020 Corona-bedingt ausfallen musste, fand sie 2021 erstmals digital statt. Die rund dreißig Teilnehmerinnen, SoVD-Kreis- und Ortsfrauen-sprecherinnen sowie Netzwerkpartnerinnen, befassten sich diesmal mit Digitalisierung und Gleichstellung.



Abbildung: Screenshot der digitalen Veranstaltung

Die Diskussionen fanden in Kleingruppen und im Plenum statt.

Inhaltlicher Mittelpunkt des Vormittags war der „Dritte Gleichstellungsbericht der Bundesregierung“ mit dem Fokus Digitalisierung und Gleichstellung. Der Gleichstellungsbericht beinhaltet neben einer Bestandsaufnahme zur Gleichstellung von Frauen und Männern auch Handlungsempfehlungen, um erkannte Ungleichheiten abzubauen. Dr. Caroline Richter hat als Mitglied der Sachverständigenkommission selbst am aktuellen Bericht mitgewirkt und veranschaulichte die Thematik in einem Impulsvortrag.

Sie stellte die vier Bereiche der Digitalisierung vor: Digitalbranche, digitale Wirtschaft, digitalisierte Wirtschaft und Digitalisierung der Gesellschaft. In allen Bereichen seien Frauen und ihre Perspektiven noch schwach vertreten. Am deutlichsten sei dies in der Digitalbranche feststellbar, der Welt der Algorithmen und Softwareentwicklung, in der Männer überwiegend unter sich blieben, so Richter. Da Digitalisierung durch bestehende Geschlechterverhältnisse geprägt werde und wiederum selbst auf die Geschlechterver-

hältnisse einwirke, sei es problematisch, dass Frauen deutlich weniger an der Entwicklung digitaler Technologien beteiligt seien. Dadurch seien ihre Perspektiven wenig berücksichtigt. Wie sich das auf den Alltag von Frauen auswirken kann, verdeutlichte Richter an Geschlechterstereotypen, die sich bei der Nutzung sozialer Medien verfestigen – wenn beispielsweise Frauen „Schönheits“-Filter für Fotos nutzen, die ursprünglich von Männern erdacht und programmiert wurden. Die Ungleichheit sei bis in den vierten Bereich hinein anzutreffen, den digitalisierten Sozialraum, in dem Frauen wenig ermutigt werden, sich mit Technik auseinanderzusetzen.

Im anschließenden Austausch wurde zweierlei deutlich: Es ist notwendig, digitale Technik geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei zu gestalten. Das wäre ein wichtiger Beitrag für eine vielfältige Gesellschaft. Zudem sind Digitalisierung und ihre Einflüsse für unsere Gesellschaft derart weitreichend, dass Hemmschwellen im Umgang mit digitaler Technik möglichst abgebaut werden sollten.

Bei Fragen zu Rente, Pflege & Co. einfach Termin vereinbaren

Video-Beratung: Neues Angebot des SoVD

Wie beantrage ich eine Rente? Welcher Pflegegrad steht mir zu? Wie bekomme ich einen Schwerbehindertenausweis? Diese und viele weitere Fragen beantwortet der SoVD täglich in seinen über 60 Beratungszentren in Niedersachsen – und ab sofort auch per Video. „Die Video-Beratung ergänzt unsere Beratung am Telefon, per E-Mail sowie unsere Vor-Ort-Termine, die wir unter Einhaltung aller Schutz- und Hygienemaßnahmen anbieten“, sagt Bernhard Sackarendt, Vorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das neue Angebot bietet vor allem für mobilitätseingeschränkte Menschen Vorteile: Sie kön-

nen sich bequem von zu Hause aus beraten lassen. Außerdem ist so eine persönliche Beratung ohne Schutzmaske möglich. „Das Vier-Augen-Gespräch am Bildschirm ist dabei genauso sicher und vertraulich wie eine persönliche Beratung. Auch auf diesem Weg können wir kompetent Fragen beantworten, Anträge stellen, Widersprüche einlegen oder Klagen einreichen“, erläutert Sackarendt weiter.

Interessierte können unter 0511 65610720 einen Termin für eine Video-Beratung vereinbaren. Für das Gespräch werden ein Computer, ein Tablet oder ein Smartphone mit Kamera und Mikrofon benötigt.

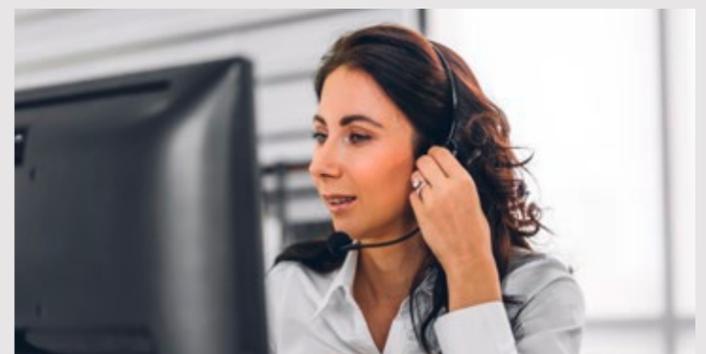


Foto: Art_Photo / Adobe Stock

Der SoVD berät seine Mitglieder jetzt auch per Video.

Weiterer Termin zu Patientenverfügung/Vorsorgevollmacht

Zweiter Durchlauf für Online-Vorträge

Da das Interesse an den Veranstaltungen der SoVD-Vortragsreihe besonders groß war, bekommen diese Themen einen zweiten Termin, an dem der SoVD in Niedersachsen digital informiert. Interessierte, die beim vergangenen Mal nicht teilnehmen konnten, haben so noch einmal die Möglichkeit, sich die digitalen Vorträge anzuhören. Am 30. September 2021 informiert Heike Kretschmann Teilnehmende per Zoom rund um das Thema Patienten-

verfügung und Vorsorgevollmacht und beantwortet ihre Fragen. Damit Berufstätige bei Interesse ebenfalls teilnehmen können, findet der Vortrag von 16 bis 17.30 Uhr statt.

Mitglieder und Interessierte sind herzlich willkommen. Sie können sich noch bis zum 23. September 2021 mit einer E-Mail an weiterbildung@sovd-nds.de anmelden. Weitere Informationen zu den Vorträgen sind unter www.sovd-nds.de zu finden.



Foto: Elin Schweiger

Interessierte können per Zoom teilnehmen und sich zum Thema Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht informieren.

Politisches Gespräch mit Yasmin Fahimi in der Landesgeschäftsstelle

SoVD übergibt Forderungen

Ingeborg Saffe, Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Hannover Stadt, und Dirk Swinke, SoVD-Landesgeschäftsführer, sprachen mit der Politikerin Yasmin Fahimi über das politische Engagement des Verbands und seine Forderungen zur Vermeidung von Armutsgefährdung.

Im Vorfeld der Kommunal- und Bundestagswahl nutzen die SoVD-Kreis- und -Ortsverbände die Gelegenheit, um mit Politiker*innen ihrer Wahlkreise ins Gespräch zu kommen und die sozialpolitischen Forderungen des Verbands zu überreichen. So auch Ingeborg Saffe, die Vorsitzende des Kreisverbands Hannover Stadt. Gemeinsam mit Dirk Swinke, Geschäftsführer des SoVD-Landesverbands Niedersachsen, hatte sie die SPD-Politikerin Yasmin Fahimi zu einem politischen Austausch in die Landesgeschäftsstelle des SoVD in Hannover eingeladen. Fahimi vertritt den Wahlkreis Hannover Stadt II und ist im Bundestag Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Bei dem Gespräch erläuterten Saffe und Swinke, welche Forderungen der Verband an die Politik hat und tauschten sich mit Fahimi insbesondere vertiefend über die sozialen Auswirkungen der anhaltenden Corona-Pandemie aus. In diesem Zusammenhang



Foto: Sara Masić

Ingeborg Saffe, Yasmin Fahimi und Dirk Swinke (v.l.n.r.) sprachen unter anderem über die aktuelle Petition des SoVD.

stellten Saffe und Swinke auch das Engagement des SoVD mit der Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ vor. Diese fordert politisches Handeln, um die Ursachen von Armutsgefährdung in Deutschland zu bekämpfen.

Fahimi lobte die SoVD-Kampagne und versicherte, diese voll zu unterstützen. Da Fahimi nach den Schilderungen von Saffe und Swinke einen guten Einblick in die Arbeit des Verbands erhalten hatte, entschloss

sie sich noch vor Ort Mitglied zu werden und unterzeichnete eine Beitrittserklärung. Fahimi unterschrieb außerdem die SoVD-Petition „Licht an: 4 Forderungen gegen Armutsschatten“. Mit dieser möchte der Verband ein deutliches Zeichen gegen die Armutsgefährdung in unserer Gesellschaft setzen. Wer sich auch an der Petition beteiligen möchte, findet ausführliche Informationen unter: www.armutsschatten.de/petition.

SoVD-Engagierte übergeben Wahlprüfsteine an Politiker*innen

Aktionen zur Kommunalwahl

Am 12. September findet in Niedersachsen die Kommunalwahl statt. SoVD-Engagierte in Braunschweig und in Neu Wulmstorf nahmen das zum Anlass, um bei sich vor Ort aktiv zu werden, die SoVD-Forderungen sichtbar zu machen und mit Politiker*innen ins Gespräch zu kommen.



Foto: Hannelore Buls

In Neu Wulmstorf überreichten die SoVD-Ehrenamtlichen ihre Forderungen an die Vertreter*innen der zur Wahl antretenden Parteien und an zwei Bürgermeisterkandidaten.

Der SoVD in Neu Wulmstorf lud die zur Kommunalwahl antretenden Politiker*innen zu einem Fototermin am Rathaus ein. Bei dieser Gelegenheit übergab die Vorsitzende Anne Heinrich die Wahlprüfsteine des SoVD an die politischen Vertreter*innen, unter anderem die Bürgermeisterkandidaten von SPD und CDU. Den SoVD-Aktiven war es wichtig, mit dieser Aktion um Unterstützung für die Anliegen von Menschen zu bitten,

die sozialen Schutz benötigen. „Der SoVD fordert die Parteien auf, insbesondere die Armutsbekämpfung in die Arbeit des nächsten Gemeinderats einzubringen“, sagte Heinrich. Und Jürgen Groth, Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Harburg, betonte: „Über 13 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut bedroht. Das nimmt der SoVD in Niedersachsen nicht hin. Es ist an der Zeit, gemeinsam ein Zeichen zu setzen.“



Foto: Thorsten Böttcher

Wolfgang Neltner (links) und Reiner Knoll vom Kreisvorstand führten die Aktion in Braunschweig durch.

In der Braunschweiger Innenstadt hat auch der Kreisverband Braunschweig eine Aktion zur Kommunalwahl durchgeführt. Dafür wurden Badeenten mit den SoVD-Forderungen zur Wahl in der Stadt platziert. Außerdem verteilten die Aktiven eine Broschüre mit den SoVD-Forderungen an Interessierte. Im Vorfeld hatte der Kreisverband die Wahlprüfsteine an die Fraktionen im Stadtrat geschickt und um Stellungnahme gebeten.

BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

Jetzt vormerken: September-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD.

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am Donnerstag, 2. September, am Dienstag, 14. September, und am Dienstag, 28. September, von 17 bis 18 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sovd-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Neues Angebot für barrierefreies und rollstuhlgerechtes Wohnen

Adira.de geht online

Wer als Mensch mit einer Behinderung eine barrierefreie Wohnung sucht, hatte es bislang nicht leicht: Das Angebot war unübersichtlich und nur schwer durchschaubar. Das ändert sich jetzt mit dem Start der Wohnungsplattform „Adira.de“ vom Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen (BVN), die auch tatkräftig vom SoVD unterstützt wird.

Adira.de – die erste Wohnungsplattform dieser Art bietet Rollstuhlfahrenden, aber auch Wohnungssuchenden mit anderen Behinderungsarten die Möglichkeit, gezielt nach barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen zu suchen. Vermieter*innen können auf dem Online-Portal ihre entsprechenden Angebote kostenlos einstellen.

Freigeschaltet wurde Adira.de von Olaf Lies, dem niedersächsischen Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz. Dabei betonte er die Einmaligkeit des Projektes: „Was die Initiatoren hier auf die Beine gestellt haben, bedient den Bedarf von Mietern, die barrierefreie Wohnungen suchen.“ Bislang seien Informationsangebote offensichtlich unzureichend und es fehle auch für Vermieter die Möglichkeit, ihre barrierefreien Wohnungen zu präsentieren.

Initiiert wurde Adira.de vom BVN zusammen mit Betroffenen, der Wohnungswirtschaft sowie mehreren engagierten Agenturen. „Jetzt ist es an der Angebotsseite, möglichst viele, am besten alle, barrierefreien und rollstuhlgerechten Wohnungen über Adira.de zu veröffentlichen“, machte BVN-Geschäftsführer Hans-Werner Lange deutlich. Nur so könne die Plattform zu einem Erfolg und Menschen



Foto: Hoffmann / BVN

Minister Olaf Lies betätigte den roten Buzzer und schaltete damit die Plattform Adira.de offiziell frei.

mit Behinderung die Suche nach Wohnraum erleichtert werden.

Bei der offiziellen Freigabe sagte auch Dirk Swinke, Geschäftsführer des SoVD in Niedersachsen, dem Projekt die aktive Unterstützung seines Verbandes zu, denn: „Die Plattform wird dazu beitragen, dass Barrierefreiheit immer selbstverständlicher wird. Nur das kann unser Ziel sein.“ Sandra Stein als Vertreterin der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Petra Wontorra, betonte, dass die Plattform eine entscheidende Lücke zwischen Angebot und Nachfrage schließt. Auch Matthias Herter verwies für Meravis darauf, dass die Plattform Barrierefreiheit in den Fokus rücke: „Wir haben bereits in den siebziger Jahren

begonnen, barrierefrei zu bauen. Diese Internetseite vernetzt uns jetzt mit denen, die diesen Wohnraum benötigen.“

Im Internet ist das Projekt unter www.adira.de zu finden. In dem Online-Portal finden Interessierte kostenlos rollstuhlgerechte und barrierefreie Wohnungen, die die entsprechenden Normen garantiert erfüllen. Dabei ist die Unterscheidung in barrierefrei und rollstuhlgerecht wichtig: Erstere Wohnungen sind für Menschen mit Behinderung ohne besondere Erschwernis und ohne fremde Hilfe nutzbar. Rollstuhlgerechte Räumlichkeiten müssen hingegen noch strengere Kriterien erfüllen, da sie auch mit einem Rollstuhl problemlos genutzt werden können müssen.

Ursula Tebelmann engagierte sich über 20 Jahre als 2. Vorsitzende

Abschied im Kreisvorstand Diepholz

Bei einer Sitzung des Kreisvorstands in Diepholz verabschiedete der 1. Kreisvorsitzende Bruno Hartwig seine langjährige Stellvertreterin Ursula Tebelmann aus dem Gremium. Sie war mehr als 20 Jahre lang Mitglied im Vorstand. Kurz nachdem Tebelmann im Februar 1986 Mitglied im SoVD wurde, übernahm sie Verantwortung: Noch im selben Jahr wurde sie im Ortsverband Sulingen stellvertretende Schriftführerin und engagierte sich ab 1988 im Kreisverband als 2. Vorsitzende. Mit einer kurzen Unterbrechung hat sie diese Funktion bis Juni 2021 ausgeübt – und das mit besonderem Engagement und der ihr eigenen Menschen verbindenden Art, wie Hartwig hervorhob. Er beleuchtete das verbandliche Wirken Tebelmanns und dankte ihr für ihren vorbildlichen Einsatz bei der Realisierung der verbandlichen Ziele. Auch hob

er die im Namen des Landesverbandes vor einiger Zeit vorgenommene Ehrung Tebelmanns für ihr 25-jähriges ehrenamtliches Engagement hervor.

Tebelmann bedauerte, dass sie sich aus gesundheitlichen Gründen habe entscheiden müssen, ihre Funktion aufzugeben. Dies sei ihr nicht leicht gefallen, denn sie habe die Aufgaben jederzeit gerne wahrgenommen. Auch die Arbeit mit den Vorstandskolleg*innen habe ihr viel Freude bereitet. „Mit dir verlieren wir eine herausragende Botschafterin für die Sache des SoVD. Das bedauern wir sehr, aber wir sind froh und dankbar, dass du uns so lange mit deiner Tatkraft, deinem Wissen und deiner sozialen Kompetenz unterstützt hast“, so Hartwig in seinen Schlussworten. Abschließend überreichte er Tebelmann neben einem Präsent des Kreisverbandes eine Ehrenurkunde des Landesverbandes.



Foto: Wiebke Wall

Rudy Dyk (links) und Bruno Hartwig verabschiedeten Ursula Tebelmann aus dem Kreisvorstand in Diepholz.

SOVD

Wie groß ist dein

**ARMUTS
SCHATTEN**

Immer mehr Menschen leben in Armut oder sind davon betroffen. Um etwas dagegen zu tun, muss die Politik endlich handeln. Mit unserer Kampagne weisen wir auf das Problem hin und machen die Gefährdung sichtbar. Denn: Betroffene brauchen dringend unsere Unterstützung.

www.armutsschatten.de

Eine gemeinsame Kampagne der SoVD-Landesverbände Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein





Die roten Figuren fielen auf und weckten bei Passant*innen das Interesse am Thema und an den Infos.

„Wie groß ist DEIN Armutsschatten?“ – SoVD-Kampagne geht weiter, nun auch vor Ort

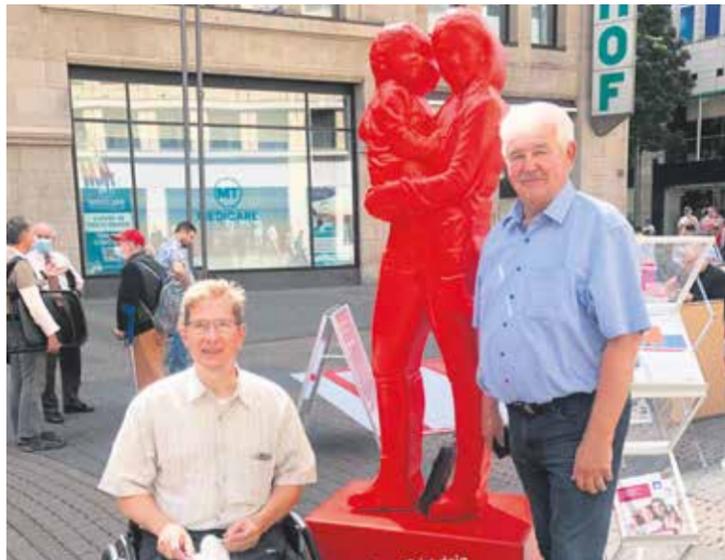
Aktionen in NRWs Städten

Die gesunkenen Corona-Inzidenzwerte und die steigende Impfquote haben es möglich gemacht: Der SoVD NRW war mit seiner Kampagne zum Thema Armutgefährdung und Altersarmut erstmals vor Ort, genauer gesagt in Köln, der größten Stadt in NRW. Er fragte: „Wie groß ist DEIN Armutsschatten?“

Seit dem 5. Mai informiert die gemeinsame Kampagne mehrerer SoVD-Landesverbände im Internet darüber, wie groß die Gefahr ist, in Armut abzurutschen und spätestens im Rentenalter auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen zu sein – etwa durch die Lücken in der Erwerbsbiografie, die dadurch entstanden sind, dass man krank, erwerbsgemindert oder arbeitslos geworden ist oder Berufsjahre geopfert hat, um die Kinder zu betreuen.

Armutsfalle vermeiden

Viele Wege führen eben leider nicht nur nach Rom, sondern auch in die Armutsfalle. Wie verschieden diese Wege sein können, zeigen die unterschiedlichen Biografien und Geschichten, um die sich die Kampagne spannt. Symbolisiert werden diese Geschichten durch große, rote Figuren, die einen langen



Dr. Michael Spörke und Franz Schrewe beim Aktionstag in Köln.

Armutsschatten werfen. Diese Figuren aus Styropor hatten mit dem Aktionstag in der Kölner Innenstadt nun endlich ihren ersten öffentlichen Auftritt in NRW, konnten angefasst und

fotografiert werden, boten Anlass, ins Gespräch zu kommen.

Weitere Aktionstage

„Kommen Sie vorbei! Wir informieren nicht nur zum Thema Armutgefährdung, wir bieten vor Ort auch kostenlose Beratung in sozialrechtlichen Fragen!“, ermuntert Landespressesprecher Matthias Veit. Das sind die nächsten Ortstermine – immer freitags, 14 bis 16.30 Uhr:

- Hamm: 3. September, Willy-Brandt-Platz/Hauptbahnhof.
- Gelsenkirchen: 10. September, Heinrich-König-Platz.
- Bielefeld: 17. September, Stresemann-/Bahnhofstraße.

Auf der Kampagnenseite www.armutsschatten.de und auf www.sovd-nrw.de hält der Landesverband seine Mitglieder auf dem Laufenden, falls er wegen der Corona-Entwicklung doch Veranstaltungen absagen muss.



„Ohne Worte!“ – Pantomime-Künstler Nemo bot in der Innenstadt seine eigene Interpretation des Phänomens Armutsschatten.

Stimmen zur Kampagne



Franz Schrewe,
1. Landesvorsitzender



Jens Eschmann,
Landesgeschäftsführer

„Wir müssen alles dafür tun, dass unsere Gesellschaft wieder enger zusammenrückt, statt sich weiter zu spalten. Da müssen die Themen Armut und Armutgefährdung viel mehr Aufmerksamkeit bekommen. Die gesetzliche Rente muss zu einem guten Leben reichen, gestärkt statt in ihrer Bedeutung relativiert werden. In wenigen Wochen haben wir Bundestagswahl – und auf bundespolitischer Ebene gibt es viele Stellschrauben, um sicherzustellen, dass Menschen nach jahrelanger Arbeit im Alter oder bei Erwerbsminderung nicht in der Grundsicherung landen, sondern auf eine auskömmliche Rente zusteuern.“

„Wir haben in den sozialen Medien sehr viel gute Vorarbeit geleistet, politische Forderungen kommuniziert, auf die Beratungsleistungen des SoVD hingewiesen, das Thema Armutgefährdung stärker sichtbar gemacht. Jetzt in die Städte gehen zu können, ansprechbar zu sein, aufzurütteln, sich mit den Menschen auszutauschen, das hat noch mal eine ganz andere Qualität – und wir sind froh, dass wichtige Kampagnen wie diese jetzt wieder möglich sind.“



Linda Malolepszy,
Referentin für Frauen- und Jugendpolitik

„Altersarmut ist nicht nur, aber zu einem beträchtlichen Teil weiblich. Die Betreuung der Kinder, die Pflege von Angehörigen – das schultern nach wie vor primär Frauen, und erst recht gilt dies für die Vergangenheit. Mini-Renten unterhalb des Grundsicherungsniveaus sind für Frauen daher der traurige Normalfall. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss besser werden, sonst wird sich am Armutsrisiko für Frauen nichts ändern. Selbstverständlich muss auch die Lage der Alleinerziehenden verbessert werden, gerade ihnen droht Armut nicht erst im Rentenalter.“



Dr. Michael Spörke,
Leiter der Abteilung
Sozialpolitik + Kommunales

„Gerade Menschen mit einer Behinderung sind aufgrund von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Viele Unternehmen stellen zu wenige Menschen mit Behinderungen ein, kaufen sich mit einer Ausgleichsabgabe einfach frei von ihrer Beschäftigungspflicht. Es gibt sogar zahlreiche Firmen und Betriebe, die stellen keinen einzigen Menschen mit Behinderung ein! Die Folgen dieser Benachteiligungen – unmittelbar und erst recht im Alter – sind erheblich. Die Politik hat die Möglichkeit und die Pflicht, an dieser Situation etwas zu ändern, indem sie gegenüber den Arbeitsgebern auf Erfüllung der Beschäftigungspflicht besteht.“



Persönliche Beratung vor Ort ist nun machbar, aber nicht immer nötig: hier das Team des SoVD-Beratungszentrums in Witten.

Kompetente Hilfe des SoVD NRW in vielen Fragen

Sozialberatung auch wieder vor Ort möglich

Der SoVD sorgt jeden Tag dafür, dass Menschen sich gut aufgehoben und beraten fühlen. Fast 100 Mitarbeitende in den 19 NRW-Beratungsstellen und der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf unterstützen Ratsuchende durch ihr Wissen, ihre Expertise und ihren Einsatz und verhelfen ihnen zu ihrem Recht. Falls gewünscht und erforderlich, berät der SoVD NRW jetzt auch wieder „live“.

Seit dem 1. Juli ist das inzwischen möglich. Sofern solch ein Termin im SoVD-Beratungszentrum notwendig erscheint, können Mitglieder ihn vorab telefonisch vereinbaren.

Der Landesverband freut sich, grundsätzlich wieder diese Möglichkeit anbieten zu können, sich vor Ort beraten und weiterhelfen zu lassen. Er betont aber auch noch einmal, dass er in vielen Fällen auch telefonisch oder per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen kann.

Die Aussichten, mit der Hilfe des SoVD zu seinem Recht zu kommen, mindert dies keinesfalls. In einer Vielzahl von Fällen ist es nicht zwingend erforderlich, sich dafür extra auf den Weg ins Beratungszentrum zu begeben.

Bei einem Ortstermin allerdings sorgt das Hygiene- und Schutzkonzept des SoVD dafür, dass Ratsuchende gesundheitlich nicht gefährdet sind und auch andere nicht gefährden. Die in den Sozialberatungszentren aushängenden Hygieneregeln müssen daher auf jeden Fall beachtet werden. Außerdem ist ein Nachweis nötig, dass die Person entweder vollständig geimpft oder von einer Corona-Infektion genesen ist. Man kann aber auch einen negativen Testnachweis aus einem Testlabor oder Testzentrum mitbringen, der nicht älter als 48 Stunden ist.

Fast 90.000 Menschen in NRW vertrauen dem SoVD.

SoVD NRW im Internet



Website: www.sovd-nrw.de

Facebook: www.facebook.com/SoVD.NRW

Twitter: @SoVD_NRW für Nutzer*innen des Dienstes; für Besucher*innen: https://twitter.com/SoVD_NRW

Unklare Regeln zur Barrierefreiheit von Wohnungen lehnt der Landesverband ab

Kritik an Landesbauordnung

Der SoVD-Landesverband übt scharfe Kritik an der Novelle der Landesbauordnung. Gemäß der dortigen Definition sind Wohnungen dann barrierefrei, wenn sie für alle Menschen, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, in der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar sind.

Der SoVD NRW sagt klipp und klar: Die am 30. Juni verabschiedete Novelle der Landesbauordnung wird dieser Definition von Barrierefreiheit und diesem Anspruch nicht gerecht! Stattdessen höhlt sie die verbindliche Definition von Barrierefreiheit in der Baupraxis weiter aus – trotz des breiten und anhaltenden Protestes vieler Verbände und Organisationen, inklusive der Architektenkammer NRW und der Behindertenbeauftragten der Landesregierung.

Wohnungen in Gebäuden der Gebäudeklassen 3 bis 5 müssen zukünftig nur noch „im erforderlichen Umfang“ barrierefrei sein.

Novelle senkt Standards und macht sie unklar

„Mit der Einführung des unbestimmten Rechtsbegriffs ‚erforderlicher Umfang‘ wird die eigentliche Aufgabe der Landesbauordnung zur Schaffung von möglichst sachgerechten und bestimmten Regelungen für Barrierefreiheit ad absurdum geführt“, erklärt Franz Schrewe, der Landesvorsitzende des SoVD NRW.

Den Standard „Barrierefreies Bauen“ im Wohnungsbau auf einen „erforderlichen Umfang“ rückzuführen, das ist nach Meinung des SoVD ein weiterer Schritt zur Absenkung dieses – für ein selbstbestimmtes Leben von behinderten Menschen so wichtigen – Standards.

Die Begründung zur Neufassung des Gesetzes macht auch



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock

Menschen mit Behinderungen finden kaum passenden Wohnraum.

gar keinen Hehl daraus, dass die Vorgaben für barrierefreien Wohnungsbau massiv ausgedünnt werden sollen. Es geht nur noch darum, „wesentliche Barrieren“ zu vermeiden.

Für alle, die eine barrierefreie Wohnung brauchen und suchen, aber auch für Bauherren und Architekt*innen vergrößere das die Unsicherheit, sagte Schrewe: „Woher sollen Bauherren und Architekten denn wissen, was ‚Barrierefreiheit im erforderlichen Umfang‘ bedeutet? Und eine Abstufung zwischen wesentlichen und weniger wesentlichen Barrieren wird der Lebensrealität von behinderten Menschen nicht gerecht, im Gegenteil: Was für den einen keine oder eine kleine, leicht zu überwindende Barriere ist, stellt für den Nächsten eine große Barriere dar.“

Wohnungssuchende stünden schon heute vor dem großen

Problem, dass allzu oft eine Wohnung als barrierefrei angepriesen werde, obwohl sie diesen Standard nicht im Geringsten erfülle.

Zu wenige wirklich barrierefreie Wohnungen

„Barrierefreier Wohnungsbau‘ ist oft nur eine Worthülse. Die nun beschlossene Änderung wird die Probleme wohnungssuchender behinderter Menschen leider noch vergrößern“, so der Landesvorsitzende.

Der SoVD NRW sagt: Eine Politik und eine Gesetzgebung, die die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen verbessern, sehen anders aus. Notwendig wären stattdessen rechtliche Rahmenbedingungen, damit künftig Wohnungen im Neubau generell gemäß der Definition von Barrierefreiheit gebaut werden.

Mithelfen, die Versorgung zu sichern – Bereitschaft besonders im Sommer gering

Blutspende kann Leben retten

Nicht nur bei Operationen gilt: Bluttransfusionen retten Menschenleben. Pro Tag brauchen Kliniken und Praxen deutschlandweit etwa 15.000 Konserven, rund 3.000 allein in NRW. Doch die Vorräte gehen aus. Vor allem im Sommer und erst recht in Corona-Zeiten ist die Spendenbereitschaft gering.

Der Weltblutspendetag am 14. Juni passte zum typischen „Sommerloch“ beim Blutspenden, das in der Corona-Krise umso größer ist. Noch weniger Menschen spenden. Dabei müssen derzeit viele pandemiebedingt verschobene Operationen nachgeholt werden, Blutkonserven sind dringend nötig. Die Flutkatastrophe hat den Mangel zusätzlich verschärft.

Mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit braucht jemand im Laufe seines Lebens selbst Blut. Doch nur rund drei Prozent



Foto: ctvvelve / Adobe Stock

Aktuell ist Blut besonders knapp.

der Deutschen spenden regelmäßig, obwohl ein Drittel die Voraussetzungen erfüllt.

Auch SoVD-Landesvorsitzender Franz Schrewe ist langjähriger Spender, das Thema liegt ihm am Herzen. Er wirbt dafür, die Termine in NRWs Städten und Dörfern wahrzunehmen – auch und gerade im Sommer und in der Krise. Spenden können Gesunde ab 18 Jahren bei Blutspendediensten und in vielen Kliniken. Möglichkeiten findet man auf www.blutspenden.de/blutspendedienste.

SoVD NRW unterstützt Aktion der Lebenshilfe zum Thema Inklusion in Geilenkirchen

Eine Bank gegen Ausgrenzung

In Geilenkirchen werden immer mehr „Bänke gegen Ausgrenzung“ aufgestellt. Zu den Sponsoren einer solchen besonderen Bank, die einen praktischen, aber vor allem einen symbolischen Nutzen hat und zum Nachdenken einlädt, ist der traditionsreiche Sozialverband SoVD NRW.

Damit unterstützt er die Arbeit der Lebenshilfe im Kreis Heinsberg, die auf Barrieren und Diskriminierung aufmerksam machen will.

Eine der Bänke wurde Anfang Juli in der Haihover Straße symbolisch übergeben – die „SoVD-Bank“ steht derweil vor dem Bürgertreff. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld (parteilos) und Geilenkirchens Behindertenbeauftragter Heinz Pütz hatten gemeinsam mit Sponsoren zu dem Pressetermin eingeladen. Pütz, der selbst im SoVD NRW aktiv ist, hatte sich bei „seinem“ Verband für das Projekt eingesetzt, auch um den SoVD im Kreis Heinsberg noch bekannter zu machen.

„Wir stehen voll und ganz hinter dieser gelungenen Aktion der Lebenshilfe“, erklärte Klaus Domhan, stellvertretender Landesgeschäftsführer des SoVD NRW, bei der Übergabe in Geilenkirchen, „denn auch wir setzen uns seit unserer Gründung vor über 100 Jahren gegen Ausgrenzung und für die Teilhaberechte aller ein, insbesondere der Menschen mit Behinderung.“

Die Bänke fertigen Menschen mit psychischer Behinderung in der Schreinerei „DeinWerk“, deren Trägerin die Lebenshilfe ist. Sie haben eine lange Rückenlehne, aber nur eine kurze Sitz-

auflage. Ihre klare Botschaft: „Nicht alle können hier Platz nehmen.“ So symbolisieren sie die Kluft zwischen dem theoretischen Recht auf Teilhabe und den Mängeln, die zwölf Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention auch in NRW immer noch bestehen. Über 100 Stück wurden schon produziert und aufgestellt, um Orte zu schaffen, an denen Menschen über Teilhabe, Diskriminierung und den Abbau von Barrieren sprechen und die Politik zum Handeln zwingen.

„Ich freue mich sehr, dass in meiner Heimatstadt Geilenkirchen schon sieben Bänke gegen Ausgrenzung aufgestellt wurden“, freute sich Pütz. Er hoffe zudem, dass mehr Menschen auf den SoVD aufmerksam werden, der sich nicht nur gegen Ausgrenzung starkmache, sondern in sozialrechtlichen Fragen auch juristische Hilfe und Beratung biete. Interessierte aus dem Kreis Heinsberg können sich ans Sozialberatungszentrum Köln wenden, Tel.: 0221 / 512402, E-Mail: koeln@sovd-nrw.de.



Foto: Michael Kleinen / Lebenshilfe Heinsberg

V. li.: Klaus Meier, Vorsitzender der Lebenshilfe Heinsberg, Heinz Pütz, Behindertenbeauftragter der Stadt Geilenkirchen und SoVD-Landesvorstandsmitglied, Klaus Domhan, stellvertretender SoVD-Landesgeschäftsführer, und Daniela Ritzerfeld, Bürgermeisterin.



Engagiert: Der SoVD NRW gratuliert und dankt Gaby Helbig.

Gabriele Helbig zum 70. Geburtstag

Den Landesverband seit Jahrzehnten geprägt

Am 19. August feierte Gabriele Helbig aus Dorsten ihren 70. Geburtstag. Wie kaum eine andere Funktionärin im Landesverband Nordrhein-Westfalen ist sie seit mehr als 40 Jahren ehrenamtlich in vielfältigen Ämtern für den SoVD aktiv.

Angefangen hat alles mit der damaligen Integ-Jugend im Reichsbund. Gaby Helbig leitete 1980 die Jugendgruppe in Dorsten, wurde später Landesjugendvorsitzende und vertrat von 1999 bis 2011 die Interessen der Verbandsjugend im Landesvorstand. Auf Bundesebene wirkte sie bei der Weiterentwicklung der Jugendarbeit mit.

Ebenfalls schon Jahrzehnte gehört sie dem SoVD-Kreisvorstand Recklinghausen an, seit 1998 ist sie 1. Kreisvorsitzende. Im Landesvorstand engagierte sich Helbig auch in der Frauenarbeit und war von 2011 bis 2015 Landesfrauensprecherin und in dieser Zeit auch Mitglied im Bundesfrauenausschuss in Berlin.

Auch mit ihrer Behinderung und trotz gesundheitlicher Einschränkungen hat Gabriele Helbig in all den Jahren und noch bis heute den Verband gelebt, gestaltet und geprägt. Wenn jemand mit Fug und Recht sagen kann: „Der Sozialverband ist mein Lebenswerk!“, dann sie. Der Landesverband schließt sich den zahlreichen Glückwünschen, die die Jubilarin zu ihrem Ehrentag erhalten hat, herzlich an.

Moselfahrt des Ortsverbandes Waltrop unter Corona-Bedingungen

Gemeinschaft in Gruppe erleben

Neben der Sozialberatung und der Interessenvertretung ist auch das Verbandsleben eine wichtige Säule des SoVD. Doch gesellige Veranstaltungen der Gliederungen mussten wegen der Pandemie lange Zeit ruhen. Im Sommer war nun etwa im Ortsverband Waltrop endlich wieder eine Reise möglich.

So verbrachte eine Reisegruppe aus dem SoVD Waltrop im Juni „sechs herrliche Tage in Gemeinschaft“, freute sich der 1. Vorsitzende Reiner Koritnik.

Zu den Höhepunkten zählten eine Schiffstour auf dem Rhein und ein Ausflug mit dem Reisebus nach Ellenz-Poltersdorf an der Mosel. Der größte Teil

der Gruppe war bereits doppelt gegen das Coronavirus geimpft, die wenigen anderen hatten selbstverständlich einen gültigen Test dabei.



Fröhliche Teilnehmende aus Waltrop waren zusammen an der sonnigen Mosel unterwegs.

Nachruf

Der Ortsverband Rüttenscheid (Kreisverband Essen) trauert um seine Ehrevorsitzende

Anita Sweekhorst.

Sie war Schriftführerin, zweite Vorsitzende und später, als ihr Mann starb, auch 1. Vorsitzende im Ortsverband Frohnhausen, der inzwischen zum Ortsverband Rüttenscheid gehört.

Auf Kreisverbandsebene engagierte sie sich 16 Jahre lang als Kreisfrauensprecherin. Vom Spielenachmittag über Vorträge vor Ort bis zum SoVD-Stand beim Seniorentag – Anita Sweekhorst war stets mit Eifer dabei.

Für all diese Verdienste sollte sie bei der Bundesverbandstagung im November 2019 geehrt werden. Da sie diesen Termin aus gesundheitlichen Gründen nicht wahrnehmen konnte, wurde die Ehrung im Kreisverband Essen wenige Monate später nachgeholt. Die Ehrenmedaille und Ehrenurkunde nahm sie damals dankend und mit Freude entgegen.

Nun muss der SoVD in Trauer und Dankbarkeit Abschied von dieser engagierten Frau und Mitstreiterin nehmen.



Anita Sweekhorst

Nachruf

Der Kreisverband Bochum-Hattingen des SoVD NRW trauert um

Annelore Michners.

Sie war die Frau des Ortsverbandsvorsitzenden in Bochum-Hordel, Franz Michners, und hatte im Laufe der Zeit selbst verschiedene Ämter im SoVD inne; etwa als Frauensprecherin im Ortsverband, aber auch auf Kreisverbandsebene als Revisorin.

Annelore Michners starb am 13. Mai im Alter von 73 Jahren. Ihre liebenswerte Art, ihre große Hilfsbereitschaft und ihr Sinn für Humor werden uns fehlen. Wir werden Ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Kreisvorstand



Aktuelles Urteil

Corona-Quarantäne heißt nicht gleich „arbeitsunfähig“ – auch an Urlaubstagen

Hat eine Arbeitnehmerin für einen bestimmten Zeitraum Erholungsurlaub genehmigt bekommen, aber steckt sie sich dann mit dem Coronavirus an und fällt die behördlich angeordnete Quarantäne genau in diesen Urlaub, so kann die betroffene Person anschließend nicht gegen den Arbeitgeber durchsetzen, diejenigen Urlaubstage nachzugewähren, die auf dieselben Tage fielen wie die Tage der Quarantäne.

Das sei laut Bonner Arbeitsgericht nur möglich bei einer Erkrankung, für die ein ärztliches Attest die Arbeitsunfähigkeit bescheinigt. Lege die Arbeitnehmerin so ein Attest nicht vor, könne sie auch keine „Nachgewährung“ durchsetzen.

Eine Erkrankung mit dem Coronavirus führe „nicht zwingend und unmittelbar zu einer Arbeitsunfähigkeit“ (ArG Bonn, Az.: 2 Ca 504/21). *wb*

Re.: Wer positiv getestet, aber nicht krank ist, könnte zu Hause arbeiten oder dort „urlaube“.

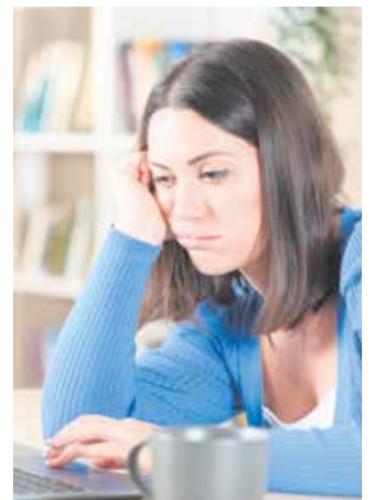


Foto: PheelingsMedia / Adobe Stock

5 Termine



Foto: Wellnhofer Design / AdobeStock

3. September, 14–16.30 Uhr: Aktionstag zur SoVD-Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ in Hamm, Willy-Brandt-Platz / Hauptbahnhof.

10. September, 14–16.30 Uhr: Aktionstag in Gelsenkirchen, Heinrich-König-Platz.

17. September, 14–16.30 Uhr: Aktionstag in Bielefeld, Stresemannstraße / Bahnhofstraße.

Wegen der Corona-Pandemie kann der SoVD NRW weitere Veranstaltungen, zum Beispiel Mitgliederversammlungen, nur unter Vorbehalt anbieten. Bitte erkundigen Sie sich im Zweifel telefonisch, online oder per E-Mail bei Ihrem Kreis- oder Ortsverband, ob – oder unter welchen Bedingungen – dort aktuell Termine stattfinden!

Sozialberatung



Foto: pictworks / AdobeStock

Seit dem 1. Juli sind wieder persönliche Beratungen vor Ort in den SoVD-Beratungszentren möglich. Mitglieder können hierfür telefonisch Termine vereinbaren, sofern dies notwendig erscheint. Doch in vielen Fällen kann der SoVD NRW weiterhin auch telefonisch und per E-Mail beraten und konkret weiterhelfen!

Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30. Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren. Es gibt auch einen Flyer mit den Geschäftsstellen. Als PDF kann man ihn über die SoVD-Homepage herunterladen.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!



Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im September sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.



Foto: Smileus / AdobeStock

KV Bergisches Land: Gerda Eckerth (90).

KV Bielefeld: Lothar Treumann (90), Ilse Grebe (91), Irmgard Flöring (92), Herbert Georg (94), Bruno Vogt (94), Anne Poestges (97), Leni Wolff (97).

KV Bochum-Hattingen: Edelgard Habig (91), Doris Neuhaus (91), Hannelore Meier (92), Ingrid Tuttas (93), Ruth Wölm (93), Herbert Fronzek (94).

KV Dortmund-Lünen: Oswald Fröhlich (90), Friedrich Grün (90), Gerda Schuppenhauer (90), Werner Sombrowski (90), Gertrud Dankschat (91), Savas Loukidis (91), Waltraut Conrad (92), Fritz Plesdenat (92).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Erich Meurer (90), Else Läufer (91), Hans Jöckel (92), Hannelore Beeckmann (93), Alfred Lechte (96).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Erich Finger (94).

KV Gütersloh: Gisela Hölscher (90), Josef Hammwöhner (92).

KV Hamm-Unna-Münster: Ruth Zeipert (90), Eva Zimmer (90), Gerhard Kunze (91), Hannelore Weissenberg (91), Hedwig König (93), Lony Pohl (94), Marianne Wilms (94), Hildegard Richter (95).

KV Herford: Hans-Joachim Müller (90), Lydia Frecksmeier (92), Ursula Schindler (92), Irmgard Uthoff (92).

KV Iserlohn-Hagen: Egon Ludwig (98).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Erika Maubach (98).

KV Lippe: Charlotte Begemei-

er (95).

KV Lübbecke: Erna Bruns (90), Josef Halbe (90), Wilma Hartmann (90), Werner Koors (90), Günter Möller (90), Helmut Schwittay (90), Lisa Wehrmann (90), Günter Wiegmann (90), Inge Grabowski (91), Heinrich Hüllhorst (91), Gerhard Steinkamp (91), Anneliese Weber (91), Luise Büttemeier (92), Gerhard Cording (92), Martha Drees (92), Irmgard Peters (92), Margarete Theobald (92), Herta Pirschel (94), Wilhelm Möllering (95), Edith Tegtmeier (96), Wilhelm Horstmann (96), Gisela Zumkehr (96), Paul Bohlmann (98), Herta Meier (98), Werner Schwarze (98).

KV Märkischer Kreis: Karla Müller (92), Günter Schröder (93).

KV Minden: Lieselotte Knapp-

meier (91), Herbert Vorhölter (91), Alfred Gerigk (92), Helga Illgen (92), Hannelore Klöpfer (92), Erhard Koß (96).

KV Mönchengladbach: Rosemarie Quest (91).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Maria Napieralla (90), Elisabeth Wesseling (91), Regina Helmes (92), Reinhold Kübber (92), Hans Chojnacka (94), Hildegard Lipsch (95), Bernhard Hengstermann (99).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Lieselotte Höffer (93), Franz Krusch (93), Alfred Gelleszun (94), Maria Wittkowski (95).

KV Siegen-Olpe-Wittgenstein: Erna Pfaff (90), Johanna Häner (95), Irmgard Strähler (96).

KV Westfalen-Ost: Artur Wolf (90), Dietmar Platz (91), Waltraud Vater (97).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Cordula Schaad (Essen), Ulf Busen (Gelsenkirchen-Bottrop), Ehrentraud Weber, Karl-Heinz Michel (Hamm-Unna-Münster), Reinhold Nebel (Lippe), Wilhelm Kramer (Lübbecke), Karl Heinz Godo, Franz Vogel (Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen), Wilhelm Kohlmeier (Minden), Felix Höing (Recklinghausen / Borken / Bocholt).

45 Jahre: Rudi Kapahnke, Wolfgang Seyser, Bertram Wilhelm (Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein), Klaus Dieter Zewald (Witten).

50 Jahre: Wilfried Niemeyer (Lübbecke), Erna Wehmeier (Minden).

60 Jahre: Heinrich Constapel (Hamm-Unna-Münster).

65 Jahre: Heinz Fuhrmann (Gelsenkirchen-Bottrop).

75 Jahre: Kurt Gerlich (Düsseldorf).

Treffen des SoVD-Landesverbandes mit der Generaldirektion Nord

Inhaltlich nah beieinander

„Inhaltlich sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt. Nur unsere Rollen sind unterschiedlich“, resümiert SoVD-Landeschef Alfred Bornhalm nach dem Gespräch mit der Vorsitzenden der Geschäftsführung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord, Margit Haupt-Koopmann.

Gemeinsames Ziel ist, Menschen, die erwerbslos sind, wieder neue berufliche Perspektiven zu geben. Dies betrifft aus SoVD-Sicht insbesondere Menschen mit Behinderungen und junge Menschen, die vor dem Schulabschluss stehen. „Für diese beiden Zielgruppen haben wir spezielle Förderprogramme. Zeugnis dafür ist auch unser

neuer Aktionsplan Inklusion, der zentrale Handlungsfelder identifiziert, anhand derer wir Inklusion in der Bundesagentur für Arbeit und am Arbeitsmarkt gemeinsam bewegen wollen“, sagt Haupt-Koopmann. Die Regionaldirektion Nord mit ihren 10.000 Mitarbeiter*innen in den Arbeitsagenturen und Jobcentern in Schleswig-Holstein,

Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern bietet monatlich eine sehr umfassende Berichterstattung über den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt auch für Schleswig-Holstein. Diese und viele weitere Informationen sind zu finden unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de>. In dem Gespräch, an dem auch SoVD-Landesgeschäftsführer Sönke Lintzen und Volker Lenke als Stabsleiter für den Bereich „Politik, Arbeitsmarktberichterstattung und Netzwerke“ der Regionaldirektion Nord teilnahmen, stellten beide Seiten fest, dass sie noch eine Gemeinsamkeit eint: die Schwerbehindertenquote liegt bei beiden Organisationen bei rund 10 Prozent. Alfred Bornhalm konnte zudem vermelden, dass der SoVD wieder ab dem neuen Ausbildungsjahr ausbildet. „Von diesen Betrieben brauchen wir mehr“, freute und mahnte zugleich Haupt-Koopmann zum Ende des Gedankenaustausches, der in regelmäßigen Abständen fortgesetzt wird.



Foto: Agnes Wiese

Agnes Wiese berät Ratsuchende zum Thema gesetzliche Rentenversicherung. Die neuen Regelungen hat sie auch selbst genutzt.

Volle Frührente und Wiederbeschäftigung

2021 mehr Zuverdienst

Um die gesellschaftlichen und persönlichen Auswirkungen von Corona abzumildern, hat die Bundesregierung für 2021 einige Sonderregelungen beschlossen. Darunter fällt auch die Hinzuverdienstgrenze bei vorgezogener Altersrente.

In diesem Jahr gilt eine erhöhte Hinzuverdienstgrenze bei vorgezogenen Altersrenten. Statt der üblichen 6.300 Euro können Rentnerinnen und Rentner bis zum Jahresende bis zu 46.060 Euro verdienen, ohne dass die gesetzliche Altersrente gekürzt wird.

Bei vorgezogenen Altersrenten handelt es sich um Zahlungen, die schon vor dem Erreichen der Regelaltersrente bezogen werden können. Dazu zählen unter anderem die Altersrente für besonders langjährig Versicherte (bei mindestens 45 Versicherungsjahren) oder die Altersrente für schwerbehinderte Menschen.

Die Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze soll Personalengpässen entgegenwirken, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind. Ab 2022 gilt voraussichtlich wieder die ursprüngliche Hinzuverdienstgrenze von 6.300 Euro pro Kalenderjahr.

Auch beim SoVD wird diese Regelung genutzt, zum Beispiel von Agnes Wiese im Sozialberatungszentrum des Kreises Dithmarschen in Heide. Sie ist seit Juli 2007 dort beschäftigt. Zu ihren Aufgaben zählen alle Anträge der gesetzlichen Rentenversicherung, des Schwerbehindertenrechts und der Pflegeversicherung. Außerdem betreut sie seit dem 1. Juli 2019 die Außensprechstunde in St. Michaelisdonn. Agnes Wiese hat ihre Rente für besonders langjährig Versicherte rückwirkend zum 1. Januar 2021 beantragt. Ihre Vollbeschäftigung setzt sie parallel bis zum Eintritt ihrer Regelaltersrente Ende 2021 fort.

Die Sozialberatungsstellen des SoVD geben ihren Mitgliedern zu dem Thema gerne weitere Auskunft und Hilfe.



Margit Haupt-Koopmann von der Arbeitsagentur und der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm.

Die Bürgerbeauftragte und der SoVD im regelmäßigen Austausch

In die Menschen investieren

Zu den regelmäßigen Treffen, die der Landesverband mit Parteien, Institutionen und Verbänden pflegt, gehört auch der Austausch mit der Bürgerbeauftragten des Landes. Diesmal ging es um die Themen Grundsicherung, Hartz IV und Mindestlohn.

„Auch wenn es vieles zu kritisieren gibt, hat die Corona-Pandemie auch gezeigt, dass wir einen handlungsfähigen Staat haben“, sind sich Schleswig-Holsteins Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni und SoVD-Landeschef Alfred Bornhalm bei ihrem Gedankenaustausch einig. „Jetzt gilt es, nicht mehr nur in Strukturen sondern in die Menschen zu investieren“, sagen El Samadoni und Bornhalm weiter.

Dazu gehört eine Grundsicherung für Kinder, die Erhöhung des Mindestlohns und die Forderung zur Bundestagswahl, das gesellschaftliche Stigma „Hartz IV“ zu überwinden.

Unter <https://www.landtag.ltsh.de/beauftragte/bb/> gibt es Infos über Arbeit und Aufgaben der Bürgerbeauftragten.



Die Bürgerbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Samiah El Samadoni, und der SoVD-Landesvorsitzende Alfred Bornhalm bei ihrem letzten Treffen in der Landesgeschäftsstelle.

Sozialberatung in Kiel

Zum Umzug der Landesgeschäftsstelle des SoVD noch ein Hinweis in eigener Sache: Die eigentliche Sozialberatung des Kieler Kreisverbandes ist nun für Sie am Dreiecksplatz in der Preußnerstraße 1–9, zu erreichen. Erst wenn es im Sozialrecht ins Klageverfahren geht, kommt die Abteilung Rechtsschutz zum Einsatz – diese Kolleginnen und Kollegen arbeiten mittlerweile an der neuen Adresse in Kiel-Wellsee, in der Maria-Merian-Straße 7.

Wenn Sie also in Kiel leben und grundsätzliche Fragen zur Rente, dem Schwerbehindertenausweis oder einem anderen sozialrechtlichen Problem haben, wenden Sie sich bitte zunächst an die Kolleginnen und Kollegen am Dreiecksplatz.



Personalien



Elke Vollert und ihr „Nachfolger“ Dominique Weber.

Elke Vollert begibt im August ihr 45-jähriges Dienstjubiläum beim SoVD Schleswig-Holstein. Ihren ersten Arbeitstag als neue Auszubildende absolvierte sie am 1. August 1976.

Zu dieser Zeit war Dominique Weber noch gar nicht geboren. Der 20-jährige Preetzer hat vor einem Monat seine Ausbildung zum Kaufmann für Büromanagement im Landesverband begonnen.

Wir gratulieren Elke Vollert ganz herzlich zu ihrem Jubiläum und sind sehr glücklich darüber, sie noch ein paar Jahre als beliebte Kollegin an unserer Seite zu wissen. Außerdem wünschen wir Dominique Weber für seinen Start beim SoVD alles Gute und freuen uns auf die nächsten drei Jahre mit ihm.

Veronika Kraushaar hat bereits im April ihr 25-jähriges Dienstjubiläum für den Sozialverband Schleswig-Holstein gefeiert. Bis zum Umzug in die neue Kieler Landesgeschäftsstelle war sie als Mitarbeiterin im Bezirksrechtsschutz Lübeck tätig.

Jetzt, nach 25 Jahren im Verband, wird sie in einer neuen Rolle für den SoVD arbeiten – als Sozialberaterin in der Geschäftsstelle Eutin. Dort wird sie unseren Mitgliedern bei Fragen zu Rente, Schwerbehindertenausweis und anderen Themen tatkräftig zur Seite stehen.

Wir gratulieren Veronika Kraushaar ganz herzlich zum Jubiläum und hoffen, dass sie noch lange Zeit in der „größten Familie des Nordens“ tätig ist.



Aktuelles Urteil

Mieterhöhung: Der Zeitpunkt der ursprünglichen Ankündigung ist entscheidend

Wird in einem Rechtsstreit um eine Mieterhöhung später die ortsübliche Vergleichsmiete ermittelt, so ist der Zeitpunkt der ursprünglichen Ankündigung der Erhöhung maßgeblich. Von der Zustellung des „Erhöhungsverlangens“ an wird unter anderem die gesetzliche vierjährige Frist berechnet, vor dessen Ablauf der Vermieter weder die Zustimmung des Mieters zur Mieterhöhung noch sonst eine Äußerung des Mieters zum Erhöhungsverlangen einfordern kann (BGH, VIII ZR 22/20). *wb*



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Bad Oldesloe

Erste Ausfahrt nach der Corona-Pause im Ortsverband Bad Oldesloe: Unter Einhaltung der aktuellen Hygieneregeln starteten die 27 Teilnehmenden in einem Bus mit 53 Sitzplätzen nach Grömitz. Die Freude unter den Mitfahrenden war nach 14 Monaten Pandemie riesig. „Das war toll und hat richtig Spaß gemacht“, so die einhellige Meinung nach der Rückkehr.

Ortsverband Gleschendorf

65 Jahre SoVD besteht der SoVD in Gleschendorf. Gegrün-

det wurde der Ortsverband in Ostholstein am 21. April 1956, den Vorsitz führte damals Werner Lindemann. Durch Corona konnte das Jubiläum leider nicht in der Art und Weise gefeiert werden, wie es sich der aktuelle Vorstand gewünscht hätte.

Ortsverband Siek / Brunsbek

Mit Unterstützung der Bürgermeister Andreas Bitzer (Siek) und Olaf Beber (Brunsbek) bot der Ortsverband Siek/Brunsbek seinen Mitgliedern an, bei

Fortsetzung auf Seite 13

Der SoVD-Ortsverband auf Sylt besteht seit 75 Jahren

Gutscheine statt Feier

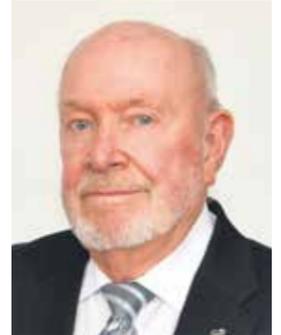
Das Jubiläum zum 75-jährigen Bestehen war anders geplant, doch aufgrund von Corona konnte der SoVD-Ortsverband Sylt keine große Feier organisieren. Vorsitzender Egon Meetz fand eine alternative Lösung, um das Ereignis zu würdigen.

Am 13. Juni 1947 lud Karl Pickler zur Gründungsversammlung der Ortsgruppe Sylt auf. Damals wurden sogar vier Ortsverbände ins Leben gerufen: Westerland, Keitum, Hörnum und List. Mittlerweile sind die rund 920 Mitglieder in einem Verband zusammengefasst.

Statt großer Jubiläumsfeier gab es coronabedingt eine kleine Geste: „Wir haben allen Mitgliedern einen Gutschein geschenkt, um etwas Freude in dieser doch so bedrückenden

Zeit zu bereiten“, so Egon Meetz, der seit 2010 als Vorsitzender die Geschicke des SoVD auf Sylt leitet.

Jetzt hofft man auf der Insel, dass persönliche Begegnungen bald wieder unkomplizierter möglich sind. Egon Meetz: „Der Ortsverband Sylt wird weiterhin an der in der Satzung festgeschriebenen Unabhängigkeit von Religion und Parteien festhalten und die Ziele des SoVD dabei nie aus den Augen verlieren.“



Egon Meetz,
1. Vorsitzender des
Ortsverbandes Sylt

Kreisverband Pinneberg unterstützt Hospiz- und Palliativangebote

Willkommene Spenden

Mit einer Spende von jeweils 500 Euro hilft der SoVD-Kreisverband Pinneberg zwei wichtigen Einrichtungen auf dem Gebiet der Hospiz- und Palliativversorgung. In einer kleinen Feierstunde überreichte die Kreisvorsitzende Siegrid Tenor-Alschausky die Spendenschecks.

Freuen konnten sich das Johannis-Hospiz in Elmshorn sowie die Koordination für spezielle ambulante Palliativversorgung (SAPV) Pinneberg.

Beide Organisationen hatten bereits Anfang 2020 auf einem Seminar des SoVD-Kreisverbandes über ihre wichtige Arbeit berichtet. Aus diesem ersten Kontakt erfolgte der Entschluss des Kreisvorstandes, die Einrichtungen mit einer Spende zu unterstützen.

Siegrid Tenor-Alschausky betonte bei der Scheckübergabe auch die Gemeinsamkeiten aller drei Organisationen: „Wir alle setzen uns für eine möglichst weitgehende Selbstbestimmung ein. Deswegen freuen wir uns, dass wir mit unserer Spende etwas Gutes tun können.“



Doreen Welack (links), Leiterin des Johannis-Hospizes, und Ta-bea Herrmann (rechts) vom SAPV Pinneberg freuen sich über die Spende vom SoVD-Kreisverband. Die Vorsitzende Siegrid Tenor-Alschausky (Mitte) ihnen überreichte.



Ortsverband Bad Oldesloe



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Flensburg 1

Fortsetzung von Seite 12
der Installation der Luca-App zu helfen. Von 114 Mitgliedern nahmen knapp 30 das Angebot wahr – zur großen Zufriedenheit des Vorsitzenden Daniel Jepp.

Ortsverband Flensburg

Im Ortsverband Flensburg nutzte der Vorstand die erste Präsenzveranstaltung in diesem Jahr zur Ehrung langjähriger Mitglieder. Die Revisorin Brigitte Beyer (auf dem Foto 1, links) erhielt für 25 Jahre Mitarbeit von Rita Lorenzen Blumen sowie ein Präsent, ebenso wie Maren Rasmussen (auf dem Foto 2). Die Sprecherin der Revisoren ist ebenfalls seit 25 Jahren dabei und freute sich sehr über die kleine Aufmerksamkeit, die ihr Vorsitzender Hartmut Seigis überreichte.

Ortsverband Schönkirchen

Nach langer coronabedingter Pause konnte der Ortsverband Schönkirchen seinen Mitgliedern und Gästen wieder ein Frühstück anbieten. 32 Teilnehmer*innen ließen sich das Frühstück schmecken und nutzten die Gelegenheit zu einem Plausch. Zukünftig möchte der Ortsverband sein Treffen wieder jeden Monat anbieten.

Ortsverband Kiel-Hassee-Russee

70 Jahre Mitgliedschaft im Sozialverband, solch eine Ehrung gibt es auch im Kieler Ortsverband Hassee-Russee nicht alle Tage. Als Karl-Heinz Scheidler nach dem Krieg aus der Gefangenschaft kam, wandte er sich an den damaligen Reichsbund. Der Verband half ihm bei der Einstufung als „Schwerbeschädigter“ – und in Verbundenheit blieb Karl-Heinz Scheidler dem SoVD treu. Jetzt hat der ehemalige Konstrukteur seine Urkunde erhalten, was ihn sehr gefreut hat.

Ortsverband Kiel-Suchsdorf

Im Mai wurde Gertrud Steen-



Ortsverband Flensburg 2

bock aus dem Ortsverband Kiel-Suchsdorf 95 Jahre alt. Zu ihrem Geburtstag überreichte der Vorsitzende Wilfrid Maringer aber nicht nur Geburtstagsgrüße, sondern überraschte sie auch mit einer Ehrenurkunde für ganz besondere ehrenamtliche Leistungen. „Mit ihrem Einsatz und Engagement ist sie uns allen ein Vorbild und trägt im besonderen Maße zur Förderung des Zusammenhalts in unserer Gemeinschaft bei“, würdigt Maringer ihre Arbeit im Ortsverband.

Ortsverband Meldorf-Geest

Gratulation an Ilse und Otto Meier aus Nindorf. Anlässlich der diamantenen Hochzeit überreichten Edeltraut Köhne und Petra Panier vom Ortsverband Meldorf-Geest dem Ehepaar ein Schmuckblatt. Die Meiers sind bereits seit 25 Jahren Mitglied im SoVD und freuten sich sehr über den Besuch.

Ortsverband Preetz

Positive Bilanz im Ortsverband Preetz: Der Vorstand hatte seinen Mitgliedern Hilfe bei der Buchung von Impfterminen und einen Fahrdienst zu den Impfzentren angeboten. Das Angebot richtete sich insbesondere an alleinstehende Personen, die Probleme mit der Buchung von Impfterminen hatten. Seit März nutzten mehr als 100 Mitglieder



Ortsverband Kiel-Suchsdorf

diesen Service. Mehr als 60 Personen nahmen die Möglichkeit wahr, sich zu den Impfzentren Schönberg und Plön fahren zu lassen – inklusive Abholung vor der Haustür. „Die Mitglieder haben unser Angebot mit Freude und Dankbarkeit angenommen. Es war schön, in so viele glückliche Gesichter zu sehen“, so der Vorsitzende Kurt Heese (auf dem Foto, re), der die Aktion mit seinen Stellvertretern Bernd Mohr und Ove von Dohlen (auf dem Foto, li.) initiiert hatte.

Ortsverband Schenefeld

Für den Übergang von der Kita in die Schule gab es vom SoVD Präsente. Der Ortsverband Schenefeld hatte den Kindern über die Erzieherinnen einige



Ortsverband Schönkirchen



Ortsverband Meldorf-Geest



Ortsverband Schenefeld

Geschenke zum Abschied aus dem Kindergarten zukommen lassen – Luftballons, Basecaps und ein paar Süßigkeiten waren

auch dabei. Für die Eltern gab es zudem ein kurzes Anschreiben zur Bedeutung von Inklusion im Schulbetrieb.



Ortsverband Preetz



Ortsverband Kiel-Hassee-Russee

Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 Mitstreiter*innen. Für das Jahr 2021 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft.
Werden Sie Mitglied!**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

Die Gewinner*innen im Monat August sind:

- Brigitte Kohn (Kreisverband Ostholstein),
- Ellen Ibing (Kreisverband Pinneberg),
- Jürgen Marthiensen (Kreisverband Plön),
- Inga Götttsche (Kreisverband Rendsburg-Eckernförde),
- Holger Löffler (Kreisverband Segeberg),
- Petra Von Deesten (Kreisverband Schleswig-Flensburg),
- Ulf Lebang (Kreisverband Steinburg).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:

Ernst-August Fürst, Gisela Struck, Anke Hansen, Manuela Fick, Christa Möller, Petra Panier, Gerda Grahn, Heinz Martin Bock, Renate Rickers, Dieter Nissen, Hans-Werner Mußfeldt, Hans-Otto Umlandt, Anke Hansen, Dirk Meißner, Maren Weber, Helma Mußfeldt, Holger Büll.

Der Landesvorstand dankt allen Werberinnen und Werbern herzlich für ihren Einsatz. Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken.



Besuchen Sie uns
auch im Internet

www.sovd-sh.de

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben:

Walter Rigwalski

langjähriger stellvertretender Schriftführer,
Ortsverband Lauenburg / Kreisverband Herzogtum Lauenburg,

Hannelore Christiansen

ehemalige langjährige Schriftführerin,
Ortsverband Achtrup / Kreisverband Nordfriesland.

Wir werden den verstorbenen Mitgliedern immer ein ehrendes Gedenken bewahren.



Interview

„Der SoVD ist eine große Familie“

Rund 20 Jahre lang hat Peter Levenhagen den SoVD in Ahrensburg als Vorsitzender geleitet. In dieser Zeit haben sich die Mitgliederzahlen mehr als verdoppelt – von rund 300 auf über 700. Mittlerweile hat er den Vorsitz abgegeben, wir haben mit ihm über diese bewegende Zeit gesprochen.

__Herr Levenhagen, was war Ihr Antrieb für 20 Jahre Ehrenamt?

Mir war immer wichtig, dass wir hier in Ahrensburg vor Ort etwas für die älteren Leute tun. Viele Menschen sind im Alter einsam, deswegen haben wir immer großen Wert auf unsere Veranstaltungen gelegt. Auch unsere Reisen sind in Ahrensburg immer sehr gut angekommen.

Und natürlich hat mir das Spaß gemacht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass unser ältestes Mitglied auch bei vielen Fahrten mit dabei war – und der Herr war damals schon 100 Jahre alt.

__Wie sind Sie denn überhaupt zum SoVD gekommen?

Eingetreten bin ich 1996, damals war ich noch berufstätig – als Maschinenführer im Springer-Verlag. Ich bin bis heute noch in der Gewerkschaft. Und in diesem Sinne waren die Werte, für die der SoVD steht, für mich überzeugend. Ich hatte kein sozialrechtliches Problem. In den SoVD bin ich eingetreten, weil mir die Arbeit des Verbandes einfach wichtig war.

__Und wann haben Sie ein Ehrenamt im SoVD übernommen?

Das war schon zwei Jahre später. Der damalige erste Vorsitzende suchte nach einem Stellvertreter – mit der Perspektive, mittelfristig den Ortsverband in Ahrensburg zu übernehmen. Weil ich damals kurz vor der Rente



Peter Levenhagen leitet den Ortsverband Ahrensburg.

stand, habe ich zugesagt. Ich hatte Lust auf diese neue Aufgabe.

Leider ist dann ganz plötzlich der Vorsitzende verstorben. Das werde ich nie vergessen: Freitag ist er verstorben und schon am Montag musste ich diese schlimme Nachricht auf der Mitgliederversammlung verkünden. Das war nicht einfach, aber ich bin nach und nach in dieses Amt hineingewachsen. Fast 20 Jahre war ich dann in Ahrensburg Vorsitzender, bis Anfang 2018.

__Was bedeutet der SoVD für Sie persönlich?

Mein Tenor war immer: Wir sind hier eine große Familie. Und das habe ich auch immer versucht zu vermitteln. Früher war es noch so, dass ich als Vorsitzender des Ortsverbandes bei den Sprechstunden in Ahrensburg dabei sein durfte. Hier lassen sich die Mitglieder sozialrechtlich von

einer fachkundigen Mitarbeiterin aus Bad Oldesloe beraten – über Rente, Pflege oder auch den Schwerbehindertenausweis. Da musste ich sehr häufig Tränen sehen. Es gibt wirklich sehr traurige Schicksale, besonders wenn jemand schwer erkrankt. Und in solchen Situationen habe ich immer wieder gemerkt, wie wichtig der Sozialverband für die Menschen ist.

__Gab es auch Ereignisse, die Sie an Ihrem Ehrenamt zweifeln ließen?

Nein, das kann ich klar sagen. Ich war immer gern im SoVD engagiert, im Kreisverband wirke ich ja nach wie vor als Beisitzer mit.

Natürlich gibt es bei der Arbeit mit Menschen immer mal wieder Probleme. Hin und wieder gab es auch mal richtig Streit, als Vorsitzender musst du da eben schlichten. Aber so etwas kommt selten vor, die positiven Begegnungen mit Menschen überwiegen deutlich.

__Was war denn Ihr absolutes Highlight in den 20 Jahren beim SoVD?

Das war die Großveranstaltung zum 100. Geburtstag des Sozialverbandes in Neumünster. Da waren wir mit mehreren Tausend Mitgliedern in den Holstenhallen bei einer grandiosen Rede des langjährigen Vorsitzenden Sven Picker. Gefühlt war ganz Schleswig-Holstein auf den Beinen, ein wirklich toller Tag – ich bin froh, dass ich dort dabei sein konnte.



Wichtige Rufnummern



- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stor-

marn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/44 13 447. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14–20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/59 09 960,

Grafiken: warmworld / Adobe Stock
zusätzlich Mo–Fr 8–20 Uhr, Sa 8–16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline: 0800/011 77 22.

- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.